

**Bibliothek
des Instituts für Weltwirtschaft
an der Universität Kiel**

Signatur

B 15918

Die
Börsen - Juristen
gegen das
Reichsgericht.



Von Dr. W. Mancke,
Geschäftsführer der
Centralnotirungsstelle der Preussischen Landwirthschaftskammern.

24 6. 23
no 5

⇒ Berlin 1900. ⇐

Im Selbstverlage:
W, Wilhelmstr. 43a.

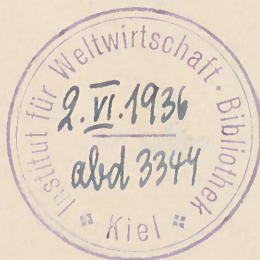
Die
Börsen - Juristen
gegen das
Reichsgericht.



Von **Dr. W. Mancke**,
Geschäftsführer der
Centralnotirungsstelle der Preussischen Landwirthschaftskammern.

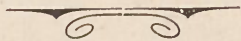
Berlin 1900.

Im Selbstverlage:
W., Wilhelmstr. 43a.



Inhalt.

	Seite
Volkswirtschaftliches	1
Juristisches	20
Praktisches	46
Anhang:	
Urtheil des Oberverwaltungsgerichts	52
Urtheil des Reichsgerichts	74
Schlußschein-Formular	87



Volkswirthschaftliches.

Seit Bestehen des Deutschen Reichs ist noch kein Gesetz erlassen worden, das vor und nach Inkrafttreten so heftig und so nachhaltig umstritten worden wäre, wie das neue Börsengesetz. Wenn man daran denkt, mit welcher elementarer Gewalt die öffentliche Meinung die Reorganisation des Börsengeschäfts verlangte, bis schließlich die Regierung sich gezwungen sah, die Börsen-Enquete einzuberufen, wenn man sich vergegenwärtigt, welche Anzahl von Sitzungen diese Börsen-Enquete veranlasste, um die große Zahl von Sachverständigen zu vernehmen und deren Beurtheilungen zu verarbeiten, wenn man weiter bedenkt, wie schließlich der Gesetzentwurf gleich bei seinem Erscheinen in allen Zeitungen, namentlich in der Fachpresse, eingehend besprochen wurde, wie dann im Reichstag und dessen Kommission alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um im Reichstag ein einheitliches Ganzes in Vorschlag zu bringen, wenn man dann die Debatten im Plenum des Reichstags nachliest, in denen die hervorragendsten gesetzgeberischen Kräfte der deutschen Nation mitwirkten, und wie endlich mit großer Majorität das Gesetz angenommen wurde, so ist die Meinung berechtigt, daß das Gesetz vielleicht nicht das bestmögliche, daß es aber sicherlich so klar und zweifelsohne ist, daß jede Umgehung von vornherein ausgeschlossen erscheinen mußte. Noch ehe das Gesetz publizirt wurde, versuchte die kleine, aber mächtige Partei der Börsenspekulanten, es zu diskreditiren, und als es am 1. Januar 1897 thatsächlich in Kraft trat, häumten sich die betroffenen Gewerbetreibenden dagegen auf. Die Börse war gewohnt, sich inmitten des Rechtsstaats frei zu fühlen, und wenn die Regierung sich mit der Börse früher einmal beschäftigte, so geschah dies meist entweder auf Veranlassung der Börse oder doch im Interesse des Börsengeschäfts. Nur einmal hatte Fürst Bismarck als Handelsminister der Produktenbörse eine Vorschrift aufgezwungen, die auch befolgt wurde, weil man der großen persönlichen Autorität Bismarcks auf die Länge der Zeit doch nicht widerstehen konnte. Durch das neue Börsengesetz wurde der bisherige Glaubenssatz, daß die Börse eine Privateinrichtung der betreffenden Börsenkaufleute sei, in der die Handels-Interessenten ausschließlich zu bestimmen hätten, zer-

stört und an seine Stelle das Prinzip gestellt, daß die Börse zwar in ihren technischen Einrichtungen Privatsache der Börsenkauflaute sei, daß aber die Form, in der das Börsengeschäft betrieben werden darf, von so umfassender Bedeutung für die Volkswirtschaft Deutschlands ist, daß in Zukunft der Regierung als der Vertreterin der Allgemeinheit eine wesentliche Mitbestimmung eingeräumt werden müsse. Die Neuschaffung der Stelle eines Staatskommissars bringt diesen Gedanken zum prägnanten Ausdruck, und einzelne Paragraphen des Börsengesetzes geben die spezialisirte nothwendige Verbesserung zum Schutz des Publikums.

Das Börsengeschäft in Werthpapieren hat sich mit einziger Ausnahme der Bestimmung über das Ultimo- oder Termingeschäft in das Börsengesetz schnell eingelebt, und der Staatskommissar wird heute in weiten Kreisen der Fondsbörse als eine überaus segensreiche Neuschaffung schon aus dem Grund anerkannt, weil jetzt ein Glied an der Börse vorhanden ist, das, über den Parteien stehend, bei seinen Entschlüssen keine materiellen Interessen verfolgt oder auch nur zu vertreten hat. Nur die §§ 48, 50 und 66 sind bis heute der Effektenbörse ein Dorn im Auge geblieben, und das aus Gründen, die wir weiter unten eingehend besprechen wollen.

Für die Getreidebörse aber hatte das Börsengesetz eine bei Weitem größere Bedeutung, als für die Fondsbörse, denn in § 50, Absatz 3 dieses Gesetzes wird ganz generell gesagt:

„Der börsenmäßige Terminhandel in Getreide und Mühlenfabrikaten ist untersagt.“

Mit diesem Verbot verlor die berliner Getreidebörse ihre bisherige Bedeutung. Wie bekannt, war der berliner Getreidemarkt in effektiver Waare stets ein sehr geringfügiger, die ganze Bedeutung Berlins als Getreidehandelsplatz beruhte in dem Termingeschäft in Getreide- und Mühlenfabrikaten. Sachverständige haben nachgewiesen, daß mehr als neun Zehntel aller Geschäfte, die an der berliner Getreidebörse abgeschlossen wurden, reine Termingeschäfte waren, das heißt solche, die nur zum Spiel und zur Differenz-Spekulation dienten. Die sogenannten legalen Termingeschäfte zur Versicherung für Produzenten und Konsumenten machten nur einen äußerst geringen Bruchtheil der Geschäftsumsätze aus. Durch den Ausstand der Getreidehändler, der am Tag des Inkrafttretens des neuen Börsengesetzes erfolgte, demonstirten die Terminhändler und Terminspieler im Wesentlichen gegen das Verbot des § 50, während man äußerlich vorstülzte, gegen die Mitwirkung landwirthschaftlicher Börsenvorstände

Widerspruch zu erheben. Es wurden nun von Börsenjuristen wiederholte Versuche gemacht, das die bisherige Größe des berliner Getreidemarktes erzeugende Termingeschäft auf irgend eine andere Weise wieder zu ermöglichen. Folgende Phasen sind hier zu unterscheiden:

Die Getreidebörse begann am Tag des Inkrafttretens des Börsengesetzes sofort einen grundsätzlichen Ausstand. Die Getreidehändler verließen am 31. Dezember 1896 in corpore den Börsensaal und eröffneten am 2. Januar 1897 im Feenpalast Privatversammlungen, die, wie man glaubte, nicht unter das Börsengesetz fielen, da man sich mittlerweile eine ganz eigenartige Definition des Begriffs „Börse“ zurecht gelegt hatte. Die Börsenjuristen wollten damals glauben machen, daß unter Börse der Ort zu verstehen sei, an dem sich Kaufleute zu gewissen Stunden versammelten, um ihre Geschäfte nach vorher bestimmten Börsen-Ursancen abzuschließen. Man sagte, ohne Börsen-Ursancen kann keine Börse existiren. Da auf jedem der Schlußscheine, der in den Versammlungen der Börsenkäufer im Feenpalast dem Geschäftsverkehr zu Grunde gelegt wurde, mit großen Lettern vorgedruckt war: „mit Ausschluß aller Börsen-Ursancen“, so nahm man an, daß von einer Privat- oder Winkelbörse, die die Genehmigung seitens des preussischen Handelsministeriums bedürfe, nicht gesprochen werden könne. Dieser erste Versuch der Börsenjuristen mißglückte vollständig, denn das königliche Polizei-Präsidium von Berlin forderte den Vorsitzenden dieser Feenpalast-Versammlungen auf, die Genehmigung zur Abhaltung der Versammlungen bei der Regierung sofort nachzusuchen, widrigenfalls die Versammlungen zu schließen seien.

Nachdem erst das Bezirks-Gericht gegen das Polizei-Präsidium entschieden hatte, urtheilte das Oberverwaltungsgericht endgültig dahin, daß die Feenpalast-Versammlungen als Börsenversammlungen anzusehen seien, und daß infolge dessen die Genehmigung dieses Verkehrs seitens des preussischen Handelsministeriums nachzusuchen sei.

Die Berliner Terminhändler versuchten hierauf, gestützt auf die fachverständigen Urtheile ihrer Juristen, noch ein zweites Mal mit einem noch sonderbareren Ausstand. Sie behaupteten, daß, wenn sie sich nicht an einem bestimmten Ort zusammenfänden, sondern wenn die einzelnen Firmen in demselben Haus räumlich getrennte einzelne Zimmer oder Kojen mieteten, die nur durch einen gemeinsamen Gang verbunden seien, man von einem Versammlungs-Ort nicht sprechen könne.

Es sei nur ein Verkehr von Komptoir zu Komptoir, wie er durch Korrespondenz oder durch Telephon auch zu erreichen wäre, wenn die betreffenden Geschäfte in verschiedenen Häusern domizilirt. Die Begründung des obenerwähnten oberverwaltungsgerichtlichen Erkenntnisses aber bereitete auch dieser von den Börsenjuristen spitzfindig erfundenen Umgehung ein baldiges Ende. Den Wortlaut dieses Urtheils habe ich im „Anhang“ wiedergegeben.

Was unter „börsenmäßig“ zu verstehen ist, ist durch dieses Erkenntniß des Oberverwaltungsgerichts und namentlich durch dessen Motivirung ein für alle Mal festgestellt worden.

Hierbei beruhigten sich aber die Börsenjuristen noch bei Weitem nicht. Man sagte sich, wenn schon der „börsenmäßige Terminhandel“ verboten ist, so wird uns kein Gesetz etwas anthun können, wenn wir formell auf diesen Handel verzichten und unsere Geschäfte unter einer neuen Bezeichnung, unter der des „handelsrechtlichen Lieferungsverkehrs in Getreide“, abschließen. That- sächlich fehlt im Börsengesetz ebenso wie eine Definition von „Börse“ auch jede ausschließende Definition des „Terminhandels“. So mußte denn der lange Gang durch die drei Instanzen des Gerichtsverfahrens gegangen werden, bis endlich durch das Erkenntniß des ersten Zivilsenats des Reichsgerichts in Leipzig vom 28. Oktober 1899 die fein er- sonnenen Umgehungen des Gesetzes zu nichts gemacht wurden. Dieses Erkenntniß veröffentliche ich im Anhang dem Wort- laut nach, sodaß ich hier auf seinen Inhalt nur zu verweisen brauche.

Durch dieses Urtheil des Reichsgerichts wurde gleichmäßig die Effekten- wie der Getreidebörse betroffen. Dieses Urtheil spricht allgemein vom Börsenterminhandel in Waare und Werth- papieren und betrifft generell sowohl den „handelsrechtlichen Ter- minverkehr in Getreide und Mühlenfabrikaten“, als den in Werth- papieren und Effekten. Man hätte nun eigentlich annehmen sollen, daß das Latein der Börsenjuristen endlich erschöpft sei; aber das ist nicht der Fall. Vor wenigen Wochen erst hat Herr Justizrath Dr. Rießer unter dem Titel „die handelsrechtlichen Lieferungs-geschäfte“, eine Kritik der Rechtsprechung des Reichs- gerichts erscheinen lassen, die offenbar den Zweck verfolgt, die Regierungsorgane sowohl wie Mitglieder der gesetzgebenden Kör- perschaften dahin zu beeinflussen, daß bei einer Aenderung des Börsengesetzes die handelsrechtlichen Lieferungs-geschäfte als etwas vom Börsenterminhandel grundsätzlich verschiedenes angesehen würden, dann aber auch die Judikatur des Reichsgerichts nach der Richtung umzustimmen, daß bei künftigen Entscheidungen der bis-

her eingenommene Standpunkt verlassen würde und das höchste Gericht sich den Herren Börsenjuristen näherte. Ich bin zwar felsenfest davon überzeugt, daß beide Wünsche fromme Wünsche bleiben werden, daß weder die Regierungsorgane noch das unabhängige Richter-Kollegium des Reichsgerichts sich irgendwie von ihrem wohlervogenen Standpunkt abdrängen lassen werden. Immerhin halte ich es doch für angebracht, dieser nunmehr seit Jahren fortgesetzten Minorarbeit entgegenzutreten, damit nicht in der Öffentlichkeit der Glaube erweckt werde, ein Urtheil des Reichsgerichts basire auf falschen prinzipiellen Ansichten, der höchste Gerichtshof der deutschen Nation habe ein geradezu irreleitendes Urtheil gefällt. *)

Als im Börsengesetz durch die §§ 48, 49 und 50 der Börsenterminhandel wesentlich beschränkt wurde, ging der Gesetzgeber von der Absicht aus, das Börsenspiel möglichst ganz zu unterdrücken und den Terminhandel auf die Kreise zu beschränken, die durch ihn gewerbmäßig geschäftlichen Vortheil erzielen. Das Gesetz bestimmt daher,

1) daß vollrechtswirksame Börsentermingeschäfte davon abhängig zu machen sind, daß die betreffenden Kontrahenten in das Börsenregister eingetragen sind, und

2) das direkte Verbot einer Reihe von Börsentermingeschäften (in § 50, Absatz 3).

Man wollte ganz allgemein durch § 48 den börsenmäßigen

*) Dieses von der Börsenjurisprudenz mit begreiflicher Erbitterung angegriffene Urtheil bildet in gewissem Sinne den Abschluß einer Rechtsentwicklung, deren Anfänge viele Jahre zurückreichen. Eingedenk des Wortes „das Gesetz ist der Schutz der Schwachen“, hatte unser höchstes Gericht auf dem Gebiete des Börsenverkehrs seit einer Reihe von Jahren eine segensreiche prätorische Thätigkeit entwickelt, der schließlich die formelle Bestätigung durch den Gesetzgeber nicht gefehlt hat. Die juristische Sanirung der Beziehungen zwischen Bankier und Committenten begann eigentlich mit dem vielbesprochenen Reichsgerichtspräjudiz (Entsch. Bd. 27, Nr. 28) über die Haftung des Bankiers für alle finanziellen Mittheilungen, die er — erbeten oder unerbeten — seinen Kunden zukommen läßt: aus Veranlassung der Klage gegen ein erstes Bankinstitut, das an seine Clientel Mittheilungen über die Kurschancen von „Dortmunder Union“ versendet hatte. Damals wurde vom Reichsgericht eine umfassende, strenge Haftung der bis dahin nahezu unfaßbaren Bankiers statuiert.

Es ist wohl nicht zufällig, daß wir schon dort der Thätigkeit desselben Juristen, des Berliner Anwalts Dr. L. Platau, begegnen, der jetzt wieder in der entscheidenden Frage der „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte“ den Kampf gegen die Auswüchse der Börse erfolgreich eingeleitet hat.

Terminhandel unter nicht in das Handelsregister eingetragenen Firmen verbieten, wie generell das Börsentermingeschäft in Getreide durch § 50 verboten worden ist. Diese ganz klare Willensäußerung nun versuchen die Börsenjuristen auch jetzt noch durch allerhand Deutungen und Drehungen zu verdunkeln. Da die Zahl der in das Börsenregister eingetragenen Firmen eine außerordentlich geringfügige geblieben ist, können vollwirksame Börsentermingeschäfte von der überwiegenden Mehrzahl der Börsenkaufleute nicht gemacht werden. Dies wirkt auf die Effekten- und Fondsbörse ähnlich, wie das Verbot des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide auf die Getreidebörse. An beiden Börsen wird das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft aber noch jetzt betrieben, und zwar mangels der Rechtsbeständigkeit, wie man sagt, auf kaufmännischen „Treu und Glauben“, in Wahrheit unter möglichster Ausnutzung der Handhaben, die § 66, Absatz 4 des Börsengesetzes bietet, und außerdem in der Hoffnung, daß das Reichsgericht bei einer künftigen Entscheidung vielleicht seine Ansicht ändern werde.

Das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft dient jetzt als Surrogat des Börsentermingeschäfts. Zweifellos ist es, daß mit dem offiziellen Termingeschäft und Terminspiel sich weitere Kreise der Bevölkerung befaßten, als dies bei dem handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft der Fall sein kann, denn dieses setzt eine viel größere Kenntnis der moralischen und materiellen Verhältnisse des Gegenkontrahenten voraus, als das Termingeschäft, das wie jedes andere bei den ordentlichen Gerichten eingeklagt und, wenn nicht der Spielcharakter allzu offen zu Tage trat, auch exekutiert werden konnte. Namentlich fehlen jetzt auf der Produkten-Börse fast vollständig die sogenannten Outsiders. Insofern ist wenigstens ein Theil der Absicht des Gesetzgebers erfüllt worden, der bekanntlich gerade diese Outsiders vor der Verlockung und Ausbeutung durch das Terminspiel schützen wollten. Je geringer der Kreis wird, der zu Spekulationszwecken handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte an der Börse macht, je mehr nähert man sich dem Willen und der Absicht des neuen Börsengesetzes.

Zustizrath Herr Dr. Rießer behauptet nun im Vorwort zu seiner Broschüre „die handelsrechtlichen Lieferungs-
geschäfte“:

„die Bedeutung des legitimen Terminhandels, welcher im allgemeinen eine gleichmäßigere Kursentwicklung sichert und den Markt vor heftigeren und sprunghaften Kursschwankungen behütet, geht weit über jene auch von der Börsen-Enquetekommission als

berechtigt und nöthig anerkannten Schulsfalle hinaus und der Kreis derjenigen, welche in die Lage kommen können, Zeitgeschäfte in Waaren, Werthpapieren abzuschließen, ist kaum übersehbar“.

Ich werde weiter unten richtig stellen, welche Wirkung der Terminhandel auf die Kursentwicklung und die Kurs-Schwankungen hat. Nur soviel sei hier gesagt, daß Herr Dr. Rießer mit seiner Ansicht hierin ebenfalls nicht das richtige trifft. Zuerst sei untersucht, wie groß wohl der Kreis ist, der Termingeschäfte in Ausübung seiner Berufsthätigkeit treiben muß. In das Börsen-Register haben sich insgesammt 387 Firmen eintragen lassen, 43 fallen dabei auf Berlin, 292 auf Hamburg und 25 auf Magdeburg und 27 auf diverse Orte. Dies ist ein winziger Bruchtheil dieser Art Geschäfte in Deutschland. Es wird sich also darum handeln müssen, zu untersuchen, wer wohl sonst noch Termingeschäfte betreibt, ohne sich in das Börsen-Register eintragen zu lassen. Herr Dr. Rießer nennt zuerst die Personen, die man als Spekulanten zu bezeichnen pflegt, und thut damit sehr recht, denn thatsächlich sind mehr als 99 Prozent aller Personen, die Termingeschäfte oder börsemäßige handelsrechtliche Lieferungsengeschäfte betreiben, gewerbsmäßige oder auch vorübergehende Spekulanten, denen es bei ihrer Geschäftsthätigkeit gar nicht auf den Verkauf oder Kauf von Werthpapieren und Waaren ankommt, da sie weder die verkauften Werthe besitzen, noch die gekauften Werthe jemals empfangen wollen. Bei dieser großen Kategorie von Terminhändlern handelt es sich ausschließlich um die Differenzzahlung, die bei der Glattstellung des Geschäftes entweder geleistet werden muß, oder empfangen wird. Dem Spekulant ist es an sich gleichgiltig, ob er in Werthpapieren, in Getreide, in Petroleum oder in sonstigen Waaren handelt. Das Objekt des Vertrages ist für ihn gleichgiltig; seine ganze Kunst besteht darin, den rechten Moment zu erfassen, in dem eine Preisbewegung vor sich geht, oder wenn dies nicht auf natürlichem Weg von selbst geschieht, eine Preisbewegung künstlich zu erzeugen und nach der von ihm gewünschten Richtung zu leiten. Herr Dr. Rießer hat in seiner letzten Broschüre verschwiegen, ob er auch diese Spekulanten als volkswirtschaftliche Nothwendigkeit betrachtet, oder ob er sie mit in dieselbe Kategorie der „Harmlosen und sonstigen Ehrenmännern“ rubrizirt, die für die Volkswirtschaft werthlos sind, für die Volksmoral aber in hohem Grad schädlich wirken.

Außer diesen als Spekulanten bezeichneten Personen, meint Herr Dr. Kießer aber, daß auch alle diejenigen, welche als Produzenten oder Händler von Rohprodukten, insbesondere von solchen Rohprodukten, die nur einmal im Jahre geerntet werden, sich durch Termingeschäfte entweder den Preis für das erst später verkäufliche Produkt, oder die Erlangung des Rohproduktes für spätere Termine zu sichern und sich dadurch von den zwischenzeitlichen Schwankungen der Marktpreise unabhängig machen wollen“, des börsemäßigen Termingeschäfts bedürften.“

Mir ist in meiner nunmehr 25jährigen Erfahrung noch kein Fall bekannt geworden, daß z. B. ein Produzent von Getreide und Zuckerrüben, von Petroleum, von Tabak, Kartoffeln usw. börsemäßige Termingeschäfte machen muß, um seine Geschäftszwecke zu erreichen. Mir war bisher nur bekannt, daß alle diese Produzenten, selbst wenn sie in größtem Maßstab ihre Rohprodukte verkaufen, dies in Form von Lieferungsverträgen thun, die weder mit börsemäßigen Termingeschäften noch mit handelsrechtlichem Lieferungsverkehr, wie er an der Börse getrieben wird, irgend etwas zu thun haben. Denn alle diese Produzenten verkaufen nicht eine nach Börsenansätzen festgestellte Typen-Waare, sondern eine spezialisiert beschriebene oder nach Probe zu liefernde Waare, in deren Besitz sie sich entweder bereits befinden, oder deren Besitz nach menschlicher Berechnung ihnen in absehbarer Zeit zufließt. Diese Lieferungsverträge sind auch nicht wie die börsemäßigen Termingeschäfte durch „Deckung“, oder „Realisation“ und „durch Zahlung von Preis-Differenzen“ auszugleichen, sondern bei ihrer nicht durch Waarenlieferung geschehenden Kompensation wird eine neue Verhandlung mit dem Kontrahenten nothwendig. Diese Lieferungsengeschäfte der Produzenten von Rohprodukten den börsemäßigen Termingeschäften gleichstellen zu wollen, geht nicht an.

Was zuerst die Produzenten von Rohprodukten betrifft, so ist eigentlich anzunehmen, daß man derartigen Anschauungen höchstens noch bei veralteten Universitätsprofessoren, aber nicht bei einem im modernsten Börseleben stehenden Mann, wie es Herr Justizrath Dr. Kießer ist, begegnen könnte. Wenn er besonders auf solche Rohprodukte hinweist, „die nur einmal im Jahr geerntet werden“, d. h. doch Produkte deutscher Landwirthschaft, so dürfte, was z. B. Preußen betrifft, Herrn Dr. Kießer die einstimmige Verurthei-

lung des börsemäßigen Terminhandels seitens sämtlicher preussischen Landwirthschaftskammern bekannt sein. Auch bei der Erlangung von Rohprodukten für spätere Termine verhält es sich genau ebenso. Es handelt sich bei allen diesen Verträgen keineswegs um sogenannte Schlußscheinwaare, die der Verkäufer nicht besitzt und der Käufer nicht haben will, sondern es handelt sich bei diesen Geschäften thatsächlich um Lieferung spezialisirt beschriebener vorhandener Waaren innerhalb verschiedener zeitlicher Termine. Diese legitimsten Geschäfte des deutschen Kaufmannstandes mit den börsemäßigen Geschäften der Spekulanten in einem Satz zu nennen, halte ich für eine Beleidigung des deutschen Kaufmannsstandes.

Herr Dr. Rießer meint aber, daß mit börsemäßigen Terminengeschäften sich auch alle die zu befassen haben,

„welche durch Stellung oder Beruf, zum Beispiel als Vermögens- und Masse-Verwalter, als Testamentsexekutoren und dergleichen mehr, veranlaßt sind, den Kaufpreis von Werthpapieren, die sie erst im Wege länger dauernder Regulirung erhalten, durch Zeitgeschäfte sicherzustellen, und die nicht daran denken, sich deshalb in das Börsenregister eintragen zu lassen“.

Auch hier werden die meisten Leser der Broschüre mit mir kopfschüttelnd sich gefragt haben, ob die Vermögens- und Masseverwalter, Testamentsexekutoren usw. sich nicht regreßpflichtig machen würden, wenn sie Werthpapiere, die sie erst in späterer Regulirung erhalten, an der Börse im Termingeschäft kaufen und verkaufen. Sie würden sich unfehlbar ihrem Auftraggeber gegenüber materiell verantwortlich machen, wenn diese eigenmächtige, ihre Kompetenz weit überragende Betheiligung an börsemäßigen Terminengeschäften der Masse Verlust bringen sollte; denn sie dürfen selbstverständlich nur Werthpapiere verkaufen, die ihnen aus der Masse geliefert werden, oder Werthpapiere ankaufen, wenn flüssige Mittel anzulegen sind. Mit dem Vermögen von Mündeln und Massenverwaltungen zu spekuliren, würde strafrechtlich verfolgt werden und zivilrechtlich schwere Verluste zur Folge haben können. Ich glaube nicht, daß die Zahl der Testamentsexekutoren, die diese Art spekulativer Thätigkeit mit fremdem, ihnen anvertrautem Geld betreiben, groß sein wird.

Weiter meint Herr Dr. Rießer, daß am Terminhandel sich betheiligen:

„die große Zahl derer, welche durch das Termingeschäft den Vortheil genießen wollen, Kapitalien, die erst später fällig

werden, schon vorher zu einem angemessenen und sicheren Kurse anzulegen, oder die sich erst später benötigte Kapitalien schon vorher für die Zeit des Bedürfnisses verschaffen“.

Die „große Anzahl“ dieser Personen ist unter die zuerst erwähnten Personen zu rubriziren, „welche man als Spekulanten zu bezeichnen pflegt“, es sei denn, daß die Betreffenden mit einem prophetischen Blicke begabt sind, der es ermöglicht, vorausszusehen, ob im gegebenen Moment Kapitalien, die erst später fällig werden, zu einem angemessenen und sicheren Kurse anzulegen sind. Denn ob ein Börsenkurs angemessen ist, ist nur nach Lage der augenblicklichen Verhältnisse zu entscheiden. Der Vortheil, den man dadurch genießen will, daß man schon vorher den Börsenpreis als billig, angemessen oder theuer beurtheilt, geht, wie die Geschichte der meisten Spekulanten zeigt, sehr häufig in die Brüche. Diese „große Zahl“ sind also reine Spekulanten.

Sehr interessant ist auch, was Herr Dr. Rießer über den Getreideimport aus dem Ausland sagt. Ich will den etwas schwerfälligen Satz dem Wortlaut nach hier abdrucken:

„Auch der Getreideimport aus dem Auslande, der für unsere inländische Versorgung, wie nun einmal heute die Dinge liegen, eine nicht zu leugnende Nothwendigkeit bildet, kann nur auf dem Wege des Zeitgeschäfts, also, da hier das Börsentermingeschäft durch § 50, Absatz 3 des Börsengesetzes untersagt ist, dann, wenn der Zuländer nicht eingetragen ist, ausschließlich auf dem Wege des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes erfolgen.“ (Seite 5).

In dieser Ausführung tritt uns das erste Mal die Bestätigung seitens eines Börsenjuristen entgegen, daß der Getreideimport aus dem Auslande nur auf dem Wege des Zeitgeschäfts erfolgen kann, und daß diese Stelle des Börsengeschäftes jetzt das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft übernommen hat.

Bisher wurde dies in allen Broschüren, die von dem Börsenstand direkt ausgingen, sowie durch die der Börse dienenden Juristen bestritten. Der Getreide-Import vom Ausland sollte sich bisher „ganz unabhängig von der Geschäftsform“ entwickeln, in der das Getreidegeschäft an der Börse betrieben wird. Der Getreide-Import war eine zwingende und absolute Nothwendigkeit, die mit dem Börsengeschäft nichts zu thun hatte. Jetzt erfahren wir plötzlich von Herrn Dr. Rießer das Gegentheil, in Bestätigung der von landwirthschaftlicher Seite seit Jahr und Tag aufgestellten Grundsätze, die ich in mehreren Broschüren verfolgt habe. Zudem ich von der Erklärung des Herrn Dr. Rießer Notiz nehme und an diese vorkommendenfalls zu erinnern ge-

denke, wenn der Getreide-Import aus dem Ausland wieder zur öffentlichen Debatte steht, konstatire ich, daß Herr Dr. Nießer in seiner nummehr richtigen Beurtheilung der Sachlage das Verbot des § 50, Absatz 3 des börsemäßigen Geschäfts in Getreide als ein wirkungsvolles und zweckentsprechendes indirekt anerkennt. Der § 50, Absatz 3 des Börsegesetzes, der das Verbot des börsemäßigen Termingeschäfts in Getreide ausspricht, wollte den unnützen Getreide-Import aus dem Ausland verhüten. Herr Dr. Nießer übertreibt zwar leider, wenn er sagt, daß der Getreide-Import nur auf dem Weg des Zeitgeschäfts stattfinden könnte. Er vergißt, daß z. B. eine Stettiner Mühle in Oßessa eine Ladung Roggen zu der eigenen Vermahlung kauft, bei welchem Geschäft weder das börsemäßige Termingeschäft, noch das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft irgendwie in Frage kommt. Die Mühle kauft den Roggen und verkauft, wenn sie nicht spekulirt, gleichzeitig auf spätere Lieferung nach Probe eine gewisse Sorte Mehl. Die Börse hat mit diesem Geschäftsverkehr nichts zu thun. Es können also eine ganze Reihe von Getreide-Importen stattfinden und werden immer stattfinden, auch ohne daß der „Weg des Zeitgeschäfts“ benutzt wird. Die Bedeutung des legitimen Terminhandels für die Volkswirtschaft mit einer Anzahl der Getreide-Terminhändler begründen zu wollen, die den Getreide-Import aus dem Ausland betreiben, ohne Rücksicht darauf, ob dieses Getreide im Inland gebraucht wird, ist nicht angängig, denn das Staatsinteresse fordert es, diesen Terminhandel nach Möglichkeit zu beschränken. Das Verbot des § 50, Absatz 3 ist im wohlverstandenen Interesse der Allgemeinheit ergangen. In der Praxis verhält sich nämlich die Sache z. B. wie folgt: An der Börse trifft eine Depesche ein, daß eine Dampferladung Weizen, 9 Pud 25 bis 30 Pfund schwer, Ulka zu 74 Kopfen angeboten wird. Die berliner Firma rechnet sich aus, daß diese Offerte, frei Bahn, Berlin M. 151.25 auskommt; und da im berliner Terminmarkt im selben Moment September-Weizen mit 154.25 verkäuflich ist, verkauft die Firma diese 5000 Tonnen auf dem Weg des Zeitgeschäfts, früher des reinen Termingeschäfts, jetzt des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts, und acceptirt hierauf die russische Offerte, da rechnungsmäßig sich eine Gewinn-Marge von 3 Mk. pro Tonne, oder von 15,000 Mk. für die Ladung im Augenblick herausstellt. Das Börsen-Termingeschäft in Getreide bot den Anreiz zu diesem Geschäft, und wenn auch 90 Prozent der so gemachten Abschlüsse nicht dadurch ausgeglichen werden, daß die Waare an den betreffenden Terminkäufer in Berlin thatsächlich

geliefert wird, so ist das Vorhandensein eines Terminmarktes doch thatsächlich der Anreiz zu der Mehrzahl von Importen von Getreide vom Ausland stets gewesen. Ob wir im Inland eine große Getreidernte gemacht haben oder nicht, das fällt nicht ins Gewicht, ob wir in Deutschland ausländisches Getreide benöthigen, ist gleichgiltig; nur wie der Preisstand im hiesigen Spekulationsmarkt gegenüber dem an den ausländischen Terminbörsen sowie gegenüber den Offerten des Auslandes sich verhält, ist von ausschlaggebender Bedeutung. Vermittelt dieses Termingeschäfts oder des handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts in Getreide werden auch die Preisschwankungen an der einen Börse sofort an den übrigen Weltbörsen mitgemacht. Für den Getreidehändler ist es fast gleichgiltig, ob der Schlußschein auf Weizen aufgestellt ist, der in Chicago, oder San-Franzisko, in Odessa, oder Petersburg, in Braila, oder Pest, oder in Hamburg lagert. Für ihn kommt nur die Preisdifferenz in Betracht, die sich zwischen den paritätischen Ausrechnungen im Moment zeigt. Der § 50, Absatz 2 wollte diesen schädlichen Geschäftszweig verbieten; das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft hat das Verbot aber theilweise umgehen helfen, und wenn das Reichsgericht in Leipzig bei der bisherigen Judikatur nicht bliebe, so würde der spekulative Import von Auslandgetreide in seiner früheren Größe alsbald wieder in die Erscheinung treten.

Ich will an dieser Stelle ein Beispiel wiederholen, das ich in einer früheren Arbeit zahlenmäßig feststellte. *) Durch den folgenden arithmetischen Vergleich der einzelnen Weltbörsen wird einmal bewiesen, daß durch das börsenmäßige Termingeschäft die durch die Spekulation des einen Platzes willkürlich erzeugten Preisschwankungen an der Mehrzahl der übrigen Plätze ohne jede sachliche Veranlassung mitgemacht werden, dann aber auch festgestellt, daß der Terminhandel nicht, wie Herr Dr. Rießer behauptet, den Markt „vor heftigeren Kursschwankungen behütet und eine gleichmäßigere Kursentwicklung sichert“, sondern daß im Gegentheil gerade das börsenmäßige Termingeschäft es ist, das die unglaublichsten und sachlich unmotivirten Preisschwankungen erst züchtet.

In den Monaten April, Mai und Juni 1898 wurde durch den bekannten Spekulant Joseph Leiter in Chicago eine Haussie in Terminweizen inszenirt, die schließlich durch das internationale Termingeschäft auf alle Terminbörsen der Erde übergriff. Ich

*) Dr. W. Mandke, Was und wer bestimmte die Weizenpreise im Erntejahr 1897/98? Im Selbstverlag des Verfassers. Berlin SW. 1898.

habe mir die Mühe gemacht, die Tagesschwankungen dieser drei Monate festzustellen, und bin dabei zu folgendem Resultat gelangt:

Die Schwankungen betrugen in den auf Mark pro Lo. paritätisch, umgerechneten Tagespreisen an den Plätzen:

	April	Mai	Juni	insgesamt
Chicago	60,—	222,80	120,05	402,85
New York	61,65	286,30	94,65	442,60
Liverpool	69,70	123,10	155,35	348,15
Odeffa	46,65	121,95	33,35	201,95
Pest	73,50	109,40	62,50	245,40
Berlin	41,—	62,—	66,—	169,—

Die Märkte, an denen das reine Termingeschäft in Getreide betrieben wird, Chicago, Newyork, Liverpool und Pest haben die größten Schwankungen zu verzeichnen. Die im engen Konnex stehenden, wie Chicago und Newyork sowie Liverpool, halten sich auf ähnlicher Höhe, während in Odeffa, wo nicht das reine Termingeschäft in Getreide betrieben wird, sondern die Spekulation das „Ladungsgeſchäft“ betreibt, die Summe der Tagesschwankungen kaum die Hälfte der Newyork-Schwankungen erreicht. In Berlin aber, wo in dieser Zeit das Termingeschäft in Getreide schon verboten war und das handelsrechtliche Lieferungsgeſchäft vom Reichsgericht als null und nichtig erklärt wurde, betragen in denselben drei Monaten die Tagesschwankungen nur 169 Mk. Die Summe der Tagesschwankungen würde in Berlin sicherlich weit geringer gewesen sein, wenn nicht für einen gewissen Kreis von Spekulanten das Börsentermingeschäft mit dem handelsrechtlichen Lieferungsgeſchäft wirtschaftlich identisch wäre.

Aus dieser kleinen unanfechtbaren Aufstellung zeigt sich einmal, was es mit der „gleichmäßigeren Kursentwicklung im legitimen Terminhandel“ für eine Bewandniß hat, dann aber auch, daß die Form, in der am Getreidemarkt der Verkehr betrieben wird, in hohem Grad ausschlaggebend ist für die Preisbewerthung selbst.

Der Gesetzgeber wollte bei Erlaß des neuen Börsengesetzes die den Getreideerzeugern und Getreideverbrauchern, sowie dem soliden Zwischenhandel so überaus schädliche Geschäftsform des börsenmäßigen Terminhandels in Getreide verbieten und sprach dies in § 50, Abs. 3 aus. Durch das handelsrechtliche Lieferungsgeſchäft sollte dieses Verbot in gesetzwidriger Weise durch die Börsenjuristen illusorisch gemacht werden, wenn auch nur zum Theil. Wenn heute der erste Zivilsenat des Reichsgerichts die Gleichwerthigkeit der beiden Geschäftsformen und der wirtschaftlichen

Bedeutung beider Geschäftsformen endgiltig ausspricht, so maß er sich nicht die Rechte des Gesetzgebers an, sondern er bringt den Willen des Gesetzgebers zur Ausführung. Wenn Herr Dr. Kießer von der Rechtsprechung des Reichsgerichts keine Vortheile für die Gesamtheit, wohl aber schwere und kaum übersehbare Nachtheile sowohl in rechtlicher, wie in wirtschaftlicher Beziehung erwartet, so befindet er sich mit den Erfahrungen der drei letzten Jahre im Widerspruch. Eine Spanne Zeit von drei Jahren ist zu kurz, um endgiltig ein vollständig abschließendes Urtheil über die Vortheile oder Nachtheile eines derartigen Gesetzes zu begründen, aber sie ist doch genügend lang, um beurtheilen zu lassen, daß der Zustand der drei letzten Jahre vergleichsweise gegen die früheren Zeiten für die Volkswirtschaft vorwiegend günstiger gewesen ist. Die Terminhändler und Terminspieler sind allerdings, wie hier zugegeben werden soll, aufs empfindlichste geschädigt worden, aber das war absichtliche, nicht zufällige Wirkung des Gesetzes. Der Kreis der am Börsenterminhandel in Waaren interessirten Personen ist sehr klein, wenn auch die Potenz und Intelligenz dieser wenigen in Betracht kommenden Firmen von mir nicht unterschätzt wird. Diesen wenigen sehr rührigen und sehr potenten Personen zu Liebe aber kann die Allgemeinheit auf ein in rechtlicher wie in wirtschaftlicher Beziehung überaus günstig wirkendes Gesetz nicht verzichten und muß daher gegen jeden Angriff auf die Rechtsprechung des Reichsgerichts, welche die dem Sinn und Willen des Gesetzes gegenüber versuchten Umgehungen der Börsenjuristen schützt, auch energigisch Front machen.

Es wird vielleicht noch weitere Kreise, die dem Börsengeschäft etwas ferner stehen, interessiren, zu hören, welche juristischen Unterscheidungsmerkmale zwischen Terminhandel, resp. handelsrechtlichem Lieferungsgeschäft und dem gewöhnlichen kaufmännischen Geschäft bestehen. Die juristische Seite dieser Merkmale ist in dem Erkenntniß des ersten Zivilsenats des Reichsgerichts genau präzisirt worden. Die Aufsechtung dieses Urtheils durch Herrn Dr. Kießer wird in einem besonderen Kapitel unter „Juristisches“ beantwortet werden. Hier ist nur klarzustellen, welchen materiellen Inhalt, welche wirtschaftliche Natur und welche Zweckbestimmung der Terminverkehr gegenüber den sonstigen kaufmännischen Geschäftsformen hat.

Im Effekten- und Waarenhandel verkauft der Besitzer oder dessen Stellvertreter eine Waare an eine andere Person gegen Zahlung eines gewissen vorher vereinbarten Entgelts, während im Tauschhandel an Stelle des Geldes eine andere Waare tritt.

In jedem solchen Geschäft wird es natürlich in erster Linie darauf ankommen, ob die Waare eine seltene ist, und welchen Gebrauchs=werth sie für den betreffenden Käufer hat. Ist der Kreis der Besitzer solcher Waare gering und der Umfang der vorhandenen Waarenmenge klein, so wird die Waare höher bezahlt werden, als dies im andern Fall geschehen würde. Diese Waare wird von dem Käufer vor dem Kauf auf ihre Qualität genau geprüft werden, er wird sich, wenn die ganze Waare nicht zu übersehen ist, Proben ziehen, oder sich die Waare in jedem einzelnen Falle spezialisirt beschreiben lassen. Zugleich wird in jedem einfachsten Vertrag angegeben sein, wo zur Zeit des Eigenthumsübergangs die Waare lagert. Es handelt sich also bei jedem Verkauf um ein ganz bestimmtes Objekt, das entweder im Besitz des Verkäufers ist, oder über das der Verkäufer wenigstens im Moment des Verkaufes ein Verfügungsrecht hatte.

Ganz anders beim Termingeschäft oder beim handels=rechtlichen Lieferungsverkehr. Hier handelt es sich der Hauptsache nach um Abschlüsse in Waaren, die nicht vorhanden sind, die insofgedessen auch weder spezialisirt beschrieben werden können, deren Aufbewahrungsort natürlich ebenso wenig angegeben werden kann, die sich weder im Besitz des Verkäufers befinden, noch über die er ein Verfügungsrecht im Moment des Verkaufs hatte. Nach Börsen= oder Geschäfts=Usancen, die für den einzelnen Artikel von Seiten der dazu berufenen Vertreter der Kaufleute im Voraus für alle Geschäfte, die jemals im Termingeschäft stattfinden werden, genau fixirt worden sind, vollzieht sich der Kauf und Verkauf. Die Höhe des Preises dieser Terminwaare ist insofgedessen auch nicht abhängig von der wirklichen vorhandenen Menge des Artikels, sondern, da es sich nur um einen fingirten, vertretenen Artikel handelt, nur von der mehr oder geringfügiger auftretenden Verkaufslust der Termin=Händler. Die Termingeschäfte werden auch nicht durch Lieferung der verkauften Waaren und Zahlung des ausmachenden Betrages erledigt, sondern der überwiegenden Anzahl nach wird der Verkäufer vor dem Lieferungs=tag decken, der Käufer realisiren, damit am Stichtag nur die Differenz zwischen Einkaufs= und Verkaufs=preis in Geld beglichen wird.

Die Waarenmenge im legitimen Zeithandel ist begrenzt, im Terminhandel unbegrenzt. Hier muß die Waare irgendwo vorhanden sein, dort besteht sie nur in der Welt der Einbildung.

Das Objekt des legalen Kaufvertrages wird von einem spe=

zielt dazu befähigten und mit den nöthigen Hilfsmitteln ausgestatteten Gewerbetreibenden erzeugt. Terminwaare kann sich jedermann in beliebiger Menge selbst erzeugen. Es genügt, einen Schluschein über die betreffende Waare zu unterschreiben, um eine beliebige Vergrößerung des im Zwischenhandel umlaufenden Materials vorzunehmen. In den Getreidebörsen z. B. werden Termingeschäfte abgeschlossen, die häufig das Mehrfache der inländischen Ernte ausmachen, sodaß selbst wenn alles Getreide am Stichtag erschiene, bei Weitem nicht alle Verträge durch Waare kompensirt werden könnten, und an den Effektenbörsen gehen häufig an belebten Tagen Terminabschlüsse in einem Werthpapier um, die gleichfalls das Mehrfache des gesammten Aktienkapitals oder des gesammten verfügbaren Materials der betreffenden Werth-Kategorie ausmachen. Es ist natürlich, daß die beliebig große Vermehrung einer auf Zeit gehandelten Waare seitens bei der Erzeugung der wirklichen Waare nicht interessirter Kreise auf die Werthung von Rohprodukten, die nur in beschränkter Menge alljährlich erzeugt werden, preisdrückend einwirken müssen, und daß sie erst die kapitalistische Ausnutzung des gesammten Handelsverkehrs in den betreffenden Waaren ermöglicht. Es zeigt sich dies auch schon darin, daß z. B., was das Getreide betrifft, alle sogenannten Produktionsländer Bewegungen zu verzeichnen haben, die die Einschränkung oder die Vernichtung des Terminhandels in Getreide anstreben, während die Importländer die Ausbreitung und Vervollkommnung des Terminhandels als in ihrem Interesse liegend betrachten. Selbst in den freien Vereinigten Staaten von Nordamerika hat der Farmerbund immer wieder gegen den Terminhandel in Getreide angekämpft. Die Options-Bill und neuerdings das Verbot an der Chicagoer Börse, Termin-Getreide auf längere Sichten als drei Monate hinaus zu handeln, sprechen hierfür deutlich genug. In Oesterreich-Ungarn und Frankreich finden wir die gleichen Bewegungen, in Rußland sind seitens der Regierung immer wieder Maßregeln gegen die Getreidespekulation in Terminwaare getroffen worden. In Deutschland hat dieser Kampf in dem Verbot des § 50, Absatz 3 des neuen Börsengesetzes eine entscheidende Etappe erreicht. Sehr interessant ist, was nach dieser Richtung in England seitens einer großen Enquete geurtheilt wurde, die in Betreff der Frage der National wheat-stores ihr fachverständiges Urtheil abgeben sollte. Jedem der Experten wurde unter anderem die Frage vor-

gelegt: Wie denken Sie über die Nützlichkeit oder Schädlichkeit des börsemäßigen Terminhandels in Getreide? Ausnahmslos urtheilten alle englischen Sachleute dahin, daß der Terminhandel in Getreide vorwiegend die Tendenz habe, den Getreidepreis herabzudrücken, und daß er andererseits das Hauptinstrument sei, mittels dessen der Getreideimport nach England vor sich ginge. Ohne Terminhandel in Getreide würde der Anreiz zu Weizenbezügen vom Ausland bei geringen Differenzen in der Preisparität mit dem Ausland vollständig fehlen, und damit ein guter Theil jänmtlicher bisherigen Importe in Wegfall kommen. Da England nur ein Viertel seines Weizenbedarfs im Jahr zu decken vermag, so sei für England der Terminhandel in Getreide eine wirthschaftliche Nothwendigkeit. Man wird den englischen Sachverständigen Recht geben und doch der Meinung sein müssen, daß, was sich für England als volkswirthschaftliche Nothwendigkeit erweist, für ein sein Getreide der Hauptsache nach selbst produzierendes Land, wie es z. B. Deutschland ist, eine schwere Schädigung des nationalen Wohlstandes bedeutet. Wenn die Erkenntniß von der überwiegend schädlichen Wirkung des Terminhandels in Getreide bei der überwiegenden Majorität der Reichstagsmitglieder zu finden war, und diese Erkenntniß in dem Verbot des § 50, Absatz 3 zum Ausdruck gelangte, so kann natürlich nicht gebuldet werden, daß diese Schädigung dadurch aufs neue ermöglicht werde, daß man durch Beseitigung einiger kleinlichen, äußeren Merkmale und namentlich durch Aenderung des Namens es den Börsenjuristen ermöglicht, die Stelle des Gesetzgebers zu übernehmen, indem sie mit aller Spitzfindigkeit eine Umgehung des Gesetzes formuliren und eine vordem nicht gekannte Spezialität der Geschäftsform, das sogenannte handelsrechtliche Lieferungsgechäft schaffen. Nicht das Reichsgericht hat durch sein Urtheil seine Kompetenz überschritten, indem es eine Geschäftsform, die ihrer wirthschaftlichen Natur und Zweckbestimmung nach genau dasselbe erstrebt und erreicht, was einer andern bekannten Geschäftsform verboten ist, in die Kategorie der verbotenen Geschäftsformen rubrizirte, sondern es könnte beinahe als Anleitung zur Gesetzesverletzung angesehen werden, wenn hervorragende Juristen ihren Scharfsinn anwenden, um eine Umgehung eines zwingenden Verbotes zu ermöglichen. Das handelsrechtliche Lieferungsgechäft, das von jedem einsichtigen Volkswirth als auf der Hand liegende „Gesetzesumgehung“ beurtheilt wird, ist von den Börsenjuristen als etwas ganz un-

schuldiges und im Wesen vollständig mit den verbotenen Geschäften in Kontrast stehendes hingestellt worden. Man hat sich, wie Herr Dr. Rießer das auch bei den schon anfangs erwähnten Beispielen in seiner Broschüre thut, dabei immer den Schein gegeben, als bestände überhaupt kein wirthschaftlicher Unterschied zwischen dem Lieferungsvertrag auf Zeit in einer wirklich vorhandenen spezialisirten Waare und dem Schlußscheinverkehr in fingirten Werthen. Das Erkenntniß des ersten Zivilsenats des Reichsgerichts hat deshalb mit Recht in geradezu klassischer Weise dahin geurtheilt, daß im Gegensatz zu den gewöhnlichen Geschäften die Geschäfte im börsenmäßigen Terminhandel einen allgemeinen schablonenhaften Charakter dadurch erhalten, daß sie nach vorher an der Börse für alle Geschäfte dieser Art festgesetzten gemeinsamen Bedingungen auf dieselbe festbestimmte Zeit, über feste Mengeneinheiten geschlossen werden. Auf dieser Gleichartigkeit aller Geschäfte nach Menge, Terminen und Preis beruht die Benutzung dieser Geschäfte zu einfachen Differenz- und Spielgeschäften. Nach dieser Definition des Termingeschäftes kann es gar keinem Zweifel unterliegen, daß das handelsrechtliche Lieferungs geschäft, wie es heute an der Börse betrieben wird, unter die verbotenen Geschäfte rubrizirt werden muß, während legitime Lieferungs geschäfte in Waaren, wie sie der Landwirth, der Eisenhändler, der Spinnereibesitzer usw. nothwendig hat, keinen schablonenhaften Charakter tragen, weil sie nach Menge, Preis und Lieferzeit nicht uniform, sondern individualisirt sind. In jedem derartigen legalen Lieferungs geschäft werden spezialisirte Bedingungen in Frage kommen, die Waare wird keine Typen-Waare sein, sondern entweder nach Probe oder nach spezialisirten Angaben geliefert werden müssen. Die Abnahme wird an besonders festzusetzenden Terminen erfolgen und die Zahlungsbedingungen werden je nach Bonität des betreffenden Käufers grundverschieden sein. **Diese legalen Lieferungs geschäfte haben Jahrhunderte lang bestanden, ehe das modernste Kind der Börsentechnik, das börsenmäßige Termingeschäft, mit seiner fingirten Typenwaare und seinem schablonenhaften Charakter das Licht der Welt erblickte.** Es fällt schwer, bei hervorragenden Kennern dieser Verhältnisse, wie es die Justizräthe Herren Dr. Rießer und Dr. Staub sind, für diese Vermengung von in ihrem Wesen grundverschiedenen Geschäftsformen eine Erklärung zu finden. Ich schätze das Wissen dieser Herren viel zu hoch, um in diesem Fall einen Mangel an Urtheilskraftigkeit vorauszusetzen. Fällt aber der spezialisirte Lieferungs-

vertrag auf Zeit in Waaren für die Börsenjuristen weg, so hat das Termingeschäft oder das handelsrechtliche Lieferungsgeschäft in Waaren seine Berechtigung verwirkt.

An der Fondsbörse läßt sich die volkswirtschaftliche Schädlichkeit der verbotenen Geschäftsform nicht so ohne Weiteres nachweisen. Man wird vielmehr hierbei nur daran zu erinnern haben, daß der schablonenhafte Charakter der Geschäfte und die auf der Gleichartigkeit beruhende Möglichkeit der Deckung jedes Kontrahenten durch Gegengeschäfte die Lösung des Vertrags durch bloße Differenzzahlung ermöglicht und dadurch die Benutzung dieser Geschäfte zu einfachen Differenz- und Spielgeschäften gewährleistet. Der Gesetzgeber wollte die Spielmöglichkeit an der Effektenbörse auf die denkbar bescheidensten Grenzen reduzieren, und verbot daher das Termin- und Ultimogeschäft in gewissen Kategorien von Werthpapieren. Bei der Beurtheilung der Werthpapier-Geschäfte kommt der Volkswirth weniger in Betracht, als der Jurist, denn der wirtschaftliche Schaden ist fast ausschließlich in der vermehrten Spielgelegenheit zu suchen; ich behandle diese Art von Geschäften in dem Kapitel „Juristisches“.

Juristisches.

I. In dem Urtheil des Reichsgerichts vom 28. Oktober 1899 führen die berufenen Hüter deutschen Rechts einen entscheidenden Schlag gegen den Versuch der berliner Börse, an der Hand einer eigenartigen Juristerei den Beschlüssen der gesetzgebenden Gewalt, wie sie in dem Börsengesetz vom 22. Juni 1896 niedergelegt sind, alle und jede Wirksamkeit zu entziehen.

Dieses Mal war der Schlag geradezu gegen die Umtriebe der berliner Börse gerichtet. Die erste Entscheidung über diese Fragen, vom 12. Oktober 1898, hatte sich mit den Verhältnissen an der hamburger Börse beschäftigt. Wohl aus diesem Grund hatte sie in den Kreisen der berliner Börsenspekulation ein gutes Stück Selbsttäuschung bestehen lassen. In Berlin gab man sich der Hoffnung hin, daß die Niederlage der hamburger Erwerbsgenossen wesentlich durch die geringere Geschicklichkeit der dortigen Börsenjuristen verschuldet sei. Man rühmte sich: für die berliner Börse werde die Sache bei der unübertroffenen Gewandtheit der berliner Juristen wohl ganz anders ablaufen. Den engagirten theuren Kräften, denen man die juristische Defensive des Börsenspiels schon vor dem Inkrafttreten der neuen Gesetzesbestimmungen anvertraut hatte, müsse es gelingen, den Sieg an die Fahne des Spekulantenthums zu fesseln. Um so schmerzlicher mußte die Enttäuschung sein. Wiederum, — und zwar in einer Lebensfrage für das Spekulantenthum utriusque generis — hatten die juristischen Vertrauensmänner der berliner Börse bei der Nachprüfung durch das höchste Gericht völlig versagt. Es war hier gegangen, wie es seiner Zeit bei der Frage des Differenzewandes, der angemessenen Zuständigkeit des Schiedsgerichts der früheren Produktenbörse über Landwirthe und sonstige Privatpersonen, bei der Frage der Haftung des Bankiers für Empfehlung von Gelddanlagen gegangen war. Damals, wie jetzt wieder, haben die Zivilsenate des Reichsgerichts dem Willen des Gesetzgebers und dem Rechtsbewußtsein des deutschen Volks Anerkennung und Genugthuung verschafft: ohne Rücksicht darauf, ob ihr Spruch den Beifall der Börsenjuristen finden würde. Damals, wie jetzt wieder, mußte die Börse sich

darein finden, die an ihre „Autoritäten“ für juristische Gutachten ausgegebenen Summen „auf Verlustkonto zu buchen.“ Allmählich wird die Börse doch wohl die Ansicht gewinnen müssen, daß auf dem Gebiet des Rechtslebens nicht alles mit hohen Honoraren zu machen ist. Die Börse findet vielleicht Juristen, die gegen eine Pauschalsumme bei geplanten Gründungen für vollständige Immunität gegen Staatsanwaltschaft und Regreßklagen Garantie leisten; eines aber ist ihr bis jetzt noch nicht gelungen und wird ihr in Deutschland hoffentlich niemals gelingen: den Juristen zu finden, der ihr eine gleiche Immunität gegen den Inhalt und die Wirkung eines mit kaiserlicher Unterschrift verlautbarten Reichsgesetzes verschaffen kann.

Der ungünstige Ausgang, den die Bekämpfung des Börsengesetzes genommen hat, — trotz aller gut kombinierten Umgehungs- bewegungen, — diese Niederlage der Börsenjuristen hat in zweifacher Hinsicht niederdrückend gewirkt.

Zunächst kommt in Betracht, daß den Urtheilen des ersten Zivilsenats am Reichsgericht, des Gerichtshofs also, der so geringe Empfänglichkeit für die juristische Technik der berliner Börse bekundet hat, allgemein und in ungewöhnlichem Maß eine Autorität für alle Rechtskundigen Deutschlands innewohnt. Es ist recht wenig Aussicht vorhanden, daß eine Entscheidung, gerade von diesem Senat, und zwar, wie glaubhaft versichert wird, einstimmig gefällt, — eine Entscheidung, an der Männer wie der Senatspräsident Bolze, als Berichterstatter der berühmte Reichsgerichtsrath Rehbein, und neben den bewährtesten Praktikern der Lehrer des Handelsrechts Professor Dr. Behrend mitgewirkt haben, — die darin einmal ausgesprochene und sanktionirte Interpretation des Börsengesetzes nicht für die Dauer festgelegt habe. Die genannten Männer besitzen eben in Wahrheit das, was die juristischen Vertrauensmänner der Börse nur in der Phantasie ihrer Auftraggeber haben: eine anerkannte und durch keine Neben- umstände getrühte Autorität bei allen Berufsgenossen, — ein Ansehen, das nicht allein auf die Würde ihres hohen Amtes gegründet ist. Auf der anderen Seite regen aber die Entscheidungsgründe des höchsten Gerichtshofes in sehr bemerkenswerther Weise zu weiterem Nachdenken darüber an, ob denn die angeblichen „Kasse- Geschäfte“ der berliner Börse bei etwaiger richterlicher Nachprüfung sich widerstandsfähiger zeigen werden, als die „handelsrechtlichen Lieferungs- geschäfte.“ Gerade durch diese Reichsgerichtsentscheidung wird die Erwägung nahegelegt, ob die unbefangene Auffassung, die das Privatpublikum von den sogenannten Kasse- Geschäften in Spielpapieren hegt, auch vom juristischen

Standpunkt richtig ist. Liegt nicht auch in den Fällen, wo der Privatkunde die „per Kasse gekauften“ oder „per Kasse verkauften“ Effekten niemals anderswo gesehen hat, als in den Posten der halbjährlichen Kontoauszüge, in Wahrheit auch nur ein zwecks Umgehung des Gesetzes verschleierte Börsentermingeschäft vor? Man wird sich mit dem Reichsgericht fragen können, ob auch in diesem Fall etwas anderes geschaffen ist, als „eine andere Rechtsform für die Geschäfte, die das Gesetz in seinen §§ 48, 66 im Auge gehabt hat“, „Geschäftsformen, die zu demselben wirtschaftlichen Resultat führen, die das Gesetz hat verhüten wollen.“ Eine etwas schmerzliche Aussicht für die Börse, nachdem fortgesetzte Kapitalserhöhungen unserer Bankinstitute mit den größeren Anforderungen motivirt worden sind, die das „Kasse-Geschäft“ mit dem Privatpublikum stelle! Für die augenblickliche Gestaltung der Dinge, wie sie die Reichsgerichtsentcheidung geschaffen hat, kommt schließlich in Betracht, daß die immer wachsende Publizität des Reichsgerichtsurtheils ein Anwachsen der Ansprüche von Privatkunden nach sich gezogen hat, die theils jede Zahlung aus ihren Transaktionen verweigern, theils ihre Depots einfach zurückverlangen. Bezeichnend ist hierfür, was aus Juristenkreisen verlautet: wie noch vor dem Abdruck der gedachten Entscheidung aus allen Theilen Deutschlands die in dieser Sache agirenden Anwälte von Berufsgenossen um schnelle Ertheilung von Abschriften gegangen worden sind, — wie von verschiedenen berliner Bankhäusern Summen von bemerkenswerther Höhe theils freiwillig, theils im Klageweg an Kunden herausgezahlt worden sind, nachdem die Rechtsprechung des Reichsgerichts auch die juristische Schutzkraft der Kontoforrente dem Privatpublikum gegenüber in dieser Frage nahezu auf nichts reduziert hat. Es wird berichtet, daß zur Zeit noch immer wachsende Forderungen dieser Art ihrer Erledigung entgegenstehen. Aus verschiedenen Gründen ist es entschuldbar, wenn von den leitenden Börsengrößen möglichst wenig über solche Erscheinungen an die Öffentlichkeit gebracht wird.

Auf der anderen Seite ist es zu begreifen, daß die Börse nunmehr alles daran setzt, ein so verhängnißvolles Präjudiz wo möglich wieder aus dem Weg zu schaffen. Birgt doch seine dauernde Anerkennung die Gefahr in sich, daß ein feierlich verkündetes Reichsgesetz sogar gegen die Kreise der Getreidespekulanten und der großen Banken wirksam durchgeführt werde, ja, daß vielleicht noch in weiteren Punkten die Rechtsprechung vor einer Juristerei nicht Halt machen wird, die gelegentlich einigermaßen an Winkelkonsulenten-Technik erinnert. Es ist hier

nach nur natürlich, daß alsbald aus der Mitte der den Börsenkreisen verpflichteten Juristen der Versuch unternommen wurde, die „Unhaltbarkeit“ und „Frigkeit“ eines Rechtspruchs klarzulegen, den sieben der hervorragendsten Richter Deutschlands in voller Einmüthigkeit, in völliger Uebereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein des Volks verkündet haben. Das freilich ist nicht mit Sicherheit festzustellen, inwiefern für die „unbefangenen“ litterarischen Vorkämpfer gegen das Reichsgericht etwa noch besondere Motive des Auftretens gegeben sind; — inwiefern etwa der eine oder der andere selbst gelegentlich bei der Konzeption und Kombination jener Formulare mitgewirkt hat, die das Reichsgericht als eine planmäßige Umgehung des Gesetzes mit der Absicht, die Zwecke desselben zu vereiteln, förmlich und feierlich gebrandmarkt hat. Niemand wird an den Stellen, wo man solche vom Reichsgericht gekennzeichneten Liebesdienste leistet, eine von Nebenabsichten freie Wissenschaftlichkeit zu finden hoffen. Und doch ist nur eine solche, ist nur eine von dem ehrfürchtigen Streben nach Wahrheit befeelte Kritik legitimirt, der Autorität unseres höchsten Gerichtshofes vor der Öffentlichkeit entgegenzutreten.

II. Es empfiehlt sich, hier in Kurzem den juristischen Gedankengang des ersten Zivilsenats zusammenzufassen. Bezeichnend für diese vielbesprochene Entscheidung ist es, daß sie in ihrem wesentlichen Inhalt von jedem Laien verstanden werden kann, und daß auch jeder Nichtjurist diese Darlegungen in ihrer einfachen Schlußigkeit als richtig anerkennt. Hier bewährt sich der Satz: *simplex sigillum veri*.

In den Vordergrund stellt das Reichsgericht die Absicht des Gesetzgebers, wie sie in den §§ 48 ff. des Börsengesetzes, insbesondere in § 66 ihren zweifelsfreien Ausdruck gefunden hat. Kein unbefangener Leser des Gesetzes, kein unbefangener Beurtheiler der Gesetzesberathungen ist einen Augenblick über diese Absicht im Zweifel. Das Börsengesetz wollte jene börsenmäßigen Termingeschäfte in landwirthschaftlichen Produkten und Effekten, jene Ultimo-Spekulationen, gegen die sich, als eine Quelle unsäglichen Unheils, die öffentliche Meinung mit unwiderstehlicher Gewalt erhoben hatte, endgiltig auf den Kreis der berufsmäßigen Spekulanten einschränken. Der Kreis dieser Personen wird in dem Terminregister fest und eng begrenzt. Wer außerhalb dieses Kreises steht, der kann mit verbindlicher Kraft börsenmäßige Termingeschäfte nicht eingehen. Rechtswirksame Termingeschäfte soll

es nur innerhalb dieses engen Kreises geben, — nur zwischen Parteien, die beiderseits in das Terminregister eingetragen sind.

Das Gesetz hebt weiter in seinem § 48 hervor, welche Geschäfte in Waaren- und Werthpapieren unter allen Umständen als Börsentermingeschäfte gelten sollen. Indem der Gesetzgeber diese in § 48 erwähnten Transaktionen unter allen Umständen als Börsentermingeschäfte behandelt wissen will, sie einer behördlichen Kontrolle und gegebenen Falles einer Repression durch den Prozeßrichter unterwirft, sagt er mit keinem Wort, daß nur und ausschließlich die dort beschriebenen Geschäfte im Sinn des Gesetzes, namentlich im Sinn des § 66 „Börsentermingeschäfte“ sind. Es ist die klare und einleuchtende Absicht des Gesetzes, denselben Vorschriften alle die Transaktionen zu unterwerfen, die genau denselben, immerhin nicht bedenkenfreien wirtschaftlichen Zweck anstreben, — nur daß dieser hinter einer Verschleierung geschieht, die auf Täuschung des Gerichts, auf die Vereitelung der gesetzgeberischen Absicht, auf die Lähmung eines sozialen Zwangsgesetzes berechnet ist. In dieser Beziehung stellt dann das Reichsgericht fest, — dies alles in Uebereinstimmung mit den jedem Eingeweihten wohlbekannten Vorgängen —: daß die sogenannten „handelsrechtlichen Lieferungs-“geschäfte“ der Berliner Börse lediglich zu dem Zweck einer Umgehung des Börsengesetzes, in der Absicht, dessen mißliebige Absicht zu vereiteln, erdummen und eingeführt worden sind; daß die neuen Schablonen, die neuen, seit Inkrafttreten des Gesetzes für den Verkehr mit dem Privatpublikum benutzten Formulare nicht etwa einem neu erstandenen wirtschaftlichen Bedürfnis zu dienen bestrebt sind; daß sie ausschließlich darauf hinzielen, durch wohl ausgedachte, rein buchstabenmäßige und in der Praxis nicht erkennbare Abweichungen von der Definition des § 48, bei vollkommener Identität des wirtschaftlichen Zwecks, die alten Börsentermingeschäfte, das alte Börsenspiel zu maskiren. Damit erwächst für den deutschen Richter die Pflicht, diese maskirten Börsentermingeschäfte trotz ihres abweichenden Namens, nach der Vorschrift der §§ 48, 66 des Gesetzes zu behandeln. Einer Klage aus diesen „handelsrechtlichen Lieferungs-“geschäften“ ist deshalb mit Rechtsnothwendigkeit der Erfolg zu versagen, sobald nicht beide Theile dem Kreis der in das Terminregister Eingetragenen angehören. Es macht eben keinen Unterschied, ob ein offenes oder ein zur Umgehung des Gesetzes verschleiertes Börsentermingeschäft dem Klageanspruch zu Grunde gelegt ist.

Wer nicht meint, daß deutsche Richter die Augen vor einer Gesetzesumgehung schließen müßten, die sich beinahe als eine

Verhöhnung des Gesetzgebers darstellt, der wird an diesem Urtheil die energische Handhabung des juristischen Rüstzeuges ebenso bewundern, wie die vollkommene Schlüssigkeit der Deduktion. Wir dürfen gleich hier bemerken, daß es gar nicht im Belieben des Richters steht, solchen Gesetzesumgehungen Duldung zu gewähren. Es ist nicht den Gerichten, die die beschworene Amtspflicht bindet, anheimgestellt, etwaigen Unregungen anderer Ressorts zu folgen und sich durch die Maske eines „handelsrechtlichen Lieferungs-geschäftes“ täuschen zu lassen, sobald hinter der vorgesteckten Vertragsschablone das wohlbekannte Börsentermingeschäft, die alte Ultimo-Spekulation erschaut wird. Das Börsengesetz ist in diesen Bestimmungen zwingender Natur. Es ist ein soziales Zwangsgesetz. Die Richtigkeit des Reichsgerichtsurtheils zugegeben, wird die so begründete Rechtsprechung bestehen müssen, so lange das Börsengesetz selbst aufrecht steht. Nur mit dem Gesetz kann sie fallen.

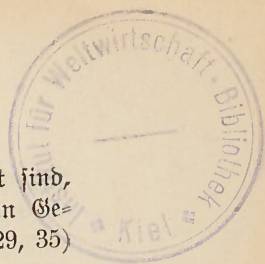
III. Am 30. Januar 1899 hatte das Kammergericht als Berufungsinstanz in Uebereinstimmung mit dem Landgericht Berlin I jener vielbesprochenen Klage stattgegeben, in der die Rechtsunwirksamkeit der „handelsrechtlichen Lieferungs-geschäfte“ aus der Vorschrift des § 66 des Börsengesetzes abgeleitet war. Die Uebereinstimmung in den ungünstigen Entscheidungen dieser beiden Instanzen hatte in berliner Börsenkreisen das felsenfeste Vertrauen auf die Schutzkraft des Darmstädter-Bank-Formulars einigermaßen ins Wanken gebracht. Die Aeltesten der Kaufmannschaft hielten es damals für nützlich und vorsichtig, Hilfe heranzuholen, ehe das Reichsgericht das letzte Wort in der Sache gesprochen. In Juristenkreisen wird geglaubt, daß ein damals veröffentlichtes Rechtsgutachten über den „Begriff der Börsentermingeschäfte“ nicht eigentlich der betheiligten Prozeßpartei, der damals beklagten Bankfirma, erstattet worden ist, daß vielmehr seine Abgabe und Veröffentlichung von der leitenden Börsenbehörde selbst veranlaßt wurde. Es sollte durch diese Publikation, die mit den Prozeßakten nach Leipzig gelangen würde, ein autoritativer Einfluß auf die drohende Entscheidung der höchsten Instanz gewonnen werden, und den leitenden Persönlichkeiten der Kaufmannschaft schien für diese Aufgabe die juristische Persönlichkeit am meisten qualifizirt zu sein, die als Rechtsfreund und Vertheidiger des bekannten Bankiers P o l k e aus nächster Nähe Gelegenheit gehabt hatte, die einschlägigen Verhältnisse kennen lernen und zu beobachten, „wie zahllose Personen aus dem großen Privatpublikum, Beamte, Offiziere, Landwirth, Handwerker und selbst Kaufleute, deren Geschäftsbetrieb solche Geschäfte nicht for-

berte, zum börsemäßigen Terminhandel verleitet werden, obwohl sie nicht die zur Beurtheilung der Gewinn- und Verlustchancen erforderliche Fachkenntniß besitzen und regelmäßig Kontrahenten gegenüberstehen, die mit dem Börsenverkehr vertraut und ihnen überlegen sind," (Entscheidung des Reichsgerichts vom 28. Oktober 1899) und wie „infolge dessen die Betheiligung am börsemäßigen Terminhandel für das Privatpublikum in hohem Maß verhängnißvoll geworden und jährlich zahlreiche Existenzen vernichtet habe." (Entscheidung des Reichsgerichts ebenda.) Dieses Gutachten von so kompetenter und unbetheiligter Seite scheint dem Reichsgericht nicht ganz in dem erwarteten Umfang imponirt zu haben. Immerhin hat es wenigstens das eine Gute bewirkt, daß das Reichsgericht in seiner demnächstigen Entscheidung Veranlassung nahm, die Trugschlüsse jener Schrift in ihrer Richtigkeit hinzustellen, und gerade im Anschluß an jene Deduktionen einige für die juristische Zukunft der sogenannten Kasse-Geschäfte recht unbequeme Fragen aufzuwerfen.

Dieser zweifellose Mißerfolg der offiziellen Börsenjurisprudenz hat den Direktor einer der größten berliner Banken nicht davon abgeschreckt, nach Erlaß des gefürchteten Urtheils als Vorkämpfer der Wissenschaft gegen das Reichsgericht aufzutreten und wesentlich dieselben Argumente in einer Schrift „Die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte" als eine „Kritik der Rechtsprechung des Reichsgerichts" des Längeren auszuspinnen und in größerer Breite der Oeffentlichkeit zu übergeben. Allerdings möchte man vermuthen, daß diese Publikation doch wohl weniger als wissenschaftliche Leistung gedacht war, denn als eine Parallelaktion zur Wiederherstellung der berliner Produktenbörse, — bestimmt, für diese mit der juristischen Anerkennung der „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte" die schwer entbehrte *essentia vitae* zu erobern. Wird ja in dieser Schrift gelegentlich auf die endlich erreichte Erneuerung der Produktenbörse und auf die dabei abgegebenen Erklärungen der Ministerialvertreter hingewiesen, und werden diese gegen die Autorität des Reichsgerichts triumphirend ins Feld geführt!

IV. Die Vorkämpfer für die Freiheit des Börsenspiels beginnen ihre Deduktion allesammt mit einer eigenartigen und wenig haltbaren Deutung des § 48. Dieser Paragraph des Börsengesetzes lautet wörtlich:

„Als Börsentermingeschäfte in Waaren oder Werthpapieren gelten Kauf- oder sonstige Anschaffungsgeschäfte auf eine festbestimmte Lieferungszeit oder mit einer festbestimmten Lieferungsfrist, wenn sie nach Geschäftsbedingungen geschlossen werden, die



von dem Börsenvorstand für den Terminhandel festgesetzt sind, und wenn für die an der betreffenden Börse geschlossenen Geschäfte solcher Art eine Feststellung von Terminpreisen (§§ 29, 35) erfolgt.“

Die Börsenjurisprudenz giebt nun dem § 48 eine Auslegung, die nur dann gerechtfertigt wäre, wenn es dort hieße: „als Börsentermingeschäfte gelten ausschließlich“, oder wenn am Eingang des Paragraphen die Worte ständen: „Börsentermingeschäfte sind“. Statt dessen wird dort einfach bestimmt, daß die im Folgenden beschriebenen Geschäfte jedenfalls als Börsentermingeschäfte zu gelten haben. Die Juristen, die den § 48 im Interesse der Börse als eine sakrosankte und ausschließende Legaldefinition hinstellen möchten, sind dabei gezwungen, sich sofort darüber hinwegzusetzen, daß die sakrosankten Worte „Börsentermingeschäft“ schon drei Paragraphen weiter im Text nicht zur Anwendung gelangen, und daß schon in § 50 Absatz 3 keineswegs von „Börsenterminhandel“, sondern von: börsenmäßigem Terminhandel gesprochen wird; daß auch § 82, Absatz 4 nur diesen „börsenmäßigen Terminhandel“ erwähnt! Mag man hierin auch eine Neußerlichkeit des Gesetzes erblicken, so viel läßt doch diese Textirung klar erkennen, daß § 48 keineswegs eine Legaldefinition giebt, die alle den Bestimmungen des Gesetzes zu unterwerfenden Transaktionen umfaßt, sodaß etwa der Geltungsbereich der einschlägigen Vorschriften, insbesondere der §§ 66 und 68, dort aufhören müsse, wo auch nur eines der Requisite dieser Legaldefinition beseitigt ist.

Die Unhaltbarkeit dieser Meinung ergiebt sich ganz klar bei einem Vergleich der §§ 50, 51 mit § 66.

Diese vielerörterten §§ 50 und 51 gestatten vorerst dem Bundesrath, den Börsenterminhandel bedingungsweise, in gewissen Gegenständen sogar unbedingt zu verbieten. Ausdrücklich verbietet dann § 50 den Börsenterminhandel in Antheilen von solchen Erwerbsgesellschaften, deren Kapital weniger als 20 Millionen Mark beträgt. Schließlich wird von Gesetzeswegen und ohne jede Verklaufulirung solcher Handel in Getreide und Mühlenfabrikaten verboten. Geht man nun wieder auf den Text des § 48 zurück, so leuchtet ohne weiteres ein, daß überall, wo ein solches bundesrathliches oder gesetzliches Verbot des § 50 Platz gegriffen hat, schon aus den Gründen des besagten Verbots zwei von den Requisiten des § 48 nothwendig fehlen müssen. Es ist klar, daß gerade bei allen nach § 50 verbotenen Transaktionen niemals ein Abschluß „nach Geschäftsbedingungen, die von dem Börsenvorstand für den Terminhandel

festgesetzt sind," vorliegen kann, wie solchen andererseits § 48 voraussetzt. Mit gleicher Nothwendigkeit muß es bei jedem solchen Geschäftsabschluß fehlen an: „Terminpreisen, die für Geschäfte solcher Art an der betreffenden Börse festgestellt sind.“ Auch das Letztere aus guten Gründen! Ist einmal der Börsenverkehr in solchen Geschäften durch § 50 verboten, so kann unmöglich der Börsenvorstand „Terminpreise amtlich feststellen," so kann er keine „Bedingungen für den Terminhandel“ in diesen verbotenen Objecten festsetzen. Wären nun nur die Geschäfte der Vorschrift der §§ 48, 66 unterworfen, bei denen alle Requisite des Paragraphen 48 zusammen vorhanden sind, so ergäbe sich das verblüffende Resultat: zwischen nicht eingetragenen Personen sind Geschäfte, die der gesetzlichen Definition des § 48 voll entsprechen, rechtsunwirksam; solche Transaktionen aber, die das Gesetz für die Börse direkt und feierlich in den §§ 50 und 51 verboten hat, können, gerade weil sie verboten sind, mit voller Wirksamkeit betrieben werden. Diese Konsequenz würde, nach der Ansicht der Börsenjurisprudenz, insbesondere bei Terminspeculationen in Getreide und Mühlenfabrikaten Platz greifen. Mit gebührendem Ernst wird diese Ansicht in dem ersten Urtheil des Reichsgerichts verwiesen: es lasse sich doch wohl ernstlich nicht annehmen, daß jene „der Börse verbotenen Geschäfte“ nach dem Willen des Gesetzes größere Vortheile haben sollen, als die an der Börse zugelassenen, dem Buchstaben des § 48 entsprechend geschlossenen Geschäfte, daß namentlich die zugelassenen Börsentermingeschäfte gegen nicht eingetragene Personen unklagbar, verbotene Termingeschäfte aber klagbar sein sollen!“ Eben so heißt es: „Die Gesetzesanwendung darf nicht zu dem Ergebnis führen, daß bei Fehlen der Eintragung in das Börsenregister zwar das Geschäft, das in dem Gesetz nach Begriff und Rechtsform besonders geregelt ist, ungültig, das von ihm überhaupt nicht gewährte und von der Börse auszuschließende Geschäft aber gültig ist.“ In Wahrheit käme die von der Börse vertretene Ansicht auf eine gesetzliche Rezeption des Sazes heraus: man brauche ein Gesetz nur recht kraß und geradezu zu verletzen, um straflos auszugehen, während eine geringere Verfehlung (Nichteintragung in das Terminregister) die schwersten zivilrechtlichen Folgen heraufbeschwört. Also in allem Ernst eine Art Uebertragung des Sazes von den großen und den kleinen Dieben auf das Gebiet des Zivilrechts! Statt zuzugeben, daß das Wort „Börsentermingeschäft“ oder „börsenmäßiges Termingeschäft“ nach

dem offenbaren Zusammenhang und den zweifellosen Absichten des Gesetzes unmöglich die behauptete ausschließende Bedeutung haben kann, daß insbesondere der § 66 alle die Transaktionen trifft, die man auch ohne die vermuthliche Legaldefinition als börsenmäßige Termingeschäfte an ihrem bestimmten wirtschaftlichen Charakter und der entsprechenden juristischen Schablone erkennt, — statt dessen wird von der Börsenseite umgekehrt gefolgert, die §§ 51 und 52 böten der Aufsichtsbehörde keine Handhabe, um „handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte“ vom Börsenverkehr auszuschließen, selbst wenn sie Waaren und Effekten der in § 50 bezeichneten Art zum Gegenstand haben: um so mehr müsse solchen handelsrechtlichen Lieferungsgeschäften die volle zivilrechtliche Wirksamkeit auch gegen nicht eingetragene Personen beigelegt werden. Die Prämisse ist falsch. Sind die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte, wie das Reichsgericht feststellt, nichts anderes, als maskirte Börsentermingeschäfte im Sinn des § 66 wie des § 48, so giebt das Gesetz nicht bloß die Handhabe, diese Lieferungsgeschäfte von dem Börsenverkehr nach § 50 auszuschließen: es statuirt vielmehr eine Pflicht zu solchem Thun für alle betheiligten Amtsstellen, um, unter Anwendung der gedachten Gesetzesvorschriften, diesen Ausschluß vom Börsenverkehr durchzuführen, wo er noch nicht durchgeführt ist. Ihre Pflicht ist es, das Börsengesetz zur Wahrheit werden zu lassen, wo es etwa bislang „ein Blatt Papier“ geblieben sein sollte.

V. Wenn man den Vorwurf, den die Börsenjurisprudenz gegen das Reichsgericht erhebt, seiner stilistischen Verbrämung entkleidet, so findet man, daß sie das Reichsgericht nicht sowohl einer Verkenntung des geltenden Rechts beschuldigt, als einer absichtlichen Mißachtung des Gesetzes. Sie beschuldigt das höchste Gericht, daß es mit vollem Bewußtsein „das Gesetzeswort außer Kraft gesetzt habe“. Unternimmt es doch einer jener Börsenkritiker, höhnisch von einer „Auslegung des Gesetzes“ zu sprechen, „wo das Gesetz selbst nichts als ein Blatt Papier wäre!“ Dieselbe schwer begreifliche Anklage ist schon in dem erwähnten ersten Gutachten vorbereitet worden, wenn von dem höchsten Gericht gesagt wird, es sei „nicht berechtigt, eine gesetzliche Bestimmung unter Mißachtung der vom Gesetz aufgestellten Definition“ in einer bestimmten, der Spekulation unangenehmen und bei den Banken mißliebigen Richtung anzuwenden.

Wir haben inzwischen gesehen, auf welche leeren Scheingründe hin eine solche schwere Anklage in die Welt gesetzt wird, auf welche unhaltbare Deutung des § 48 hin eine derartige Er-

schütterung des Ansehens des Reichsgerichts zum Vorthail der Börsenspekulation gewagt wurde. Wir sahen, daß die Definition des § 48 unmöglich jene enge und ausschließende Bedeutung haben kann, die man ihr von jener Seite geben möchte. Mit dieser Erkenntniß hat aber die Rechtsprechung auch die Handhabe gefunden, um den Willen des Gesetzgebers gegen offene wie gegen versteckte Umgehung des Gesetzes zum Sieg zu führen. Es war damit die Möglichkeit geschaffen, den Vorschriften des § 66 alle die Rechtsgeschäfte zu unterwerfen, „deren äußere Rechtsform zwar sich mit der Begriffsbestimmung des § 48 nicht deckt, die aber nach ihrem materiellen Inhalt und ihrer wirthschaftlichen Natur und Zweckbestimmung unter die Geschäfte fallen, die der Gesetzgeber nur den in das Börsenterminregister eingetragenen Personen mit Rechtswirksamkeit hat gestatten, von denen er andere Personen hat ausschließen wollen.“ Mit dieser richtigen Deutung des § 48 war die weitere Anwendung des § 66 (Unwirksamkeit solcher Geschäfte) auf alle die Transaktionen gegeben, die das Gesetz in seinen §§ 48, 66 im Auge gehabt hat: in erster Reihe also auf die Rechtsform des „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes“, die ja nach den Worten des Reichsgerichts „zu denselben wirthschaftlichen Zwecken führt, die das Gesetz hat verhüten wollen.“

VI. Vor diese unabweisbare Schlußfolgerung aus der Absicht des Gesetzes gestellt, haben die Vertreter der Börse zu dem seltsamen Mittel gegriffen, einfach zu leugnen, daß der Wille des Gesetzgebers wirklich den vom Reichsgericht angenommenen Inhalt habe. Es liege, so sagen sie, gar nicht einmal in der Absicht des Gesetzgebers, jede, dem § 48 ausweichende Vertragsform für die unter Kontrolle gestellten Börsenspielgeschäfte den Vorschriften des Börsengesetzes, insbesondere dem § 66 zu unterwerfen. Nicht einmal das sei die wahre Absicht des Gesetzgebers gewesen, durch den Registerzwang das Börsenspiel in jeder Form zu treffen. Das Gegentheil ergebe sich aus den Motiven zu § 78 des Börsengesetzes, wo eine Strafe für den angedroht wird, der „gewöhnheitsmäßig in gewinnstüchtiger Absicht andere unter Ausbeutung ihrer Unerfahrenheit oder ihres Leichtsinns zu Börsenspekulationsgeschäften verleitet, die nicht zu ihrem Gewerbebetrieb gehören.“ Weil in den Motiven zu diesem Paragraphen als die Absicht des Gesetzgebers verkündet wird, „dem Börsenspiel ohne Rücksicht auf die Form, in der es sich vollzieht, entgegenzutreten“, könne dieselbe Absicht unmöglich bei den zivilrechtlichen Bestimmungen des § 66 obgewaltet haben! In gleicher

Weise könnte man beim Wuchergesetz argumentiren: weil die Absicht, jeder wucherischen Ausbeutung der Nothlage entgegenzutreten, die Androhung von Freiheitsstrafen für den Wucherer motivirt hat, könnten dieselben Motive unmöglich dort liegen, wo die zivilrechtliche Rückgabe der wucherischen Vortheile an den ausgebeuteten Schuldner vorgeschrieben wird. Es wäre in der That von Interesse, auch nur einen einzigen, nothdürftig haltbaren Grund zu erfahren, aus dem der Gesetzgeber, — wie man uns glauben machen will — Thür und Thor in voller Absicht und gerade zu dem Zweck offen gelassen hätte, damit die Interessen möglichst bequem dem Gehorsam gegen die Gesetzesvorschriften aus dem Weg gehen können. Es heißt doch wohl der Leichtgläubigkeit zu viel zumuthen, wenn man hofft, außerhalb der Börsenkreise irgend jemand davon zu überzeugen, daß der Gesetzgeber absichtlich die Möglichkeit geschaffen habe, durch einfache Weglassung irgend eines der diversen Requisite des § 48 ein klagbares, vollwirksames Börsenspiel- und Ultimogeschäft, sogar in den verbotenen Waaren- und Effektengattungen zu thätigen. Was darf für diese merkwürdige Ansicht aus dem Umstand gefolgert werden, daß in der Börsen-Enquete-Kommission von 1892 — also nicht einmal bei der Berathung des Börsengesetzes selbst, die vier Jahre später stattfand — einzelne Anträge, die eine zweifelsfreie Formulirung der Ansichten des Reichsgerichts enthalten, die Mehrheit der damaligen Kommissionsmitglieder nicht für sich hatten! Es ist häufig genug von berufener juristischer Seite über den Mißbrauch geklagt worden, der mit Kommissionsprotokollen aus der Zeit der Vorberathungen eines Gesetzes getrieben wird. Einmal verflündet, hat das Gesetz seine eigene lebendige Kraft, die den einzelnen Vorschriften ihre Bedeutung aus sich heraus gewährt, ohne daß man dagegen einzelne Aeußerungen und Anträge aus einem weit zurückliegenden Vorberathungsstadium in die Waagschale legen dürfte. Wir möchten, um ein Beispiel zu geben, an dieser Stelle für Nichtjuristen auf die Geschichte des vielbesprochenen § 184 in unserm Strafgesetzbuch hinweisen. In der Novelle zum Strafgesetzbuch von 1876 beantragte die Regierung einen besonderen Zusatz zu diesem Paragraphen, wonach künftig nicht bloß: „unzüchtige Handlungen“ sondern „unzüchtige Handlungen und Aeußerungen“ unter die Strafvorschrift des § 184 fallen sollten. Dieser Gesetzesvorschlag scheiterte nach eingehenden Berathungen und Debatten in der Kommission und im Reichstag. Diese Ablehnung der Regierungsvorschläge hat auf die Rechtsprechung nicht den geringsten Einfluß ausgeübt. Sie hat nicht dazu geführt, daß nimmehr die Recht-

sprechung etwa den unzüchtigen „Aeußerungen“ das Feld überlassen hätte. Mit der Begründung, daß eine „Aeußerung“ zweifellos auch unter den Begriff „Handlung“ falle, hat die Zudikatur auch des Reichsgerichts an einer Auslegung des § 184 festgehalten, die der Text des Gesetzes als wohlbegründet erscheinen ließ und die dem Gebot der allgemeinen Wohlfahrt und Sittlichkeit genau so entspricht, wie die jetzt für ein anderes Gebiet vom ersten Zivilsenat vertretene, nicht am Buchstaben haftende Auffassung der §§ 48 und 66 des Börsengesetzes.

VII. Auch die Börsenjurisprudenz leugnet nicht, daß die Absicht des Gesetzes, wie sie in den angeführten Paragraphen ihren Ausdruck findet, in erster Reihe dahin gegangen sei, dem Börsenspiel zu steuern, indem man die Rechtswirksamkeit seiner üblichen Formen von der Eintragung in das Terminregister seitens beider Parteien schlechtthin abhängig machte. Man giebt zu, daß diese prinzipale Absicht bei einer engen Auslegung des § 48 und bei Proklamirung der Immunität für „handelsrechtliche Lieferungsgeſchäfte“ eine bloße Illusion bleiben würde. Man leugnet nicht, daß in der Form der „handelsrechtlichen Lieferungsgeſchäfte“ die Spiel Leidenschaft des Privatpublikums in demselben Umfang, wie vordem, zum Vortheil geschäftskundiger Bankfirmen und Spekulanten ausgebeutet werden könne, — genau so leicht, wie es mit Hilfe des offiziellen Börsentermingeschäfts geschehen kann. Es ist in der That bezeichnend, daß beispielsweise die zur Kognition der berliner Prozeßgerichte gebrachten, sogenannten „handelsrechtlichen Lieferungsgeſchäfte“ bis jetzt wohl sämmtlich denselben zweifelsfreien Spielcharakter aufweisen, wie die früheren Ultimogeschäfte, die nach den offiziellen Usancen geschlossen waren. In den bis jetzt erörterten Zivilprozessen hätte der Richter wohl ebenso vergeblich wie bei den früheren Ultimogeschäften versucht, etwas von dem in Börsenpublikationen immer wiederkehrenden „ernsten und unleugbaren nationalökonomischen Interesse“ herauszufinden, dem „diese Vertragsform vorzüglich gewidmet ist.“ In allen diesen Fällen war von dem gepriesenen „Versicherungsinteresse des reellen Waarenhandels, dem diese Vertragsform zu dienen bestimmt ist,“ so wenig etwas zu bemerken, als von dem „unleugbaren nationalökonomischen Vortheil, den gerade der Terminhandel bietet.“ Man müßte denn diesen „unleugbaren nationalökonomischen Vortheil“ in der Ueberführung der Vermögen des Privatpublikums in die Kassen der betreffenden Spekulantenfirmen erblicken. Diese Art nationalökonomischen Vortheils wird man allerdings nie zu gering ansetzen können: ist es doch bezeichnend, daß ein Börsenmann, dessen na-

tionalökonomische Thätigkeit vor einigen Jahren durch den Staatsanwalt jäh unterbrochen wurde, aus dem Zuchthaus zurückgeführt, sofort die Form des „handelsrechtlichen Lieferungsgegeschäfts“ für seine Beziehungen zu dem Privatpublikum gewählt hat, und zwar mit glänzendstem Erfolg! Wir haben uns bemüht, auch sonst näheres über die thatsächlichen Verhältnisse zu erfahren, wie sie vor den berliner Gerichten in einschlägigen Prozessen zu Tage getreten sind. Ueber die nationalökonomischen Vortheile, die das Wirthschaftsleben Deutschlands beispielsweise aus solchen „handelsrechtlichen Lieferungsgegeschäften“ gezogen haben kann, wie sie der Thatbestand der präjudiziellen Entscheidung des Reichsgerichts vom 28. Oktober 1899 erwähnt, wäre es überflüssig, ein Wort zu verlieren. Es dürfte überhaupt schwer sein, nationalökonomisch den Unterschied festzustellen, der darin liegen soll, daß ein jugendlicher Kommiss vor dem 1. Januar 1897 seine „25 Kredit“ oder „25 Prince Henry“ als Ultimogeschäfte per Ultimo „gab“ oder „nahm“, während er jetzt dieselben Spielpapiere „handelsrechtlich liefert“ oder „handelsrechtlich geliefert bekommt.“ Wenn früher Kellner, Gastwirth, Böttchermeister, alte Damen versuchten, mit Hilfe von Papier-Roggen und Papier-Weizen „dem Glück die Hand zu bieten“, so sehen die Gerichte jetzt, wie kleine Agenten bei Bankinstituten die Aussteuerversicherung ihrer Tochter (!) als Depot hinterlegen, um dann „handelsrechtliche Lieferungsgegeschäfte“ im Umfang von über einer Million Mark im Lauf eines halben Jahres zu thätigen. Wir hören auch jetzt wieder von Damen, deren Erbtheil im Weg „handelsrechtlichen Lieferungsgegeschäfts“ bis auf den letzten Pfennig seinen Weg in die Kassen großer Bankfirmen findet, und von ähnlichen Leistungsproben dieser Vertragsform, die die Ansicht des höchsten Gerichtshofs vollauf rechtfertigen, ja als zu mild erscheinen lassen. Niemand bezweifelt ja, daß Börsentermingeschäfte nach § 48 und ebenso die nach den Bankformularen geschlossenen sogenannten Lieferungsgegeschäfte ernsthaften und wirthschaftlichen Zwecken dienen können. Trotzdem darf man behaupten, daß es niemals Transaktionen ernsthaften Inhaltes gewesen sind, die ein Gericht nöthigten, über das Verhältniß des § 66 zu § 48 des Börsengesetzes nachzudenken, und daß in allen Fällen nur solche Geschäfte einer prozessualen Nachprüfung unterworfen worden sind, bei denen eigentlich für Laien wie für Juristen der Spielcharakter geradezu auf der Hand lag.

VIII. Stellen wir fest: die Verwendung der neuen Vertragsform des handelsrechtlichen Lieferungsgegeschäfts für Spielzwecke

wird auch von der Börseseite zugegeben. Auch das wird nicht geleugnet, daß jede andere Gesetzesauslegung als die des Reichsgerichts alle Uebelstände im alten Umfang fortbestehen läßt. Dafür wird das Reichsgericht angeklagt, es habe hier, dem Gesetz zuwider, lediglich die gesetzgeberische Absicht einer möglichst scharfen Repression des Börsenspiels in den Kreis seiner Erwägungen gezogen, und darüber geflissentlich jene andere Absicht des Gesetzgebers ignorirt, durch das Gesetz für die Börse „klare und sichere Verhältnisse“ zu schaffen. Durch seine Entscheidung, die das handelsrechtliche Lieferungsgeſchäft der Rechtswirksamkeit des § 66 unterstellt, soll das Reichsgericht die klaren und sicheren Verhältnisse vernichtet haben, die sich die berliner Börse mit Hilfe eben dieser Vertragsform seit dem 1. Januar 1897 zu schaffen verstanden habe. Die ungünstige Judikatur des Reichsgerichts, so heißt es, vernichtet die Sicherheit des Börsenverkehrs auch zwischen den in das Terminregister eingetragenen Firmen. Man wirft in dieser Beziehung die Frage auf: wie ist es mit den handelsrechtlichen Lieferungsgeſchäften zu halten, die zwischen zwei in das Register eingetragenen Personen gethätigt wurden? Bekanntlich ist durch § 69 zwischen eingetragenen Personen einem Vertragsschluß nach § 48 gegenüber der Differenzeinwand ausgeschlossen; gilt nun dieser Ausschluß des Differenzeinwands auch für die von dem höchsten Gericht in jeder anderen Beziehung dem Börsentermingeſchäft des § 48 gleichgestellten Lieferungsgeſchäfte?

Die Börsenjurisprudenz scheint geneigt, — wenigstens in ihren Publikationen, vielleicht weniger in der Praxis des Lebens — die Konsequenzen des Urtheils vom 28. Oktober 1899 schroff nach der negativen Seite hin zu ziehen. Man will vor der Deffentlichkeit die Dinge möglichst schwarz erscheinen lassen. Man will für das harmlose „Lieferungsgeſchäft“, wenn möglich, Sympathien wachrufen, wie für eine von den Gerichten verfolgte Unschuld. Man zeigt uns das „handelsrechtliche Lieferungsgeſchäft“, wie es von dem grausamen Reichsgericht mit der einen Hand unter das Joch des § 48 gebeugt wird, während ihm die andere Hand den einzigen ärmlichen Gegenwerth, den Schutz des § 69, entwindet. Das Urtheil des ersten Zivilsenats soll „Zustände, wie sie unleidlicher und verworrener nicht gedacht werden können, verewigen.“ (Rießer.) Klagend wird hervorgehoben, daß nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts „diejenigen Börsentermingeſchäfte im weiteren Sinn, die nicht unter § 48 fallen (also die handelsrechtlichen Lieferungsgeſchäfte), zwar ungiltig, wenn die Kontrahenten nicht eingetragen sind, aber — nicht etwa giltig,

wenn die Personen eingetragen sind.“ (Staub.) Diese Schilderung mit den obligaten Weherufen über einen „Rechtszustand, der das Gegentheil von demjenigen sei, den der Gesetzgeber erreichen wollte,“ entbehrt vorläufig jeder Bestätigung durch die Praxis des Reichsgerichts. Noch ist das Reichsgericht nicht in die Lage gekommen, sich über die Frage auszusprechen, ob durch § 69 zwischen zwei eingetragenen Personen der Differenz= einwand auch bei handelsrechtlichen Lieferungsgeschäften ausgeschlossen wird. Uns wenigstens scheint die Gleichstellung der formularmäßigen Lieferungsgeschäfte mit dem „Börsentermingeschäft“ des § 48 ganz konsequent die Anwendung des § 69 auch auf solche Verträge nach sich zu ziehen. Davon abgesehen, wird regelmäßig zwischen zwei in das Terminregister eingetragenen Firmen der Spieleinwand, wenn er einmal wirklich versucht würde, schon am Mangel der thatsächlichen Unterlagen scheitern.

Nehmen wir aber einmal an, daß eine künftige Entscheidung des Reichsgerichts die Befürchtungen der Börse wahrmachen und die Replik des § 69 auch bei Eintragung in das Terminregister für „handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte“ versagen würde. Hätte selbst dann die Börse ein Recht, Klage darüber zu führen: die Absicht des Gesetzgebers, klare und sichere Verhältnisse für den Börsenhandel zu schaffen, sei vereitelt worden? Auf diese „klaren und sicheren Verhältnisse“ hat die Börse mit vollem Bewußtsein Verzicht geleistet, als sie, dem Gesetz zum Torte, die Umgehung seiner Vorschriften durch die Erfindung des „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts“ versuchte. Sie selbst stiftete jene Unsicherheit an, als sie das maskierte Börsentermingeschäft ins Leben rief. Wenn der juristische Erfolg nicht dem angewendeten Raffinement entsprochen hat, so mögen die Interessenten sich vorhalten, daß man auch auf dem Gebiet des Rechtslebens zwischen zwei Stühlen sich auf die Erde setzen kann. Das Zeughaus der Jurisprudenz verwahrt von altersher gewisse recht empfindliche Formeln, um geplante Umgehungen des Gesetzes, maskierte Transaktionen und ähnliches zu treffen. Es ist doch nichts neues, daß der Richter den Parteien, die einer Gesetzesvorschrift auf Umwegen auszuweichen gedachten, den Bescheid erteilt: Was ihr im Verträge erklärt habt, habt ihr nicht gewollt; was ihr wirklich gewollt habt, habt ihr nicht erklärt; deshalb könnt ihr Rechte aus euren Abmachungen überhaupt nicht herleiten. Alle unliebsamen Konsequenzen, insbesondere das Versagen der Schutzbestimmung in § 69, wären also schlimmsten Falls nichts weiter als die unerwünschte Folge der von der Börse versuchten Umgehung des Gesetzes.

IX. Der vom Reichsgericht vor der Öffentlichkeit erhobene Vorwurf planmäßiger Gesetzesumgehungen durch Einführung der Scheinform des „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes“ hat die Börsenjuristen begreiflicherweise besonders empfindlich getroffen. Man ist in Deutschland gerade in diesem Punkt besonders heikel, und jede Agitation trägt von vornherein den Stempel der Ausichtslosigkeit, deren Träger mit solchem Verdacht belastet sind. Mit gutem Grund bemühen sich deshalb die beteiligten Kreise, gerade diese vom Reichsgericht erhobene Anklage als unbegründet nachzuweisen.

Ob mit Erfolg?

Wenn man den Text eines der neuen Börsenformulare für „handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte“ neben den Text der alten „Bedingungen für Zeitgeschäfte“ legt und dann einen Blick auf den Wortlaut des § 48 wirft, — dann ist es wohl möglich, daß man an eine bekannte Stelle in Gustav Freytags Roman „Sol und Haben“ erinnert wird. Eine solche Erinnerung würde den beteiligten Faktoren sicherlich Unrecht thun, und doch läßt sie sich schwer abweisen. Wir meinen die Stelle, wo der eigenartige Unterricht in der Juristerei beschrieben wird, den ein ehemaliger Rechtsanwalt seinem lernbegierigen Schüler aus der Getreidebranche angebeihen läßt. „Er ging bei allen auszustellenden Urkunden und bei jeder geschäftlichen Verpflichtung von der gewöhnlichen Form aus, lehrte seinen Schüler die betreffenden Gesetze kennen und machte seine Lehren durch Beispiele deutlich und angenehm. Dann erst gab er bei jedem Gesetz, bei jedem einzelnen Fall die kleinen Hilfsmittel an, durch welche man gegenüber der Verpflichtung einen freien Standpunkt gewinnen konnte. Jeden Abend nahm Beitel einige kostbare Rezepte in seine Brieftasche auf, Formulare zu Dokumenten, welche zu nichts verpflichteten, und wieder solche, welche zu weit mehr verpflichteten, als dies den Anschein hatte.“ Wir erfahren in dem bekannten Roman nichts Genaues über den Inhalt dieser Rezepte; immerhin darf man annehmen, daß sie ihren Zwecken in geschickterer Weise angepaßt waren, als die neuen Formulare für „handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte“ den Zwecken des Spekulantenthums. Es ist doch ein für Börse und Börsenjuristen gleich beschämendes Ergebnis, daß nicht etwa bloß das Reichsgericht festgestellt hat, es läge

„der Fall der Umgehung des Gesetzes vor, den jedes Recht dem direkten Handeln gegen Gesetze gleichstellt;“

und daß der Fall nicht anders gestaltet sei,

„als wenn man an Stelle des verbotenen Darlehens an einen Haussohn den Verkauf an ihn setze, um ihm das verbotene Darlehen zu verschaffen.“

Das Bemerkenswerthe ist, daß auch beide unteren Instanzen die beabsichtigte Täuschung sofort durchschaut haben, und entweder überhaupt eine vollständige Identität zwischen dem älteren offiziellen Formular und der neuen Form „mit dem freien Standpunkt gegenüber der Verpflichtung des Gesetzes“ konstatairten, oder den Umgehungszweck in den absichtlichen Abweichungen vom Text des § 48 klar heraus gefunden haben. Da andererseits die theilhaftigen Börsenkreise selbst über die Intentionen, die bei der Einführung der neuen Formulare obwalteten, sicherlich bestens orientirt sind und die Motive und Erwägungen bei jener Aktion von Anfang bis zu Ende genau, sehr genau kennen, so muß man bei allen den entriüsteten Vorwürfen gegen das Reichsgericht und der entriüsteten Ablehnung des Vorwurfs der Gesetzesumgehung schließlich die Frage stellen, auf welche Kreise solche Expectorationen berechnet sind.

Das Reichsgericht sagt: „Der Zweck, das Gesetz illusorisch zu machen, wird kaum geleugnet.“ Jeder Eingeweihte wird diese Bemerkung bestätigen.

Wir glauben auch nicht, daß außer an Stellen, wo man im Voraus entschlossen ist, nichts sehen zu wollen, ein anderer Eindruck durch die sogenannte „Eilfertige Eingabe“ an den Handelsminister hervorgerufen wird, worin der Börsenhandelsverein und die Darmstädter Bank gleich nach dem Neujahrsest 1897 den Handelsminister um eine Beruhigung ihrer moralischen Skrupel und Befreiung von der schweren und ernsten Sorge einer „eventuell ehrengerichtlichen Ahndung“ gehorsamst ansehn. Wer nicht weiß, wie ungemein sensitiv und delikat gerade die Börsenkreise in allen Punkten sind, wo auch nur der leiseste Hauch eines Zweifels darüber bestehen kann, ob eine Form des Börsengeschäftes den Absichten irgend eines Gesetzes nicht voll und ganz gerecht werde, — müßten darüber auch die schwersten finanziellen Opfer in den Kauf genommen werden, — der würde vielleicht einige Zweifel hegen, ob diese „eilfertige Eingabe“ wirklich so „eilfertig“ zu Papier gebracht worden ist, wie es den Anschein haben kann. Ein Skeptiker würde sich fragen, ob hier die zwei erwähnten Banken nicht ein wenig mit vertheilten Rollen auftreten, — etwa so, wie dergleichen in den philosophischen Dialogen des klassischen Alterthums zu geschehen pflegt, wo der eine Theil die rationes dubitandi, die Zweifelsgründe, der andere aber die rationes decernendi, die

Argumente zu Gunsten der von dem Verfasser erhofften und gewollten Entscheidung vorzutragen hatte.

Wir haben inzwischen keinen Grund, der Versicherung der beteiligten Seite, daß diese Hypothese irrig, den Glauben zu versagen. Dann aber wäre zweifellos eine andere gegnerische Behauptung falsch. Es würde dann feststehen, daß man keineswegs bei Einführung der neuen Vertragsform in allen beteiligten Kreisen eine solche Auslegung des Gesetzes, wie sie das Reichsgericht gegeben hat, für undenkbar und ausgeschlossen erachtet hat. Gerade aus jener „eifertigen Eingabe“ würde erhellen, daß schon am 2. Januar 1897 der Börsenhandelsverein, der Gegenpart der Darmstädter Bank bei jenem „Wort an den Minister“, die wahren Absichten des Gesetzes ganz richtig erkannt hat, und daß wenigstens dieses Bankinstitut schon damals von trüben Zweifeln über die Widerstandsfähigkeit des neuen „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfts“ heimgesucht wurde. Diese Zweifel wären auch sehr begreiflich gewesen. Ebenso begreiflich ist, daß sie in dem so viel besprochenen Rechtsstreit von allen drei Instanzen für begründet erklärt wurden.

Für einen freundwilligen Juristen, den man in den sechs Monaten zwischen der Verkündung und dem Geltungsanfang des Börsengesetzes vor die Aufgabe gestellt hätte, ein Schlupfloch mit Seitenausgang für das bedrohte Börsenspiel zu schaffen, war die Operationslinie gleichsam vorgezeichnet. Das eigentliche Ziel beim Entwurf eines neuen Formulars mußte sein, ohne größeren Schaden an § 48 des Börsengesetzes vorüberzukommen, weil dann § 66 mit der gefürchteten Unklagbarkeit der Vertragsschlüsse von selbst außer Aktion gesetzt war. § 48 verzeichnet, wie bereits erörtert wurde, eine Anzahl von Vertragsrequisiten für das Börsengeschäft. Es galt also in dem neuen Vertragsformular für die Zeit nach dem 1. Januar 1897 „mit Worten, die zu nichts verpflichten,“ so viel als möglich von diesen Vertragsrequisiten auszuschneiden. Bei dieser Arbeit empfahl es sich, in erster Linie die Stelle des Textes in Angriff nehmen, wo § 48 von einer „festbestimmten Lieferzeit“ und „festbestimmten Lieferungsfrist“ spricht. Alles schien gewonnen, wofern, — ohne Gefährdung des Spielzwecks natürlich — der Vertragschluß frei von solcher festbestimmten Lieferzeit formuliert werden konnte. Ohne fixe Lieferfrist lag ja juristisch überhaupt kein Termingeschäft vor, geschweige denn ein Börsentermingeschäft nach § 48. Für den Richter blieb dann äußerlich nur Eines übrig: eines jener harmlosen Lieferungsgeschäfte, wie sie der reelle Handel und Verkehr in weitestem Umfang für nahe

oder entfernte Zukunft thätigt, und wie sie durch die Artikel 354 und 356 des alten Handelsgesetzbuches ausdrücklich vorgesehen waren. Solche reellen Geschäfte und Transaktionen, wie sie Artikel 354—356 des Handelsgesetzbuches erwähnt, hat das Börsengesetz selbstverständlich niemals im Auge gehabt. Auf solche Verträge finden seine Bestimmungen keine Anwendung, und niemand hätte etwas dareinzureden, wenn die Börse sich in aller Aufrichtigkeit darauf legen wollte, ausschließlich solchen Vertragschüssen, solchen unschuldigen Lieferungsverträgen nach Artikel 354—356 ihre Thätigkeit zu widmen. So aber war die Sache natürlich nicht gemeint. Vielmehr kam es darauf an, daß durch die Auslassung des fixen Lieferungsstermins nicht etwa der eigentliche Zweck der ganzen juristischen Arbeit, die Konservierung des Börsenspiels gefährdet wurde. Es bestand hier in der That eine ernsthafteste Gefahr, in die Charybdis zu gerathen, um die Scylla des § 48 zu vermeiden. Diese Gefahr drohte durch den Artikel 356 des Handelsgesetzbuches. Dieser Artikel 356 — für legale Lieferungsengeschäfte gedacht und bestimmt — gebietet nämlich, dem säumigen Theil auf Verlangen eine den Umständen angemessene Nachfrist zu gewähren. Schritt jetzt der Börsenjurist dazu, in den neu ausgedachten Formularen das alte Ultimogeschäft als ein harmloses handelsrechtliches Lieferungsgeschäft zu verkleiden, so trat die unangenehme Konsequenz ein, daß auf die simulirten Ultimogeschäfte nothwendig die Bestimmung des Artikel 356 Anwendung fand. Darauf natürlich konnte die Börsenspekulation sich nicht einlassen, daß etwa am Ultimo der Privatkunde mit den fingirten Vertragsänderungen Ernst machte und das „handelsrechtliche Lieferungsgeschäft“ nicht bloß als eine gefällige Redewendung, sondern als einen wirklichen Lieferungs-Vertrag auffaßte. Davon durfte natürlich die Rede nicht sein, daß der Privatbankkunde, gestützt auf Artikel 356, von seinem Bankier die Gewährung „einer dem Gegenstand angemessenen Nachfrist“ forderte, — mit anderen Worten, daß er ein wirkliches Recht darauf erhalten hätte, nach Ultimo das Spiel auf Gefahr des Bankiers geraume Zeit fortzusetzen und selbst von den Kursschwankungen zu profitiren, während der Bankier selbst zur prompten Abwicklung seiner Engagements gezwungen ist. In solchem Dilemma hat sich dann ein Wort zur rechten Zeit eingestellt. Den Börsenjuristen, die das börsenmäßige „handelsgerichtliche Lieferungsgeschäft“ erfunden haben, gebührt der Ruhm, daß sie ein Fixgeschäft schufen, das keinen fixen Lieferungsstermin zeigt, — das einerseits ein einfaches Lieferungsgeschäft ist, bei dem aber

fix geliefert werden muß, obwohl die Nachfrist des Artikel 356 dem Kunden sogar kontraktlich zugesichert wird! Diese Novität, die man beinahe als die juristische Quadratur des Kreises hinstellen möchte, hat in dem Formular der Darmstädter Bank ihren vollkommensten Ausdruck gefunden. Das erlösende Wort ist hier die kontraktlich festgelegte „zweitägige Nachfrist“. Es mag zunächst verblüffend einfach erschienen sein, die „den Umständen angemessene“ Nachfrist des Artikel 356 im Voraus und verträglich einfach auf zwei Tage zu fixiren. Man kann dann behaupten, daß die Gesetzesvorschrift des Artikel 356 gewahrt sei, denn die Nachfrist ist bewilligt, und in der Sache selbst hat die Börse ihr Ultimogeschäft, bei dem schlimmsten Falles, um die Worte des Reichsgerichtes zu gebrauchen, „das Geschäft von Ultimo auf den dritten Börsentag nach Ultimo fix prolongirt wird“. Praktisch wird es wohl niemals vorkommen, daß ein Privatkunde, der die Differenzen aus dem Börsenspiel nicht zahlen will oder kann, von diesem kostbaren Recht der vertragmäßigen zweitägigen Nachfrist Gebrauch macht und eine Verlängerung von Ultimo auf zwei Börsentage fordert. Käme aber einmal der seltene Fall vor, so hätte der Bankier einfach ein Ultimogeschäft mit einem um zwei Tage späteren Stichtag. Legt man die Sache auf die chemische Feinwaage, so mag es ja richtig sein, daß durch Aufnahme dieser 48 stündigen Nachfrist die Börsenspekulation eine kleine Konzession über den Rahmen des alten Ultimogeschäfts hinaus in den Kauf genommen hat. Sie hat eben in diesem Punkt richtig erkannt, daß ohne diese minimale Konzession — eine wahre *quantité négligeable* — der Nothausgang für das Börsenspiel nicht offenzuhalten war. Um des höheren Zieles willen hat man das geringfügige Opfer gebracht. Daß diese theoretische Konzession für die Wirklichkeit des Börsenverkehrs gar keine Bedeutung besitzt, erhellt schon aus der Thatsache, daß ein Unterschied im Börsenkurs zwischen solchen Schüssen, die nach dem Darmstädter Formular mit Nachfristklausel, und solchen, die ohne Nachfristklausel als offizielle Ultimogeschäfte gethätigt werden, bislang niemals zu Tage getreten ist. Nachdem in solcher Weise das handelsrechtliche Lieferungs Geschäft der berliner Börse das Licht der juristischen Welt erblickt hatte, schien die gefährdete Sache des Börsenspiels auch für die stürmische Zeit nach dem 1. Januar 1897 gerettet. Und da in dieser Weise die Sache selbst geborgen war, konnte man nach Außen hin mit Worten um so freigebiger sein. Nun konnte man ohne jede Gefahr in § 2 des neuen Formulars das Gegentheil von dem aussprechen, was man materiell in § 3, Absatz 4 der Darmstädter Bank-Be-

dingungen ausgemacht hatte. Es hört sich fast wie ein gar nicht schlechter Börsenwitz an, wenn es in § 2, Absatz 2 des erwähnten Formulars mit ernster Miene heißt: „Bei allen eingangs genannten Aufträgen und Geschäften gilt der vereinbarte Erfüllungstag nicht als fester (genau bestimmter) Zeitpunkt der Lieferung im Sinne des § 48 des Börsengesetzes (!) oder des Artikels 357 des Handelsgesetzbuches.“ Die Aufnahme, die dieser Börsen- und Juristenwitz vor dem Reichsgericht gefunden, hat freilich den Erwartungen der Verfasser nicht ganz entsprochen.

Vorsicht gebot aber, bei der Schöpfung des neuen handelsrechtlichen Lieferungsgeschäftes sich nicht auf eine Vertheidigungslinie ausschließlich zu verlassen. Es war ja möglich, daß das Moment der scheinbaren Beseitigung des fixen Lieferungstermins allein nicht Stand hielt. Jedenfalls erachtete man für richtiger, alles zu machen, was gemacht werden konnte. Diesem Bestreben entspringen noch einige weitere Abweichungen gegenüber dem Text der offiziellen Ultimogeschäfte nach älterem Zuschnitt.

§ 48 verzeichnet als ein begriffliches Requirat des Börsentermingeschäfts die Anwendung von „Geschäftsbedingungen, die von dem Börsenvorstand für den Terminhandel festgesetzt sind“. Auch hier konnte die juristische Technik einsetzen. Vielleicht hilft es, — sagte man sich — wenn recht geüffentlich und möglichst auffällig an den Eingang der Formulare für das handelsrechtliche Lieferungs- geschäft die Worte gesetzt werden, daß diese Geschäfte „unter Ausschluß der Bedingungen für Zeitgeschäfte an der berliner Fondsbörse vereinbart sind“. Diese Redewendung konnte materiell ohne jede Gefahr gebraucht werden: der wirtschaftliche Zweck, der in den „Bedingungen für Zeitgeschäfte“ verfolgt wird, war ja durch den materiellen Inhalt des neuen Formulars in voll- kommenster Weise erreicht. Daß thatächlich der Geschäftsver- fehr nach dem neuen Formular in aller und jeder Beziehung von sämtlichen Einrichtungen der Börse Nutzen zieht, daß ihm alle börsenmäßigen Organe zur Verfügung gestellt werden, darüber war von Anfang an nicht der geringste Zweifel vorhanden, trotz der Skrupel, die hierüber vor dem 1. Januar 1897 hie und da auf- taucht sein sollten. In dieser Beziehung ist weder damals noch später, bis zu den beregten Entscheidungen des Reichsgerichts, irgend ein Unterschied gegenüber den offiziellen Ultimogeschäften nach den „Bedingungen vom 1. Januar 1895“ bemerkbar geworden. Durch solchen in dem Formular feierlich proklamirten Aus- schluß der von dem Börsenvorstand für den Ter- minhandel festgesetzten Geschäftsbedingungen wurde also

nicht das Geringste riskirt, und die Börse hatte bei diesem Punkt nicht einmal das kleine theoretische Opfer zu bringen, als welches sich die Konzession der zweitägigen Nachfrist bei der vorher aufgeführten Abweichung immerhin darstellen läßt. Diesmal handelte es sich wirklich ganz und gar um eine „leere Formel“, die ohne Bedenken zu dem Zweck der Gesetzesumgehung gebraucht wurde.

Der beste Beweis für den Scheincharakter dieser Abweichungen von den offiziellen Bedingungen, die man der Öffentlichkeit gegenüber als so schwerwiegend hinstellen möchte, ist auch hier in dem Umstand zu suchen, daß der offizielle Ultimokurs der Spielpapiere im Verkehr der Parteien ohne Weiteres auch bei der Abwicklung der „handelsrechtlichen Lieferungsge-
schäfte“ zur Anwendung kommt. Ein gutes Beispiel hierfür ge-
währt ja der Thatbestand des reichsgerichtlichen Urtheiles, wo keiner der beiden Kontrahenten auch nur entfernt daran zwei-
felt, daß der offizielle Ultimokurs für „Kredit“ oder „Prince
Henry“ auch für die „handelsrechtlichen Lieferungsge-
schäfte“ gilt, die die Parteien nach dem Darmstädter Bankformular in diesen
Spielpapieren gethätigt haben. Wir fragen: wie kommt es, daß
die Börsenkreise selbst, also die kompetentesten Beurtheiler der Sach-
lage, für zwei angeblich so grundverschiedene Ge-
schäfte keine verschiedenen Kurse in Anrech-
nung bringen, daß der Kunde für seine Prince Henry oder
Kredit genau nach demselben Kurs belastet wird, mag er sie nun
als handelsrechtliches Lieferungsge-
schäft nach dem „Darmstädter
Formular“ oder als offizielles fixes Börsentermingeschäft nach
den alten Bedingungen geschlossen haben? Weshalb kommt die an-
geblich so schwere Belastung des Bankiers mit Nachfristklausel
des ersten Formulars ebenso wenig in einem Abschlag vom Kurs
zum Ausdruck, wie die angeblich so bedeutende Differenz bei dem
Recht auf Zwangsregulierung nach § 3, Absatz 6 und 7 der
Darmstädter Bankbedingungen? Der Grund ist einfach genug: die
Börse unter sich hat keine Veranlassung, die Komödie eines ab-
weichenden reellen Lieferungsge-
schäfts aufrecht zu erhalten und
sich selbst noch vorzutäuschen, daß bei dem letzteren eine von dem
alten Ultimospiel verschiedene Transaktion vorläge, — als ob
die mit Worten ausgeschlossenen Bedingungen vom 1. Januar 1895
nicht in der Sache selbst weiter ihre Geltung für die „handelsrecht-
rechtlichen Lieferungsge-
schäfte“ beibehalten hätten. Die Börse weiß,
daß die Abweichungen der neuen Formulare Arbeit für die
Gerichte sind, — nichts anderes und nichts mehr!

X. Ihre wahre Herzensmeinung hat die Börse solcher Art an

der für sie maßgebenden Stelle zum Ausdruck gebracht: im Kurszettel. Dort sehen wir: das wahre Urtheil der Börse über die handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte unterscheidet sich durchaus nicht von dem Urtheil des Reichsgerichts.

Was dieses Gericht durch seine Entscheidung ausgesprochen hat, spricht hier die Börse durch die völlige Gleichheit der Kurse aus, nämlich: daß handelsrechtliches Lieferungsgeschäft und offizielles Ultimogeschäft materiell vollkommen gleichstehen, — nur äußerlich unterschieden durch eine leichte Verkleidung, die man dem ersteren aus juristischen Gründen, zum Zweck der Gesetzesumgehung, leihen mußte. Diese wahre Meinung der Börse weicht allerdings stark von den Ansichten ab, für die ihre juristische Schutztruppe vor der Öffentlichkeit kämpft. Immerhin mag sich die Börse damit trösten, daß so ziemlich alle nicht im Bann ihrer Kreise stehenden Juristen diese eigentliche Meinung der Börse, wie sie eben in ihren Kursen zum Ausdruck kommt, für die allein richtige halten. Was aber die Ansicht der Nichtjuristen betrifft, so darf man sagen: wenn ein Laie bei irgend einem Vertrag die Absicht, das Gesetz zu umgehen, sofort merken wird, so ist es bei Durchsicht der schon genügend charakterisirten neuen Formulare für „handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte“. Diese, vom Reichsgericht gebrandmarkte Absicht leuchtet an allen Stellen hervor: aus dem, was die Formulare geoffentlich erwähnen, wie aus dem, was sie nicht erwähnen; aus dem, was sie weglassen, wie aus dem, was sie, im Gegensatz zu den offiziellen Bestimmungen, besonders hinzusetzen. Der eigentliche Körper des Vertrages, die große Masse der Bestimmungen, ist ja dieselbe geblieben, wie bei dem offiziellen Ultimogeschäft; derart, daß das Privatpublikum auf die Abweichungen von den alten Formularen wohl erst durch Juristen aufmerksam gemacht werden mußte, während den Kunden selbst die Abweichungen gegen das alte Formular überhaupt nicht aufgefallen waren. Die in dem Urtheil des Kammergerichts vom 30. Januar 1899 erwähnte, aus dem Abdruck bei Staub ersichtliche Aeußerung eines Bankenvvertreter's: „Die Dinger sind nur pro forma. Die Geschäfte werden gemacht, wie früher!“, würde eigentlich das Verhältniß ganz korrekt wiedergeben.

Wo sich in diesen Formularen Abweichungen und Aenderungen vorfinden, da wird jedes Mal nicht ein wirtschaftlicher, sondern ein juristischer Zweck verfolgt, auf den erst durch eine vergleichende Gegenüberstellung des § 48 das nöthige Licht fällt. Bei solcher Beleuchtung freilich wird die wahre Absicht jeder dieser Abweichungen sofort erkannt: den Spielcharakter zu schützen und die

Heranziehung der Kapitalien des Privatpublikums für die Zwecke der Börsenspekulation weiter möglich zu machen, ohne daß man die unmittelbare Anwendung des § 66 des Börsengesetzes fürchten müßte. Was wir also von Anfang bis zu Ende erkennen, das ist die Absicht, das Gesetz zu umgehen, diese Absicht voll und ganz, und nichts als diese Absicht!

Nun können und wollen die Börsenjuristen sich noch immer nicht in den Gedanken finden, daß das Urtheil des Reichsgerichts vom 28. Oktober 1899 die endgiltige Ordnung der einschlägigen Verhältnisse darstellen soll. Augenblicklich leben sie der Hoffnung, einen anderen Zivilsenat des Reichsgerichts zu finden, der, dem Börsenspiel günstiger, eine andere Auslegung der §§ 48, 66 adoptiren könnte. Vielleicht würde dann eine Entscheidung der vereinigten Zivilsenate das Urtheil des ersten Zivilsenats mißbilligen und so den Weg wieder gangbar machen, auf dem man dem Privatpublikum die national-ökonomischen Vortheile des Börsenspiels in Papieren und Papiergetreide unbehelligt von den Gesetzesdrohungen beibringen darf. Wir fürchten nicht, daß diese Hoffnung der Börse jemals zur Wahrheit werde. Wir sind sicher, daß unser höchstes Gericht niemals zu einem Zustand der Hilflosigkeit gegen offenbare Gesetzesumgehungen herabsinken würde, wie ihn die Börsenjurisprudenz bei ihrer Spekulation auf eine abweichende Plenarentscheidung der vereinigten Zivilsenate voraussetzen muß. Sollte es jemals genügen, daß man ein paar leere Redensarten in einen Vertragstext einschleibt, — juristische Floskeln, die dem materiellen Inhalt der übrigen Abmachungen geradezu widersprechen, um den Arm des Gesetzes zu lähmen — dann könnte man die Gesetze gleich in den Sand schreiben. Die Rechtsprechung aller Zeiten und aller Völker denkt anders über solche Versuche, der Anwendung eines Zwangsgesetzes auszuweichen. Sicherlich ist der juristische Unterschied zwischen einem Kaufvertrag und einem Darlehn groß: jedenfalls größer, als der zwischen einem Ultimogeschäft nach den officiellen „Bedingungen für Zeitgeschäfte“ und einem „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäft“ nach dem Formular der Darmstädter Bank. Dennoch haben, — so bei der vom Reichsgericht als ehrwürdiges Beispiel angezogenen Anwendung des Senatusconsultum Macedonianum — die Juristen seit achtzehnhundert Jahren sich nicht bedacht, eine Gesetzesvorschrift, die von Darlehn spricht, auf Kaufverträge anzuwenden, wenn diese Vertragsform gewählt war, um dem wirthschaftlichen Zweck des Darlehns gegen das Gesetz zu dienen.

Es wäre traurig um die moderne Rechtspflege bestellt, wenn sie sich den Gesetzesumgehungen der modernen Zeit weniger gewachsen zeigte. Die Rechtssprechung unserer höchsten Gerichtshöfe hat bis jetzt nichts gezeigt, was eine solche Befürchtung wachrufen könnte. So sind wir sicher, daß die Erschütterung der Gesetzesautorität und der öffentlichen Moral, wie sie der Rückzug der Richtergewalt vor einer offenkundigen Mißachtung des Gesetzes zur Folge haben müßte, in Deutschland niemals eintreten wird. Auch gegen Börse und Börsenjuristen wird bei uns Recht Recht bleiben, und der Satz seine Geltung bewähren: *Justitia fundamentum regnorum.*

Praktisches.

Der Staat der Hohenzollern ist von jeher ein Staat des Gesetzes gewesen. Dem Gesetz Achtung zu verschaffen — gegen wen auch immer —, das hat von Alters her den Ruhm und die Größe dieses Staatswesens ausgemacht.

Wir haben in Preußen niemals den Zustand gekannt, wie er wohl in Ländern zu Tage tritt, in denen Perioden wiederholter Umwälzungen den Geist der Autorität ins Weichen gebracht und die Achtung vor den Gesetzen erschüttert haben, und wo es allerdings zu den gewöhnlichen, darum aber nicht weniger unheilvollen Erscheinungen gehört, daß einem verkündeten Gesetz von den Staatsbehörden wie von den Bürgern vollkommene Nichtachtung und Nichtanwendung zu Theil wird.

Für Preußen aber darf es als ein noch niemals dagewesener Zustand bezeichnet werden, daß ein von Reichstag und Bundesrath beschlossenes, vom Kaiser verlautbartes Gesetz in seinen Verbotsvorschriften seit mehr denn vier Jahren ignoriert wird, und wenn die von den Verbotsvorschriften Betroffenen nun fast vier Jahre hindurch sich um dieses Verbot nicht kümmern, ohne daß die Exekutive des Deutschen Reichs sich bewogen fühlt, gegen diese Gesetzesübertretungen einzuschreiten. Solange noch ein Zweifel darüber bestehen konnte, ob die durch das Gesetzeswort verbotenem Geschäfte sich nach jeder Richtung hin mit der von der Börsenpraxis gewählten neuen Geschäftsform decken, konnte vielleicht noch die Ansicht vertreten werden, es empfehle sich aus Gründen der Klugheit, nicht allzu scharf vorzugehen, und es sei nützlicher, vorerst die Wissenschaft der Juristen sprechen zu lassen. Sicher ist, daß in jedem Fall eine solche Art der Exekution von Reichsgesetzen für Deutschland ein vollständiges Novum darstellt. Bisher war es in Deutschland Brauch der Staatsgewalt, die Gesetze sofort nach ihrem Inkrafttreten nach eigener, pflichtmäßiger Erwägung zu exekutieren. Im Bewußtsein eigener Pflichterfüllung konnte man dann abwarten, ob etwa eine betroffene Partei mit der Behauptung, diese Exekution des Gesetzes entspreche nicht dem Gesetz, vor den Gerichten des Landes einen Erfolg erziele. Da nun vorliegend die

Durchführung dieses Gesetzes die einflußreichen Kreise der Börsenwelt tangirte, so konnte es immerhin hingehen, wenn vorerst eine schonende Bedächtigkeit Platz griff, die andere Erwerbsstände schwerlich erwarten dürften noch jemals erwartet haben. Heute aber liegen die Dinge ganz anders. Heute ist durch den höchsten Gerichtshof unseres Vaterlandes mit geradezu klassischer Deutlichkeit ausgesprochen worden, daß die an den Börsen öffentlich betriebenen handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte unter das Verbot des Börsengesetzes fallen. Trotzdem sehen wir nicht, daß sich eine Hand regt, um diesem gerichtlich bestätigten Gesetzesverbot die gebührende Anwendung und die nothwendige Wirksamkeit zu verschaffen. Wir müssen hier eine Nachsicht wahrnehmen, die nahezu unverständlich ist und auf jeden Gesetzesfreund und vaterlandsliebenden Mann in höchstem Grad betrübend wirkt. Was sollen von dieser räthselhaften Unthätigkeit die Kreise denken, die selbst die Gesetze achten, aber wünschen, daß auch andere das Gleiche thun. Wir meinen, dem Ansehen und der Kraft des Deutschen Reichs entspricht es nicht, wenn seine in aller Form erlassenen Gesetze ignoriert werden dürfen und ohne Nachtheil übertreten werden. Eine Duldung von Handlungen, die das Gesetz verbietet, kann eigentlich in einem Rechtsstaat nicht vorkommen. Die Behörden, die den börsenmäßigen Betrieb der „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäfte“ zulassen, nachdem der oberste Gerichtshof unzweideutig gesprochen hat, laden eine überaus schwere Verantwortung auf sich.

Ganz eigenartig aber muß es berühren, wenn man vernimmt, nicht nur die stillschweigende Duldung einer verbotenen Geschäftsform solle fortbestehen, diese Duldung solle sogar in Zukunft amtliche Anerkennung erfahren. Diese amtliche Anerkennung einer verbotenen Geschäftsform solle gewissermaßen das Kompensations-Objekt bei dem Vergleich der Parteien, der die Wiederherstellung der berliner Getreidebörse bezweckte, abgeben. Wir vermögen dies nicht zu glauben und halten es für ausgeschlossen, daß jemals in einem Rechtsstaat, wie es Preußen ist, die Autorität des Gesetzes selbst zum Gegenstand eines Börsenhandelsgeschäftes gemacht werde.

Durch den Staatskommissar bei der berliner Börse, Geheimen Oberregierungsrath Hemptennacher, wurde es unter Mitarbeit der amtlichen Vertretungen der preußischen Ministerien für Handel, für Landwirthschaft und des Innern, der Vertreter des Adeltesten-Kollegiums der berliner Kaufmannschaft, der Vertreter des Vorstands des Vereins berliner Getreide- und Produktenhändler, und schließlich der Vertreter der Landwirthschaft erreicht, daß am

1. April 1900 die Getreidebörse zu Berlin wieder ins Leben trat. Die sogenannte berliner Frühbörse wurde bei dieser Gelegenheit in einen offiziellen Markt umgewandelt. Die KonzeSSIONen, die man hierbei den Getreidehändlern machte, bestanden vorerst darin, daß man betreffs der Wahl der landwirthschaftlichen Mitglieder zum Börsenvorstand für die Abtheilung Produktenbörse entgegenkam. Dann aber wurde die weitere Duldung des Börsengeschäfts in „handelsrechtlichen Lieferungsgeschäften“ den Händlern zugesichert, und die Händler haben dieses Entgegenkommen sofort in weitestem Umfang benützt. Sie betreiben heute an der Börse das sogenannte LieferungsgeSchäft in Getreide, so wie sie vor dem Börsengesetze das Ultimogeschäft in Getreide betrieben haben, obgleich jenes mehr noch eine bloße Umschreibung als eine Verschleierung dieser von dem Gesetz verbotenen Geschäftsform darstellt. Die Duldung dieser verbotenen Geschäftsform hat aber noch eine ganz besondere Konsequenz insofern gehabt, als während das verbotene Geschäft seit dem 1. Januar 1897 mit einer gewissen Heimlichkeit betrieben wurde, dieser Geschäftsbetrieb jetzt amtlichen Charakter trägt. Die Kursnotirungen für diese verbotenen Geschäfte werden im amtlichen Kurszettel täglich durch die Notirungskommission festgestellt und veröffentlicht. Diese Kurse sind also rite festgestellt, amtlich veröffentlicht. Sie finden die denkbar weiteste Verbreitung und haben für die Werthbestimmung des deutschen Getreides nachgerade wieder einen ausschlaggebenden Charakter angenommen. Der Werth des wichtigsten Sachgutes unseres Volkes wird jetzt wieder durch eine von den gesetzgebenden Gewalten Deutschlands verbotene Geschäftsform bestimmt.

Das klänge wie Scherz, wenn es nicht bitterster Ernst wäre. Die praktischen Folgen treten jetzt im Getreideverkehr weniger augenscheinlich hervor, weil die Geschäftsumsätze in Getreide, wie an allen Welthandelsplätzen der Erde, so auch an den deutschen Getreidemärkten äußerst geringfügig sind und namentlich die Preisbewegung sich innerhalb der bescheidensten Grenzen hält; man kann fast von einer Stabilität der Getreidepreise sprechen. Hierdurch mag im Augenblick der durch die verbotene Geschäftsform angerichtete materielle Schaden nicht besonders ins Gewicht fallen. Anders würde dies naturgemäß sofort werden, sobald sich die spekulativen Kräfte diesseits wie jenseits des Ozeans wieder mehr des Artikels Getreide bemächtigen und infolge dessen auch die verhängnißvollen gewaltigen Schwankungen vorkommen. Dann wird sich sofort wieder zeigen, wie gefährlich der verbotene Terminverkehr in Getreide für den Nationalwohlstand ist, und welches

Uebel man hier um vorübergehender Vortheile willen sorglos großgezogen hat.

Die ganz überwiegende Schädlichkeit des Termingeschäfts in Waaren wird jetzt in fast allen Kreisen anerkannt, die nicht aus den Werken der Börsenjuristen ihre Belehrung ziehen, sondern die wirtschaftlichen Dinge vom unparteiischen Standpunkt aus beobachten. Und nicht nur bei uns in Deutschland hat diese allgemeine Erkenntniß in immer weiteren Kreisen Fortschritte gemacht. Selbst in den Ländern, in denen Handelsinteressen den hauptsächlichsten Einfluß auf die Regierungsmaßnahmen haben, wie zum Beispiel in Amerika, werden mit unverkennbarer Deutlichkeit Stimmen laut, die gegen das Termingeschäft in Waaren ankämpfen. Selbst die Chicagoer Getreidebörse hat kürzlich eingesehen, daß die weitfichtigen Terminengagements mit wirklichem Handel und Geschäft nichts zu thun haben, dem reinen Spiel dienen und dadurch geeignet erscheinen, den gesammten Getreidehandel aufs Schwerste zu diskreditiren. Der Vorstand der Chicagoer Getreideterminbörse hat deshalb beschlossen, Termingetreide höchstens auf drei Monate hinaus zu handeln und amtlich zu notiren. Obgleich weder in den Vereinigten Staaten von Nordamerika noch speziell in dem Staat Illinois ein Börsengesetz und ein Verbot des Termingeschäfts nach § 50, Absatz 3, besteht, wird also an der wilden Chicagoer Spekulationsbörse nicht mehr geduldet, was in Berlin nicht nur tagtäglich betrieben, sondern auch durch die amtliche Notirungskommission festgestellt und, mit dem offiziellen Visum versehen, veröffentlicht wird.

Sogar in Prag macht sich jetzt eine Bewegung gegen das Termingeschäft in Getreide bemerkbar, wie dies neuerdings schon an verschiedenen Orten der österreichisch-ungarischen Krone geschah. Ob hieran auch die „bösen Agrarier“ Oesterbiens schuld sind? Der Landtag nahm einstimmig die Kommissionsanträge betreffend das Verbot des Blanko-Terminhandels an den Produktenbörsen an. Die Anträge fordern die Regierung auf, ein Gesetz vorzulegen, das den Terminhandel in Getreide zu Spielzwecken untersagt, eine wirkfame staatliche Aufsicht über die Börse und Börsengeschäfte einführt und das Differenzspiel für ungültig und unklagbar erklärt. Die ungarische Regierung soll um Vorlegung eines gleichen Gesetzes ersucht, mit den Regierungen anderer Staaten soll in gleichem Sinn verhandelt werden.

Aber nicht nur in Getreide wird das Termingeschäft immer mehr perhorreszirt, sondern selbst in Objekten, wie Wolle. Wurde doch dieser Tage aus Paris gemeldet, daß der Handelsminister

Millerand eine Deputation der Wollindustriellen von Fourmies und Umgebung empfangen hat. Auf die Beschwerden der Industriellen wegen der Schädigung der Wollindustrie durch den Kammzug-Terminhandel stellte der Minister die Aufhebung der Wollbörse, soweit sie den Zeithandel betrifft, in Aussicht. Wir können es an diesen Beispielen genug sein lassen. Geht doch schon aus diesen wenigen Beispielen hervor, daß gerade die solideren Handels- und Gewerbetriebe gegen das Termingeschäft sich erheben, weil sie immer mehr erkennen, daß die legalen Geschäfte, die etwa durch diese Geschäftsform eine Erleichterung erfahren könnten, an Bedeutung ganz zurücktreten gegenüber den Geschäften, bei denen das Termingeschäft Selbstzweck ist, bei denen es nur die Form abgiebt, in der große spekulative Unternehmungen und das internationale Spiel mit seinen verwüstenden Folgen bethätigt werden können.

Nur in Deutschland hat man leider in der allerletzten Zeit mit der Duldung dieser verbotenen Geschäftsform einen verhängnisvollen Rückschritt zu verzeichnen. Aus dem Ansturm, den die Börsenjuristen gegen das Erkenntniß des ersten Zivilsenats des Reichsgerichts jetzt auf allen Linien kooperierend in Szene setzen, sieht man ganz deutlich, daß sie die goldene Zeit des Börsenspiels wiedergekommen glauben. Sie meinen, den Augenblick berechnen zu können, da der letzte Rest des Verbots des Terminhandels in Getreide und der Beschränkung des Effekterminalhandels auf die Kreise der in das Börsenregister eingetragenen Firmen fallen wird. Geht doch in diesen Tagen die Nachricht durch die deutschen Zeitungen, daß im Anschluß an die Erhöhung der Börsensteuer die gesetzliche Aufhebung der in § 50 des Börsengesetzes enthaltenen Verbotsvorschriften in Aussicht genommen werde. Man hoffe, durch die Freigabe des Börsentermingeschäfts eine erhebliche Vermehrung der Reichseinnahmen aus dem Börsenstempel zu erzielen. Diese Nachricht erscheint mir doch kaum glaublich. Die Reichsregierung wird sich schwerlich die Vorbilder für ihre Finanzpolitik vom Fürsten von Monaco oder den Kommunalverwaltungen von Ostende und Spaa entlehnen, und, um den Preis eines Zuwachses für die Reichskasse, die eben errichteten Schranken des Gesetzes beseitigen, das ganze Spekulantenthum auf die erwerbenden Volksklassen wieder loslassen wollen.

Zweck unserer Ausführungen ist, weiteren Kreisen der Bevölkerung die Augen über die Gefahr zu öffnen, in der sich die erwerbenden Klassen Deutschlands angesichts des Ansturms der

Börsenjuristen befinden. Es gilt, Recht und Gesetz zu vertheidigen! In erster Linie gehört dazu, daß auch weiteren Kreisen klar werde, wie das Urtheil des Reichsgerichts vom 29. Oktober 1899 in wirtschaftlicher und juristischer Beziehung den Interessen und dem Rechtsgefühl des deutschen Volkes entspricht. Wir müssen immer und immer wieder erklären, daß dieses Urtheil nicht nur dem Gesetz vollständig entspricht, sondern auch die wirtschaftlichen Interessen aller Theile unseres Volks — mit Ausnahme der Spekulantenkreise an der Börse — namentlich auch die Interessen des legitimen Waarenhandels und des soliden Börsengeschäfts schützt.

Eine gesetzliche Aufhebung der Bestimmungen und Verbotsvorschriften über das Börsentermingeschäft wäre ein wahres Unglück für alle produktiven Stände. Das Börsengesetz muß in diesen Theilen aufrecht bleiben. Wir sind sicher: kein Staatsmann und Gesetzgeber kann es heute wagen, die Spielfreiheit zum Vortheil der Börsenspekulanten zu proklamiren. Dann giebt es aber auch für die Behörden innerhalb Deutschlands nur die Pflicht: das Gesetz anzuwenden, durchzuführen und zu schützen. Das ist eine Nothwendigkeit für das Ansehen und die Wohlfahrt des Reichs.

Urtheil des Oberverwaltungsgerichts, betreffend die Versammlungen im „Zeenpalast“.

In der Verwaltungsstreitsache

des Polizeipräsidenten zu Berlin, Beklagten
und Berufungsklägers,

wider

den Vorstand des Vereins Berliner Ge-
treide- und Produktenhändler zu Berlin,
Kläger und Berufungsbeklagten,

hat das Oberverwaltungsgericht entschieden, daß der Kläger mit
seiner Klage abzuweisen.

Gründe.

Nachdem das Börsengesetz vom 22. Juni 1896 erlassen und
auf Grund seines § 4 Abs. 2 für die Börse zu Berlin von dem
Minister für Handel und Gewerbe am 23. Dezember 1896 eine
Börsenordnung genehmigt worden war, bildete sich in Berlin ein
Verein, der die Bezeichnung „Verein Berliner Getreide- und Pro-
duktenhändler“ führt. Er bezweckt die Wahrung der Ehre und
des Ansehens seiner Mitglieder sowie die Förderung ihrer wirth-
schaftlichen Interessen, insbesondere ihres Geschäftsverkehrs (§ 1
der Satzungen). Nach dem § 2 daselbst darf der gesetzlich ver-
botene Börsenterminhandel in den Vereinsräumen nicht stattfin-
den. Mitglied des Vereins kann jeder selbstständige Geschäfts-
mann (auch ein Bevollmächtigter) oder Produzent werden.

Die Mitglieder des Vereins waren vorher in überwiegender
Mehrzahl Besucher der Getreide- und Produktenbörse in Berlin
gewesen. Diese entwickelte wegen Mangels an Besuchern nach
dem 1. Januar 1897, dem Tage des Inkrafttretens des Bör-
sengesetzes, thatsächlich keine Thätigkeit mehr. Den Anlaß zur
Bildung des Vereins und zur Einstellung des Besuchs der Ge-
treide- und Produktenbörse seitens seiner Mitglieder hatten ein-
zelne Bestimmungen der Börsenordnung vom 23. Dezember 1896
gegeben, namentlich diejenigen, welche das Hinzutreten von Ver-
tretern der Landwirtschaft und der Mülerei zu dem Vorstande
der Produktenbörse und deren Mitwirkung bei der amtlichen Fest-
stellung der Preise betreffen.

Der Verein hielt täglich Versammlungen ab und benutzte dazu die Räume des sog. Feenpalastes. Bei diesen Versammlungen fanden Geschäftsabschlüsse in Weizen, Roggen, Mais, Hafer, Mehl, Del, Petroleum, Spiritus, Kartoffelmehl und Kartoffelstärke statt.

Am 11. Mai 1897 richtete der Oberpräsident der Provinz Brandenburg an den Vorstand des Vereins nachstehendes Schreiben:

„Im Auftrage des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe theile ich dem Vorstand ergebenst mit, daß die im Feenpalast dortselbst stattfindenden Versammlungen der Interessenten der Produktenbörse für eine Börse im Sinne des Reichsbörsengesetzes vom 22. Juni 1896 zu erachten sind. Demzufolge fordere ich den Vorstand auf, sofern die Versammlungen in bisheriger Weise fortgesetzt werden sollen, mir nunmehr, und zwar binnen 3 Wochen, eine den Erfordernissen des § 5 des Reichsbörsengesetzes und den Zwecken des § 2 Ziff. 4 des Preuß. Landwirthschaftskammer-Gesetzes vom 30. Juni 1894 entsprechende Börsenordnung gemäß § 4 des Börsengesetzes behufs Einholung der Genehmigung einzureichen.“

Der Vorstand lehnte ab, der Aufforderung nachzukommen. Es erging darauf an ihn die folgende Verfügung des Polizeipräsidenten zu Berlin vom 11. Juni 1897:

„Wie dem Vorstande des Vereins der Berliner Getreide- und Productenhändler in dem Erlasse des Herrn Oberpräsidenten vom 11. Mai d. J. mitgetheilt worden ist, tragen die von dem Vereine in dem Feenpalast regelmäßig, werktäglich, zur Börsenzeit veranstalteten Versammlungen den Charakter einer Börse und bedürfen deshalb gemäß § 1 des Reichsbörsengesetzes vom 22. Juni 1896 der Genehmigung der Landesregierung.

Da eine solche Genehmigung weder erteilt, noch nachgesucht worden ist, so untersage ich die Fortsetzung dieser nicht genehmigten Börsenversammlungen und drohe für den Fall der Zuwiderhandlung gegen diese Verfügung unmittelbaren Zwang an.“

Der Vorstand des Vereins klagte gegen die Verfügung des Polizeipräsidenten bei dem Bezirksausschusse zu Berlin, weil sie den Verein in seinen Rechten verletzte und ferner der zu ihrem Erlasse erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen entbehre. Der Bezirksausschuß setzte durch Urtheil vom 20. November 1897 dem Klageantrage entsprechend die Verfügung außer Kraft.

Davon ausgehend, daß die angefochtene Verfügung als eine ortspolizeiliche erlassen worden sei und sich auf § 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts stütze, verwarf er zunächst den gegen die Zuständigkeit des beklagten Polizeipräsidenten gerichteten Einwand und wies die Ausführungen des Klägers zurück, daß das polizeiliche Vorgehen schon deshalb ungerechtfertigt sei, weil es sich auf die Aufforderung des Oberpräsidenten vom 11. Mai 1897 stütze, diese aber hinfällig sei, daß höchstens der bisher fehlende Antrag auf Genehmigung der Versammlungen der Vereinsmitglieder hätte erzwungen werden dürfen, daß die Androhung unmittelbaren Zwanges nicht statthaft sei, und daß der § 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts bei Verletzung einer lediglich durch Reichsgesetz geregelten öffentlichen Ordnung keine Anwendung finden könne. Mit Rücksicht auf den Rechtszustand in Preußen vor dem Börsengesetze und den Wortlaut des § 1 dieses Gesetzes, sowie darauf, daß eine reichsrechtliche Strafandrohung beim Mangel der vorgeschriebenen Genehmigung fehle und eine dem § 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts entsprechende Bestimmung nicht in den sämtlichen anderen Deutschen Bundesstaaten bestehe, sowie unter Bezugnahme auf eine die Aufhebung bestehender Börsen betreffende Aeußerung in der Kommission zur Vorberathung des Börsengesetzes, der sog. Börsen-Enquete-Kommission, und auf die vom Obergerwaltungsgericht der Genehmigung von Märkten beilegende Bedeutung verneinte der Bezirksausschuß sodann, daß das Börsengesetz durch das Erforderniß der Genehmigung für die Errichtung einer Börse gegenüber Versammlungen von Kaufleuten zur Erleichterung ihres Geschäftsverkehrs in Produkten oder Werthpapieren, in denen sich Preise bilden, ein Verbot ausgesprochen habe. Die Bedeutung des Erfordernisses der Genehmigung stellte er vielmehr dahin fest, daß lediglich die Eigenschaft als Börse im Sinne der Reichs- und Landesgesetze mit den Folgen, welche sich aus den Artikeln 311, 342, 357 des Handelsgesetzbuches ergäben, durch die Genehmigung geschaffen werde. Selbst wenn das Erforderniß der Genehmigung als Verbot börsenähnlicher, nicht genehmigter Versammlungen aufzufassen sein sollte, erachtete der Bezirksausschuß den § 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts für nicht anwendbar, da eine Verletzung der öffentlichen Ordnung im Sinne des § 10 nicht stattgefunden habe, jedenfalls nicht alle Versammlungen im Feenpalaste untersagt werden dürften, nach den unter den Parteien unstreitigen Thatfachen, die über die Geschäftsabschlüsse der Vereinsmitglieder bekannt gewordenen Preise keinen den Börsen-

preisen ähnlichen Einfluß hätten ausüben können und die Hemmung der Thätigkeit der genehmigten Börse in Berlin in Folge des Fortbleibens der Vereinsmitglieder von der Produktenbörse nicht in Betracht komme. Endlich führte der Bezirksauschuß noch aus, daß die Verfügung vom 11. Juni 1897 auch der zu ihrem Erlasse erforderlichen thatsächlichen Voraussetzungen entbehre. Denn Einrichtungen behufs Ermittlung und Feststellung der Preise hätten nicht bestanden. Solche gehörten aber begrifflich zu einer Börse.

Gegen dieses Urtheil hat der Beklagte die Berufung eingelegt.

In der Berufungsinstanz ist von dem Kläger eine Sammlung von Schriftstücken überreicht worden, die durch eine von ihm veranstaltete Enquete über die „Einrichtungen der hauptsächlichsten Produktenbörsen in Deutschland und im übrigen Europa bis zum 1. Januar 1897“ entstanden sind. Der vom Minister für Handel und Gewerbe gemäß § 74, Abs. 2 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 zur Wahrnehmung des öffentlichen Interesses bestellte Kommissar hat neues Material zur Auslegung des § 1 des Börsengesetzes vorgelegt, welches Folgendes ergibt:

1) Unter dem 16. November 1893 veranlaßte der Minister für Handel und Gewerbe, „weil er aus den ihm vorgelegten Sitzungsprotokollen der Handelskammer in Flensburg ersehen habe, daß daselbst eine Börse bestehe, über welche die Handelskammer die Aufsicht führe, ihm aber über die Errichtung dieses Instituts bisher nichts bekannt geworden sei, die Königliche Regierung zu Schleswig, über dessen Einrichtung, eventuell unter Vorlegung eines Exemplars der für dasselbe bestehenden Statuten, zu berichten.“ Die Regierung berichtete am 21. Dezember 1883, der Gedanke, in Flensburg eine Börse zu errichten, sei im Laufe der letzten Jahre zwar bisweilen laut geworden, zu seiner Verwirklichung aber nichts geschehen, so daß eine Börse in Flensburg zur Zeit nicht bestehe.

2) In einem aus dem Handelsministerium dem Fürsten Bismarck erstatteten Berichte vom 10. April 1889, betreffend die Aenderung der Lieferungsbedingungen für Getreide an den außerpreussischen Börsen, wurde angeregt, „bei der Badischen Regierung dem Wunsche der Preussischen Regierung wiederholt Ausdruck zu geben, daß auch an der Mannheimer Börse die jetzt an den Preussischen Börsen geltenden allgemeinen Lieferungsbedingungen für Getreide zur Einführung gelangen möchten“, und sodann bemerkt: „Sollte jedoch die Mannheimer Börse —

die eine des öffentlichen Charakters entbehrende Einrichtung lediglich des Mannheimer Handelsstandes sei, und der gegenüber staatliche Anordnungen daher ausgeschlossen seien — auf ihrer Weigerung, die Aenderungen einzuführen, beharren, so wird nichts übrig bleiben, als es der Badischen Regierung zu überlassen, auf dem Wege der Gesetzgebung sich die Mittel zu verschaffen, um gegen solche Privatbörsen, durch deren Einrichtungen öffentliche und allgemeine Interessen geschädigt werden, vorgehen zu können.“

3) In einem Erlaß vom 30. Juni 1892, der auf einen Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, betreffend in dieser Provinz notirte Terminpreise für börsenmäßig gehandelte Waaren erging, sprach der Minister für Handel und Gewerbe aus, daß über die Grimmer Produktenbörse, „zu deren Einrichtung gemäß § 3 des Einführungsgesetzes zum Deutschen Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 seine Genehmigung erforderlich gewesen wäre“, bisher nichts zu seiner Kenntniß gekommen sei, und erforderte „eingehenden Bericht über dieselbe.“ Der Oberpräsident berichtete am 26. August 1892 über die Verhältnisse der 1884 begründeten Produktenbörse in Grimmen und führte sodann aus: „Nach den vorgetragenen Verhältnissen wird sich wohl annehmen lassen, daß die Grimmer Produktenbörse sich zwar nur in einem beschränkten Rahmen bewegt, aber auf einer soliden, der Entwicklung fähigen Grundlage beruht, und daß die staatliche Anerkennung derselben schwerwiegenden Bedenken nicht unterliegen wird. Diese Anerkennung rechtzeitig nachzusuchen, ist von dem Vorstande aus Unkenntniß mit den bezüglichlichen gesetzlichen Vorschriften verabsäumt worden und seitens des Regierungspräsidenten in Stralsund versehentlich unterblieben.“

4) Am 10. Januar 1896 forderte der Minister für Handel und Gewerbe, weil in einem an ihn erstatteten Berichte der Handelskammer in Hildesheim erwähnt werde, daß die Handelskammer in der dortigen Produktenbörse vertreten sei, und er von dem Bestehen einer solchen Börse bisher keine Kenntniß erhalten habe, „obwohl die Börsen nach Art. 3 des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 (Gesetzes-Sammlung Seite 449) seiner Aufsicht unterstellt seien“, den Regierungspräsidenten in Hildesheim zu einer Aeußerung darüber auf, „welche Bewandniß es mit dieser Produktenbörse habe.“ Der Regierungspräsident berichtete am 22. Januar 1896, daß die Produktenbörse in Hildesheim 1880 ins Leben getreten sei und noch bestehe, und daß der Vorstand der Börse seiner Zeit der Landdrostei in Hildesheim einen Abdruck der Statuten eingebracht habe, diese jedoch eine Genehmigung von irgend einer Seite

nicht gefunden hätten. Der Minister verlangte darauf noch eine Anzeige, ob an der Hildesheimer Produktenbörse „neben der Vermittelung von Abschlüssen in disponibler Waare für den örtlichen Bedarf etwa auch Lieferungsgeschäfte nach Börsen-Usancen in ihren verschiedenen Formen abgeschlossen würden, und ob für die hauptsächlich gehandelten Waaren jedesmal eine Preisfeststellung stattfinde“, welche Anzeige der Regierungspräsident am 29. März 1896 erstattete.

5) In gleicher Weise, wie durch den Erlaß vom 10. Januar 1896 der Regierungspräsident in Hildesheim, wurde an demselben Tage der Regierungspräsident in Schleswig zu einer Aeußerung über die Börse in Kiel veranlaßt, die in einem Berichte der Handelskammer daselbst erwähnt worden sei. Unter Bezugnahme auf eine Auslassung des Bürgermeisters von Kiel berichtete der Regierungspräsident am 24. Januar 1896, daß es sich um keine Börse im Sinne des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche, sondern nur um Zusammenkünfte handle, wie sie auch anderwärts abgehalten würden.

6) Am 10. Januar 1896 wurde vom Minister für Handel und Gewerbe auch noch der Regierungspräsident in Gumbinnen aufgefordert, sich über die nach einem Berichte der Handelskammer in Insterburg daselbst 1894 errichtete Produktenbörse und darüber zu äußern, warum zur Errichtung dieser Börse nicht — gemäß Art. 3 des Einführungsgesetzes zum Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 (Gesetz-Sammlung Seite 449) — die Genehmigung des Ministers nachgesucht worden sei. Der Regierungspräsident berichtete am 27. Februar 1896 unter Darlegung des thatsächlichen Sachverhalts, daß hiernach „die fragliche Einrichtung nicht die Eigenschaften einer eigentlichen Börse im Sinne des Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche besitze und deshalb auch seiner Zeit davon abgesehen worden sei, die Angelegenheit dem Minister zur Genehmigung zu unterbreiten. Er werde sich angelegen sein lassen, die Handelskammer zu veranlassen, daß sie für diese Einrichtung die Bezeichnung Börse öffentlich nicht weiter gebrauche.“

7) Mitteltst Schreibens des Reichskanzlers vom 3. Dezember 1894 war der Entwurf eines Börsengesetzes dem Preussischen Staatsministerium zur Beschlußfassung vorgelegt worden. Im Entwurfe lautete der Anfang:

„I. Allgemeine Bestimmungen über die Börsen
und deren Organe.

Errichtung und Aufhebung
von Börsen. Aufsicht über
dieselben.

§ 1.

Die Genehmigung der Errichtung sowie die Aufhebung einer Börse steht den Landesregierungen zu.

Die Landesregierungen üben die Aufsicht über die Börsen aus. Sie können die unmittelbare Aufsicht den Handelsorganen (Handelskammern, kaufmännischen Korporationen) übertragen.

Der Aufsicht der Landesregierungen und der mit der unmittelbaren Aufsicht betrauten Handelsorgane unterliegen auch die Kündigungsbureaus, Liquidationskassen und Liquidationsvereine, sowie ähnliche, dem Börsenhandel dienende Einrichtungen.“

Hierzu bemerkte der Minister für Handel und Gewerbe in seinem dem Staatsministerium vorgelegten Votum vom 25. Dezember 1894:

„Der Absatz 1 des § 1 bringt die zweifellos bestehende Absicht, daß die Errichtung einer Börse nur mit Genehmigung der Landesregierung zulässig sein soll, nicht klar zum Ausdruck. Derselbe möchte etwa so zu fassen sein:

Die Einrichtung einer Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung; diese ist befugt, die Aufhebung der Börse anzuordnen.“

Der Vize-Präsident des Staatsministeriums erklärte darauf in einem gleichfalls dem Staatsministerium vorgelegten Votum vom 9. Januar 1895:

„Obschon die in Anlehnung an den Vorschlag der Börsen-Enquete-Kommission gewählte Fassung des § 1, Absatz 1 des Entwurfs es außer Zweifel stellt, daß die Errichtung einer Börse nur mit Genehmigung der Landesregierung erfolgen darf, so würde ich doch auch gegen die von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe gewünschte Fassung Bedenken nicht hegen.“

8) Unter dem 11. Juli 1896 hatte der Minister für Handel und Gewerbe einen allgemeinen Erlaß, betreffend die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, an die Handelskammern und kaufmännischen Korporationen gerichtet. Die Handelskammer in Posen berichtete darauf wegen des sog. Frühmarkts daselbst. Durch Verfügung vom 17. Oktober 1896 veranlaßte der Minister sodann mit der Ausführung, „für die Frage, ob der Frühmarkt zu den Börsen im Sinne des Gesetzes vom 22. Juni 1896 gehöre, werde es hauptsächlich darauf ankommen, welche wirtschaftliche Bedeutung er habe, und in welchem Maße die dort notirten Preise auf die Preisbildung im Allgemeinen zurückwirkten,“ den Regierungspräsidenten in Posen, „falls der Frühmarkt hiernach die Bedeutung einer Börse habe, die dor-

tige kaufmännische Vereinigung, die ihn eingerichtet habe, aufzufordern, ihm schleunigst den Entwurf einer Börsenordnung zur Prüfung und zur eventuellen Genehmigung einzureichen, falls die Vereinigung nicht etwa vorziehe, die Einrichtung bei dem Inkrafttreten des neuen Börsengesetzes am 1. Januar 1897 aufzulösen.“ Der Regierungspräsident zeigte unter dem 7. November 1896 an, daß er auf Grund von Verhandlungen mit allen Betheiligten und im Einverständniß mit ihnen zu der Ansicht gelangt sei, daß der in Posen bestehende Getreide-Frühmarkt als Börse im Sinne des Gesetzes angesehen werden müsse, und überreichte den Entwurf einer Börsenordnung, zu dessen Ausarbeitung er deshalb die kaufmännische Vereinigung, die Veranstalterin des Getreide-Frühmarkts, veranlaßt habe.

9) Auf den Erlaß vom 11. Juli 1896 hatte die Handelskammer in Essen weegen der daselbst bestehenden freien Vereinigung von Interessenten des Fruchthandels zur Erleichterung des Geschäftsverkehrs im Handel mit Getreide, Mühlenfabrikaten, Landesprodukten und den hiermit verwandten Zweigen berichtet und dabei „Nachbörse zu Dortmund und Duisburg“ erwähnt. Es gingen darauf am 27. Oktober 1896 übereinstimmende Erlasse des Ministers für Handel und Gewerbe an die Regierungspräsidenten zu Düsseldorf und zu Arnberg, in denen der Minister aussprach, daß ihm das Vorhandensein von Produktenbörsen in Essen, Duisburg und Dortmund bisher nicht bekannt gewesen sei, es daher der schleunigen Aufklärung darüber bedürfe, ob es sich wirklich um Börsen im Sinne des Reichsbörsengesetzes handle, und für diese Frage es hauptsächlich darauf ankommen werde, welche wirtschaftliche Bedeutung die angeblichen Börsen hätten, ob dort Preisnotirungen vorgenommen und veröffentlicht würden, und in welchem Maße die notirten Preise auf die Preisbildung im Allgemeinen einwirkten. Falls hiernach die Börsen in Essen, Duisburg und Dortmund thatsächlich die Bedeutung von Börsen im Sinne des Reichsbörsengesetzes hätten, möchten die Regierungspräsidenten deren Veranstalter auffordern, schleunigst den Entwurf einer Börsenordnung zur Prüfung und etwaigen Genehmigung einzureichen oder die Einrichtungen bei dem Inkrafttreten des neuen Börsengesetzes am 1. Januar 1897 aufzulösen oder doch derart umzugestalten, daß sie aufhörten, eine Börse zu sein. Der Regierungspräsident zu Arnberg berichtete am 18. November 1896, daß die Getreidebörse in Dortmund, wenn sie sich auch als solche bezeichne, nicht die Bedeutung einer Börse im Sinne des Gesetzes, vielmehr nur einer börsenartigen Versammlung von privatem Charakter für den Getreidehandel

habe. Beigefügt war eine als zweifellos richtig bezeichnete Erklärung, nach welcher auf der sog. Börse „ausschließlich sofort zu empfangende Waare, Getreide, nach jeweiligem Muster und jeweils zu vereinbarenden Bedingungen verkauft werde, also der Name Börse ein ganz willkürlich gewählter sei und ebenso gut „Getreidemarkt lauten könne“. Ebenso ging der Bericht des Regierungspräsidenten zu Düsseldorf vom 20. November 1896 dahin, daß die sog. Produktenbörsen in Essen und Duisburg nicht als Börsen im Sinne des Reichsbörsengesetzes vom 22. Juni 1896 anzusehen sein dürften; sie seien Börsen nur dem Namen und der Form ihrer Satzungen nach, während sie ihrem Wesen nach den Fruchtmärkten gleichständen. Der letztere Regierungspräsident wurde später noch durch einen gemeinschaftlichen Erlass der Minister für Landwirthschaft, des Innern und für Handel und Gewerbe vom 29. Oktober 1897 angewiesen, auf eine andere Benennung der in Essen und Duisburg bestehenden sog. Produktenbörsen und auf deren Umwandlung in öffentliche Märkte hinzuwirken.

10) Am 26. und 27. Oktober 1896 wurden im Reichsamte des Innern Besprechungen über die Ausführung des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 abgehalten, an denen außer den Vertretern der beteiligten Reichsämtler und der Reichsbank Vertreter der Preussischen, Bayerischen, Sächsischen, Württembergischen und Badischen Regierungen, sowie des Elsaß-Lothringischen Ministeriums und der Hansestädte Theil nahmen, und bei denen zunächst das etwaige Vorgehen gegenüber börseartigen Vereinigungen zur Erörterung gelangte. Hierbei „war die Versammlung darüber einig, daß, wie bereits die Börsen-Enquete-Kommission betont habe, eine Definition des Begriffs Börse nicht wohl gegeben werden könne. Hinsichtlich der Entscheidung der Frage, ob eine Vereinigung als Börse anzusehen sei, ging die überwiegende Ansicht dahin, daß eine Reihe von Merkmalen, wie die Regelmäßigkeit der Zusammenkünfte von Handeltreibenden zu bestimmten Zeiten an einem bestimmten Orte, an welchem Geschäfte unter Beobachtung gewisser, durch stillschweigende Uebereinkunft oder statutarisch festgelegter Regeln abgeschlossen würden, in Betracht zu ziehen seien, daß aber dem juristischen Charakter der Vereinigungen und der Art der Preisfeststellung eine ausschlaggebende Bedeutung nicht beigemessen werden könne. Ebenso sei auch der Betrieb von Termingeschäften kein nothwendiges Merkmal einer Börse, da er sich erst allmählich im Laufe der Zeit aus und neben dem Effekten-geschäft entwickelt habe. Das entscheidende Moment liege vielmehr in der wirthschaftlichen Bedeutung derartiger Zusammenkünfte,

namentlich in ihrer Einwirkung auf die Preisbildung in weiteren Kreisen.“

11) Unter dem 1. November 1896 forderte der Minister für Handel und Gewerbe die Handelskammer zu Frankfurt a. M. zum Bericht darüber auf, ob die von der dortigen Gesellschaft „Effekten=Sozietät“ veranstaltete Abendbörse als Börse im Sinne des Reichsbörsengesetzes vom 22. Juni 1896 anzusehen sei, indem er hinzufügte, es werde für die Entscheidung dieser Frage hauptsächlich auf die wirthschaftliche Bedeutung der Abendbörse und namentlich darauf ankommen, ob und in welchem Maße die dort notirten Preise auf die Preisbildung im Allgemeinen zurückwirkten. Die Angelegenheit endete damit, daß von der Effekten=Sozietät beschlossen wurde, „die Abendbörse als offizielle Börse, somit nur als Fortsetzung der Mittagsbörse abzuhalten“.

12) Gleichfalls unter dem 1. November 1896 veranlaßte der Minister für Handel und Gewerbe den Regierungspräsidenten zu Bromberg zu Ermittlungen, ob in Bromberg eine Productenbörse bestehe, die ergaben, daß dies nicht der Fall war.

13) Am 4. Dezember 1896 ersuchte der Minister für Handel und Gewerbe die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin um schleunigen Bericht über den Geschäftsverkehr, der an der Berliner Frühbörse stattfindet. Es komme namentlich darauf an, wer dort verkehre, ob und was für Geschäfte dort abgeschlossen würden, in welchen Formen sich der Handel vollziehe, und welchen Umfang die abgeschlossenen Geschäfte erreichten. Wenn die Frühbörse zu den Börsen im Sinne des Reichsbörsengesetzes gehöre (vergl. die Motive zu § 1 des Entwurfs), so müsse sie beim Inkrafttreten des Gesetzes entweder aufgehoben oder einer dem Gesetz entsprechenden Börsenordnung unterstellt werden. Die Aeltesten der Kaufmannschaft machten in ihrem Berichte vom 15. Dezember 1896 thatsächliche Mittheilungen über den Verkehr an der Frühbörse und erklärten, „sie glaubten danach nicht, daß den in Rede stehenden Versammlungen der Charakter einer Börse im Sinne des Reichsbörsengesetzes beizulegen sei; eher seien dieselben ihres Erachtens als Markt zu bezeichnen.“

14) Unter dem 11. Dezember 1896 trug der Stellvertreter des Reichskanzlers dem Bundesrathe Folgendes vor: In Straßburg (Elsaß) bestehe seit mehreren Jahren unter dem Namen „Straßburger Waarenbörse“ und unter Aufsicht der Handelskammer eine Vereinigung von Kaufleuten zum Zwecke der Erleichterung des Abschlusses von Handelsgeschäften. Bei den Zusammenkünften werde hauptsächlich mit Getreide und sonstigen Landesprodukten, ferner mit Mühlenfabrikaten, Oelseen, Weizen-

stärke gehandelt. Die Vereinigung sei früher nicht als Börse im Sinne der Landesgesetzgebung behandelt, vielmehr seien lediglich die Vereinsgesetze auf sie angewendet worden. Wegen dieser Auffassung sei geltend zu machen, daß die Vereinigung eine, wenn gleich nicht erhebliche, wirtschaftliche Bedeutung besitze und durch Veröffentlichung von Preisnotirungen eine Einwirkung auf die Preisbildung in der Umgegend von Straßburg auszuüben geeignet sei. Die Straßburger Waarenbörse werde daher für die Folge als Börse angesehen und die im Börsengesetze den Landesregierungen zugewiesenen Rechte und Pflichten würden ausgeübt werden. Doch scheine es erwünscht, daß die mit Zustimmung des Bundesraths zulässigen Abweichungen von den Vorschriften des Börsengesetzes hier Anwendung fänden. Nach Auseinandersetzung der hierfür sprechenden Gründe wurde vorgeschlagen, der Bundesrath wolle sich auf Grund der Bestimmungen in § 2, Absatz 2 und in § 35, Absatz 1, Ziffer 2 des Börsengesetzes damit einverstanden erklären, 1) daß für die Börse in Straßburg von der Bestellung eines Staatskommissars abgesehen werde, und 2) daß an dieser Börse die amtliche Feststellung des Börsenpreises ohne Mitwirkung von Kursmaklern erfolge.

Es war, wie gesehen, zu erkennen.

1) Der § 1, Absatz 1 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 lautet:

„Die Errichtung einer Börse bedarf der Genehmigung der Landesregierung. Diese ist befugt, die Aufhebung bestehender Börsen anzuordnen.“

Die Bedeutung des ersten Satzes ist, außer in den Kommentaren zum Börsengesetze noch in Anlaß des Einschreitens gegen die Versammlungen im Feenpalaste, außerordentlich häufig in den Tageszeitungen und in Zeitschriften, in besonderen Schriften, in Büchern und im Landtage erörtert worden (vergl. namentlich Sayous, *Etude économique et juridique sur les bourses allemandes de valeurs et de commerce* — 1898 — besonders S. 117 ff. und Dr. Tischer, der Begriff und die Errichtung einer Börse nach dem Reichsbörsengesetze vom 22. Juni 1896 in den *Annalen des deutschen Reichs* Jahrgang 32 — 1899 No. 1 S. 1 ff., sowie die Citate bei Sayous und Tischer, ferner z. B. Cohn, *Nationalökonomie des Handels- und Verkehrswezens* — 1898 — S. 319 ff., Cosack, *Lehrbuch des Handelsrechts*, 4. Aufl. — 1898 — S. 362 ff. und Dr. Pfleger, *Börsenrechtliche Studien*. 1. Was ist eine Börse? in der *Monatschrift für Handelsrecht und Bankwesen* Jahrg. VII — 1898 — No. 5 S. 123 ff.). Der Wortlaut läßt Zweifel, ob das aufgestellte Erforderniß

der Genehmigung zur Errichtung einer Börse als ein Verbot aller nicht genehmigten Versammlungen, die sich als eine Börse darstellen, oder dahin zu verstehen ist, daß ohne die Genehmigung nur die rechtliche Sonderstellung einer Börse, wie sie sich namentlich aus den Artikeln 311, 343, 353 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches — vergl. die §§ 385, 1221, 1235 und 1295 des Bürgerlichen Gesetzbuches vom 18. August 1896, sowie die §§ 373, 400 bis 402 des Handelsgesetzbuches vom 10. Mai 1897 — und den Bestimmungen des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896, betreffend die Aufsicht über die Börsen, den Staatskommissar, den Börsenterminhandel, den Eintritt des Kommissionärs als Selbstkontrahent usw., ergibt, nicht erlangt wird, die Versammlungen aber an sich zulässig bleiben. Die Materialien des Börsengesetzes einschließlich der Verhandlungen der Börsen-Enquete-Kommission gewähren keinen sicheren Anhalt für die Entscheidung.

Für die Bedeutung des § 1, Satz 1 als eines Verbotsgesetzes spricht, daß das Börsengesetz in der Absicht erlassen worden ist, den seit dem Ende der achtziger Jahre im Börsenverkehr hervorgetretenen Mißständen und Schäden überall, wo sie möglich sind, zu begegnen und das gesamte Börsenwesen durch Stellung unter Staatsaufsicht und durch sonstige Beschränkungen zu verbessern. Denn das würde nur zu einem kleinen Theile erreicht werden können, wenn außerhalb der genehmigten Börsen ein dem Verkehr auf diesen mehr oder weniger gleicher Verkehr ganz frei ohne die Aufsicht und ohne die Beschränkungen stattfinden dürfte, jene und diese also nur denjenigen gegenüber zur Anwendung kämen, die sich ihnen freiwillig unterwerfen.

Zu der anderen Auffassung des § 1, Satz 1 führt dagegen, daß der in dem Abschnitte der Begründung zum Börsengesetz: „I. Allgemeine Bestimmungen über die Börsen und deren Organe“ (Drucksachen des Reichstags, 9. Leg.-Per. IV. Sess. 1895/96 No. 14 Seit. 17 ff.) ausdrücklich angezogene und wörtlich wiedergegebene Art. 3 § 1 des Preussischen Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuche vom 24. Juni 1861 (Gesetz-Sammlung Seite 449):

„Die Einrichtung einer Börse kann nur mit Genehmigung des Handelsministers erfolgen“

nach seiner Entstehungsgeschichte nur die beschränkte Tragweite gehabt hat, daß ohne die hier ebenfalls vorgeschriebene Genehmigung lediglich die Sonderstellung der genehmigten Börsen nicht vorhanden war, Versammlungen von Kaufleuten behufs des Abschlusses von Handelsgeschäften aber nach wie vor zulässig blieben, das Erforderniß der Genehmigung mithin nicht die Natur eines Verbots der ungenehmigten Versammlungen hatte. Es heißt nämlich in der Begründung des Entwurfs des Einführungsgesetzes (Stenographische Berichte des Hauses der Abgeordneten von 1861 Band 6 Anlagen 3. Theil, Seit. 1102 ff., Aktenstück No. 149) zum Art. 3 §§ 1 bis 3; von denen der erste Satz des § 1 bereits ebenso lautete, wie der Art. 3, § 1 des Gesetzes (Seite 1117 a. a. D.):

„Indem das Handelsgesetzbuch in verschiedenen Fällen eine Berechtigung oder Verpflichtung davon abhängig macht, daß eine Waare einen Börsenpreis habe — vergleiche Artikel 311, 343, 354, 376 —, legt es den zur Feststellung eines solchen Preises dienenden örtlichen Einrichtungen eine Bedeutung bei, welche es nicht gestattet, diese Einrichtungen lediglich der Willkür der Betheiligten zu überlassen. Es darf daher zunächst kein Zweifel darüber obwalten, welche Versammlungen von Kaufleuten als Börsen anzusehen sind, und es ist deshalb im § 1 die Errichtung einer Börse an die staatliche Genehmigung geknüpft. Im Gebiete des Rheinischen Rechts war eine solche, und zwar die landesherrliche Genehmigung, nach Art. 71 des Rheinischen Handelsgesetzbuches bisher schon erforderlich. Im Gebiete des Allgemeinen Landrechts fehlte es darüber an ausdrücklichen Vorschriften. Die für die Kaufmannschaften zu Berlin, Königsberg, Danzig, Elbing, Stettin landesherrlich erlassenen Börsen-Ordnungen (Gesetz-Sammlung von 1825 Seite 137, 1827 Seite 128, 1830 Seite 10 und Seite 73, 1832 Seite 121) mit ihren Ergänzungen (Gesetz-Sammlung 1851 Seite 705 und 1858 Seite 327) setzen sämtlich die Börse als bereits vorhanden voraus. Daß der Handelsminister die staatliche Genehmigung erteilte, entspricht den gegenwärtig bestehenden Ressort-Verhältnissen. Es muß ferner ein für alle Mal festgestellt sein, wie die Börsenpreise zu ermitteln, zu veröffentlichen und nachzuweisen sind, und es wird hierdurch die staatliche Genehmigung auch für die Börsenordnungen bedingt. Der Erlass dieser Börsenordnungen ist dem Handelsminister vorbehalten, weil es darauf ankommt, hierbei, wenigstens in einzelnen Beziehungen gleichmäßige Grundsätze an den größeren Handelsplätzen der Monarchie zur Geltung zu bringen.“

Entsprechende Ausführungen finden sich in dem Berichte der vereinigten Kommissionen des Abgeordnetenhauses für das Justizwesen und für Handel und Gewerbe, betreffend den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (Stenographische Berichte des Hauses der Abgeordneten von 1861, Band 7 Anlagen 4. Theil Seite 1485 ff. Aktenstück No. 190) und in dem Bericht der fünfzehnten Kommission des Herrenhauses über den Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuch (Stenographische Berichte des Herrenhauses von 1861 Band 2 Anlagen Seite 365 ff. Aktenstück No. 46). Es ist namentlich nach dem ersteren Bericht von den Regierungskommissarien bemerkt worden (a. a. D. Seite 1487):

„Die dem Handelsminister zugebachte Befugniß könne nicht bedenklich erscheinen, indem nach den Vorschlägen des Entwurfs privatrechtliche Vorschriften in die revidirten und neuen Börsenordnungen nicht aufgenommen werden dürften, somit deren Inhalt nur reglementärer Natur sein könne. Da das Handelsgesetzbuch an mehreren Stellen — Artikel 311, 343, 354, 376 — die Börsenpreise für entscheidend erkläre, so sei die staatliche Genehmigung zur Errichtung neuer Börsen und Börsenordnungen ebensowohl als zur Abänderung bestehender Börsenordnungen unumgänglich nothwendig. Von einem solchen Börsenpreise könne nicht die Rede sein, wenn die Möglichkeit mehrerer Börsen an demselben Orte, mit verschiedenen Ordnungen und daraus hervorgehenden verschiedenen Notirungen, gesetzlich gegeben sei. Die Mitwirkung der Interessenten bei Errichtung neuer und Abänderung bestehender Börsenordnungen auszuschließen, liege dem Gesetzentwurfe fern, vielmehr sei es nur Absicht der Staatsregierung, durch die fraglichen Bestimmungen sich die Bestätigung der von den Börseninteressenten entworfenen Börsenordnungen vorzubehalten. Wolle das Gesetz sich darauf beschränken, bloß Normativ-Bestimmungen aufzustellen und innerhalb der Grenzen derselben das Nähere der Autonomie der betreffenden Kaufleute zu überlassen, so würde bei der großen Verschiedenheit der Verhältnisse an den verschiedenen Börsenplätzen der Inhalt jener sich nur auf wenige Sätze reduzieren und alles Andere der Autonomie der betreffenden Kaufleute überlassen werden müssen, was, wie schon bemerkt, unzulässig sei.“

Auch bei der Berathung des Entwurfs im Landtage ist keine von der vorstehenden abweichende Auffassung des Art. 3, § 1 hervorgetreten.

Hiernach ist klar, daß, worauf schon die Ordnung der Angelegenheit in dem Einführungsgesetze zum Allgemeinen Deutschen

Handelsgesetzbuche hinweist, der Zweck des Art. 3, § 1 lediglich der gewesen ist, diejenigen kaufmännischen Versammlungen, auf welche die gesetzlichen Bestimmungen über Börsen und Börsenpreise Anwendung finden sollten, von allen anderen zu sondern, d. h., den genehmigten Versammlungen eine rechtliche Sonderstellung zu geben, ungenehmigte Versammlungen von Kaufleuten zum Abschluß von Handelsgeschäften aber nicht für unzulässig zu erklären. Dafür namentlich, daß man deshalb habe weiter gehen wollen, um in der Weise, wie später beim Reichsbörsengesetze, Uebelständen im Börsenverkehr entgegen zu treten, bietet sich in der ganzen Entstehungsgeschichte des Art. 3 § 1 nirgends ein Anhalt.

Bei der somit bestehenden Zweifelhastigkeit der Bedeutung, die der § 1 Satz 1 des Börsengesetzes vom 22. Juni 1896 hat, fällt ausschlaggebend für die Eigenschaft desselben als eines Verbotsgesetzes das in der Berufungsinstanz von dem Ministerialkommissar beigebrachte neue Material ins Gewicht. Denn danach ist nicht bloß der § 1 Satz 1 gleich nach dem Erlaß des Gesetzes von den verschiedensten Seiten, insbesondere auch von Seiten solcher, die bei der Abfassung und dem Zustandekommen des Gesetzes wesentlich betheiligt gewesen waren, im Sinne eines Verbotsgesetzes verstanden, sondern vor Allem ist bereits der Art. 3 § 1 des Einführungsgesetzes vom 24. Juni 1861 mindestens seit dem Jahre 1883 an der maßgebenden Stelle fortdauernd und gleichmäßig nicht etwa vereinzelt, vielmehr überall, wo sich die Gelegenheit bot, und ohne bei den zur Mitwirkung dabei Berufenen auf Widerspruch zu stoßen, ebenfalls als Verbotsgesetz angesehen und angewendet, und es ist, um dieser Auffassung Rechnung zu tragen und sie in das Reichsbörsengesetz zu übernehmen, eine Aenderung des ursprünglichen Entwurfs desselben angeregt und vorgenommen worden (vergl. die oben unter No. 7 mitgetheilte Korrespondenz zwischen dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Staatsministerium). Freilich ist die rechtliche Auffassung des Art. 3 § 1 des Einführungsgesetzes vom 24. Juni 1861 nicht zutreffend gewesen; auch ist das, was durch die Aenderung des ursprünglichen Entwurfs des § 1 des Börsengesetzes „klar zum Ausdruck“ gebracht werden sollte, in Wirklichkeit doch wieder nicht klar ausgedrückt worden. Immer aber wird doch durch die Art und Weise, wie der Art. 3 § 1 des Einführungsgesetzes gehandhabt worden ist, dem aus der Bezugnahme auf diese Vorschrift in der Begründung zum Börsengesetz und aus dem im Wesentlichen übereinstimmenden Wortlaute der beiden Gesetzesbestimmungen zu entnehmenden Argumente dafür, daß dem § 1 Satz 1

des Börsengesetzes die gleiche Bedeutung zukomme, welche — nach richtiger Auslegung — der Art. 3 § 1 des Einführungsgesetzes gehabt habe, der Boden entzogen. Und wenn es sich bei der zwischen dem Minister für Handel und Gewerbe und dem Staatsministerium geführten Korrespondenz auch nur um ein Internum der Behörden gehandelt hat, so ist doch für die Auslegung einer ihrem Wortlaute nach mehrdeutigen Gesetzesvorschrift der Nachweis, welchen Sinn die Regierung mit den von ihr gewählten Worten verbunden wissen wollte, von großer Bedeutung.

2) Ist sonach dem § 1 Satz 1 des Börsengesetzes die rechtliche Natur eines Verbotsgesetzes gegenüber allen Versammlungen, die im Sinne des § 1 Satz 1 Börsen sind, beizulegen, so ist weiter zu untersuchen, ob die Versammlungen im Jeenpalaste zu diesen Versammlungen gehörten, also ihre Abhaltung sich als die genehmigungspflichtige Errichtung einer Börse darstellte und wegen des Mangels der Genehmigung unzulässig war. Auch insoweit kann dem Kläger nicht zugestimmt werden.

Daß im § 1 Satz 1 unter der Börse etwas Anderes zu verstehen ist, als im Satz 2 des § 1 und an den späteren Stellen des Börsengesetzes, wo Börse die bereits genehmigte Börse oder eine Börse bedeutet, die, weil sie schon früher bestanden hat und als Börse anerkannt gewesen ist, einer genehmigten Börse gleichsteht, liegt auf der Hand. Im Uebrigen bestimmt darüber, was sich als eine Börse, zu deren Errichtung es der Genehmigung der Landesregierung bedarf, darstellt, das Börsengesetz selbst welcher im § 1 noch sonst. Nachdem bei den Berathungen der Börsen-Enquete-Kommission zwei verschiedene Definitionen des Begriffs Börse aufgestellt worden, aber auf Bedenken gestoßen waren, wurde schließlich „die Frage, ob überhaupt ein solcher allgemeiner Satz voranzustellen sei,“ verneint (Börsen-Enquete-Kommission. Uebersicht der abgelehnten oder zurückgezogenen Anträge nebst Abstimmungen (1893) Seite 1 und die daselbst angezogenen Stellen der Verhandlungen). In der Begründung zum Entwurfe des Börsengesetzes ist dann ausgeführt, und zwar ohne daß es bei der Berathung des Entwurfs im Reichstage je von irgend einer Seite beanstandet worden wäre: Von einer Definition des Begriffs Börse habe der Entwurf abgesehen, weil eine solche kaum erschöpfend zu geben sei, und weil die thatsächliche Gestaltung der vorhandenen und als solche im technischen Sinne unbestritten anerkannten Börsen genügenden Anhalt biete, um zu entscheiden, ob eine kaufmännische Versammlung als Börse im Sinne des Gesetzes anzusehen sei oder nicht (Drucksachen des Reichstags, 9. Leg.-Per., IV. Session 1895/96 Seite 25).

Hierbei ist unbedenklich anzunehmen, daß mit den im technischen Sinne anerkannten Börsen nicht Börsen mit gewissen technischen Einrichtungen gemeint sind, sondern Börsen im rechtstechnischen Sinne behufs Ausscheidung solcher Versammlungen, die nur im Sprachgebrauche des gewöhnlichen Lebens Börsen genannt werden (Briefmarken-, Schiffer-, Münzfiker-, Buchhändler- usw. Börsen). Aus der angezogenen Ausführung ist daher nicht als ein Erforderniß der Genehmigungspflicht das Vorhandensein gewisser technischer Einrichtungen herzuleiten der Art, daß kaufmännische Versammlungen, welche diese nicht besitzen, keine Genehmigung nöthig hätten. Ebenso ist aus dem § 5 des Börsengesetzes, wonach die Börsenordnung die daselbst bezeichneten Bestimmungen treffen muß, zu folgern, daß die Genehmigungspflicht sich erledigt, wenn es an solchen Bestimmungen und den dadurch zu ordnenden Einrichtungen ganz oder theilweise fehlt. Denn der § 5 hat gar nicht den Zweck, Merkmale dafür aufzustellen, wann eine Versammlung eine genehmigungspflichtige Börse ist. Er soll nur angeben, worüber nähere Bestimmung getroffen sein muß, damit die Genehmigung der Börsenordnung erfolgen kann. Zum § 1 Satz 1 steht er nicht in dem Verhältnisse, daß eine Versammlung eine genehmigungspflichtige Börse sei, weil ihr Statut über die im § 5 bezeichneten Dinge Bestimmungen treffe, und es nur sei, wenn das Statut diese Bestimmungen treffe, sondern allein in dem, daß, wenn und weil eine Versammlung eine genehmigungspflichtige Börse ist, sie eine Börsenordnung mit dem im § 5 vorgesehenen Inhalt erhalten muß. Das Vorhandensein der in ihm aufgeführten Einrichtungen ist also nicht eine Voraussetzung der Genehmigungspflicht.

Sonach ist man lediglich darauf angewiesen, zu ermitteln, welche Gestaltung bisher thatsächlich die anerkannten Börsen gehabt haben. Dabei zeigt sich, was zunächst die technischen Einrichtungen anlangt, eine sehr große Verschiedenheit und Mannigfaltigkeit an den Börsen Deutschlands und noch mehr des Aus-

landes. Kaum eine Einrichtung ist an allen Börsen vorhanden. Diese ergibt sich aus der Zusammenstellung, welche die Börsen-Enquete-Kommission vorgenommen hat und welche auf „den durch das Auswärtige Amt des Deutschen Reiches und das Preussische Ministerium für Handel und Gewerbe beschafften Original-Materialien“ beruht (Börsen-Enquete-Kommission. Die hauptsächlichsten Börsen Deutschlands und des Auslandes, ihre Organisationen, Einrichtungen, Gebräuche usw. — 1892 — nebst Nachtrag). Es wird auch durch den Inhalt der Schriftstücke bestätigt, die bei der vom Kläger veranstalteten, die Zeit bis zum 31. Dezember 1896 betreffenden Enquete entstanden sind. Danach finden z. B. Kurs- und Preisnotirungen durch eigene Organe der Börse nicht statt bei der Börse in Elbing, wo betreffs der Kursnotirung die Notirungen der Berliner Börse maßgebend sind, und der in Memel. Bei der Börse in Hamburg veranlaßt für Waaren nur die Handelskammer, daß wöchentlich einmal eine „Waaren-Preisliste“ erscheint, deren „Herausgeber sich mit den Maklern und Kaufleuten der einzelnen Geschäftszweige in Verbindung zu setzen und so die Preise zu ermitteln hat.“ In Lübeck „besorgt Kursnotirungen für Effekten eine Bank und ein Bankier, für Waaren ein Agent; Alles dies sind rein private Veröffentlichungen“. Preisnotirungen für Waaren „finden in Bremen nur statt in Petroleum (Tagespreise) und Baumwolle (Tagespreise und Termine) und werden von den Spezialbörsen veranlaßt“. Einrichtungen zur Erleichterung des Abschlusses und der Abwicklung von Termingeschäften (Liquidationskassen, Abrechnungskassen, Kündigungs-Bureau, Effekten-Giros, Skontirungskontore und dergleichen) fehlen ganz in Bremen, Posen und Stettin, für Termingeschäfte in Produkten in Breslau. In Köln und in Mannheim ist nur „für Zeitgeschäfte in Produkten an der Börse ein Kündigungsraum vorhanden, in welchem ein Börsenbeamter die Kündigungsscheine entgegennimmt und deren Zirkulation vermittelt“; sonstige Einrichtungen sind nicht vorhanden. In Königsberg i. Pr. „bestehen besondere Einrichtungen, wie Liquidationskassen usw., nicht.“ In Dresden „hat ein früher vorhandenes Liquidations-Bureau für Zeitgeschäfte an der Börse aufgehört zu fungiren“. Für die Börse in Stuttgart „fehlen derartige Bestimmungen — d. i. Bestimmungen über die in Rede stehenden Einrichtungen — ganz“.

Unter diesen Umständen können nicht bestimmte Einrichtungen als notwendige Voraussetzung der Genehmigungspflicht angesehen werden. Es ist auch nach den mit dem Börsengesetze verfolgten

Zielen kein innerer Grund ersichtlich, der den Gesetzgeber hätte veranlassen können, die Genehmigungspflicht davon abhängig zu machen, ob solche Einrichtungen vorhanden sind oder nicht. Dies gilt insbesondere von den Einrichtungen zur Preisfeststellung.

Lassen sich somit die Merkmale für die Genehmigungspflicht nur in anderen Dingen suchen, so sind sie in folgenden zu finden:

Zunächst müssen Versammlungen einer größeren Zahl von Personen vorliegen, die an einem ein für alle Mal bestimmten Orte und zu einer allgemeinbestimmten Zeit, wenn nicht täglich, so doch in verhältnismäßig kurzen Zwischenräumen regelmäßig abgehalten werden und deren Wiederholung von vornherein beabsichtigt ist. Die sich Versammelnden müssen sodann wenigstens vorwiegend selbstständige Kaufleute oder kaufmännische Hilfspersonen sein und ihren Geschäftssitz am Orte der Versammlungen oder in dessen Nähe haben. **Die Versammlungen müssen weiter dem Handel mit nicht zur Stelle gebrachten vertretbaren Waren dienen, und zwar so, daß der in ihnen betriebene Handel wiederum zwar nicht ausschließlich, aber doch in erheblichem Maße ein Handel von Großhändlern unter einander ist.**

Ob außerdem noch erforderlich ist, daß in größerem Umfange mit abstrakter, **nur typenmäßig**, d. i. nach allgemein festgesetzten Mustersorten, bezeichneter Waare gehandelt wird, bedarf im gegenwärtigen Falle keiner Untersuchung. Denn daß in solcher Weise in den Versammlungen im Feenpalaste gehandelt worden ist, zeigt das von dem Beklagten schon mit der Generalklaration auf die Klage überreichte Formular eines im Feenpalast bei Geschäften über Weizen benutzten Schlußscheins, dessen Gebrauch der Kläger nicht in Abrede gestellt hat, und das wie folgt lautet:

„Berlin, den 18 . . .
Herr
. kaufte
unter Ausschluß aller Börsengebräuche:
. Tonnen
gesund, trockenen und für Müllereizwecke gut

verwendbaren Weizen, weiß oder roth (gelb) und wenigstens 755 Gramm per Liter wiegend. Ausgeschlossen sind:

- 1) Rauheizen, Kubanka, Syrischer, Egyptischer und La Plata-Hartweizen,
- 2) Künstliche Mischungen von weißem und rothem (gelbem) Weizen.

Lieferung per in Verkäufers Wahl.
Preis
frei Berlin vom Rahne und/oder vom Boden.
Erfüllungsort für beide Theile ist Berlin.

Der Verkäufer ist verpflichtet, dem Käufer die Waare durch Uebergabe eines Dispositionsscheines innerhalb der bedungenen Lieferungszeit zu überweisen. Die verkaufte Waare darf dem Käufer nur in Mengen von mindestens zehn Tonnen geliefert werden. Bei Geschäften unter 50 to muß das gehandelte Quantum in einer Parthie geliefert werden und ist innerhalb fünf Tagen nach Andienung zu empfangen. Bei Geschäften von 50 to und darüber ist der Verkäufer berechtigt, jede 50 to von zwei verschiedenen Orten auf einmal zu liefern, und ist der Käufer verpflichtet, dieselben innerhalb acht Tagen zu empfangen. Falls der Verkäufer bei Geschäften von mehr als 50 to solche ungetheilt liefern will, hat er dem Käufer davon einen Tag vorher schriftlich Mittheilung zu machen und demselben auf sein Verlangen Dispositionsscheine über je 50 to (soweit das gehandelte Quantum durch 50 theilbar ist) und einen über den Rest auszustellen. Die solcher Art angewiesenen Posten sind ebenfalls innerhalb acht Tagen zu empfangen.

Endet die Lieferungsfrist an einem Feiertage, so muß die Abnahme am vorhergehenden Werktag geschehen. Die beiden jüdischen Neujahrstage und der jüdische Versöhnungstag werden hierbei, wie überall in diesem Vertrage, als Feiertage gerechnet. Der Käufer ist verpflichtet, für jede Lieferung Zug um Zug baare Zahlung zu leisten. — Der Aussteller des Dispositionsscheines hat denselben seinem Käufer an einem Werktag zwischen 9 bis 10 Uhr Vormittags zuzustellen, der Letztere ist berechtigt, die Waare an einen Dritten zu überweisen. Macht er von diesem

Rechte Gebrauch, so muß er dem Ueberbringer des Dispositionsscheines sofort den Namen seines Käufers aufgeben. Die Umlaufszeit des Dispositionsscheines endigt am Tage der Andienung, Nachmittags 6 Uhr.“

Das Formular trifft dann noch Bestimmungen über das, was der Dispositionsschein enthalten muß, über die Entscheidung von Qualitätsstreitigkeiten durch Sachverständige und über die Personen der Sachverständigen, über die Kosten der Uebergabe bzw. Empfangnahme der angewiesenen Waare, über die Folgen des Verzuges eines der beiden Vertragsschließenden und einer Zahlungseinstellung, sowie über die zu einer Abtretung der Rechte aus dem Vertrage an einen Dritten notwendige Zustimmung des anderen Theils, dieses Formular (vollständig abgedruckt bei Sayous a. a. O. Seit. 482—484), ergiebt also unzweideutig das rein Typische der nach ihm gehandelten Waare.

Darüber aber, daß die anderen Merkmale für die Genehmigungspflicht bei den Versammlungen im Feenpalaste zutrafen, kann kein Zweifel bestehen. Es waren namentlich auch die Personen, die bei ihnen zusammen kamen, sehr zahlreich und in der Hauptsache dieselben, **die vorher ständige Besucher der Berliner Produktenbörse gewesen waren, d. i. Großhändler, die in Berlin oder doch in der Nähe von Berlin wohnen.**

3) Da nach alledem die Versammlungen in dem Feenpalaste wider den § 1 Satz 1 des Börsengesetzes verstießen, konnte gegen sie so, wie in der Verfügung des Beklagten vom 11. Juni 1897 geschehen, vorgegangen werden. Denn dem Bezirksauschuß ist unbedenklich darin beizutreten, daß diese Verfügung von dem vorhergegangenen Erlasse des Oberpräsidenten vom 11. Mai 1897 unabhängig ist, es also auf die Rechtmäßigkeit des letzteren nicht weiter ankommt, die der Kläger bezweifelt hat, weil der Erlaß nicht an den Vorstand des Vereins der Berliner Getreide- und Produktenhändler, sondern an die davon verschiedenen Leiter der Versammlungen im Feenpalast hätte gerichtet werden müssen. Wegen des Mangels der erforderlichen Genehmigung konnte ferner die Polizeibehörde, und zwar die Ortspolizeibehörde, die Fortsetzung der Versammlungen untersagen. Es handelt sich um ein Einschreiten zur Aufrechterhaltung der durch das Verbot des § 1 Satz 1 geschaffenen öffentlichen Ordnung im Handel und Verkehr, welches schon in Folge des Verbots zulässig ist, ohne daß es noch eines besonderen Ausdruckes dieser Zulässigkeit im Gesetz oder einer Strafandrohung bedurfte, und obwohl das Verbot nicht in einem Preussischem Landesgesetze, sondern in einem Reichsgesetze enthalten ist. Ob in den anderen Deutschen Bundesstaaten eine

dem § 10 Titel 17 Theil II des Allgemeinen Landrechts entsprechende Bestimmung gilt, ist daher gleichgiltig; der § 1 Satz 1 des Börsegesetzes giebt für ganz Deutschland die Grundlage zu einem gleichmäßigen polizeilichen Vorgehen. Die Polizeibehörde war auch nicht genöthigt, den Kläger, wie dieser meint, zunächst aufzufordern, daß er die fehlende Genehmigung einhole, sondern konnte die gesetzwidrigen Versammlungen sofort verhindern, umsomehr, als schon der Oberpräsident ohne Erfolg zu einem Antrage auf Ertheilung der Genehmigung aufgefordert hatte. Die Versammlungen durften dabei vollständig untersagt werden, wenn schon in ihnen zum Theil Erlaubtes geschah, was nicht dem § 1 zuwiderlief. Denn dasjenige, was ihr Wesen bestimmte und ihnen ihren Charakter gab, war das Verbotene. Das Erlaubte bildete nur eine mit der verbotenen Hauptsache untrennbar verbundene Nebensache. Endlich ist nach dem § 132 Ziffer 3 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 nicht zu beanstanden, daß dem erlassenen Verbote die Androhung unmittelbaren Zwanges hinzugefügt worden ist.

Demgemäß war unter Abänderung der Vorentscheidung die Klage abzuweisen.

Im Namen des Reichs.

In Sachen

Ruß contra Schweizer

p. p.

für Recht erkannt

p. p.:

Die Parteien haben vom November 1896 bis Juni 1897 in Geschäftsverbindung der Art gestanden, daß die Beklagte im Auftrage des Klägers an der Berliner Börse Werthpapiere ge- und verkauft hat. Die Beklagte ist in alle Geschäfte als Selbstkontrahent eingetreten.

Am 1. Januar 1897 ergab sich daraus für die Beklagte ein unstreitiges und anerkanntes Guthaben von 1445,10 Mk. Für den Kläger blieben 4000 Mk. Znowrazlawer Salzaktien bei der Beklagten im Depot.

Im Februar 1897 ließ der Kläger das Depot verkaufen und zahlte 800 Mk. baar ein. Am 1. März 1897 gab der Kläger Auftrag zum Ankauf von 25 Stück Luxemburgischen Prince-Henri-Aktien per ult. März, welche die Beklagte ihm verkaufte. Am 12. März ersuchte der Kläger die Beklagte um Verkauf von 50 Stück Oesterr. Kreditaktien per ultimo unter ihren ihm bekannten Geschäftsbedingungen. Diese vom Kläger unter dem 1. März 1897 unterschriebenen Geschäftsbedingungen sind von der Beklagten zu den Akten gebracht.

Der Kläger hat die gekauften Papiere nicht abgenommen und die verkauften nicht geliefert. Beide Geschäfte sind, das erstere auf den 30. April, das zweite auf den 30. April und sodann auf den 31. Mai hinausgeschoben, das erste durch einfaches Gegengeschäft gelöst, das zweite dadurch, daß, als Kläger am 31. Mai nicht lieferte, die Beklagte ihm auf Grund der No. 4 der Geschäftsbedingungen am 1. Juni telegraphisch anzeigte, daß sie Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlange und sich am 2. Juni decken werde. Den Deckungskauf will die Beklagte nach den von ihr überreichten Schlußscheiden am 2. Juni vorgenommen haben. Das von der Beklagten aufgestellte Kontoforrent Bl. 5. 6 der Akten schließt mit einem Saldo zu Gunsten der Beklagten von 384,80 Mk. per 3. Juni.

Der Kläger will dies Saldo nicht zahlen, weil er die Geschäfte als verbindliche Geschäfte nicht anerkennt. Keine der Parteien ist im Börsenregister eingetragen, und der Kläger behauptet, daß die Geschäfte Börsentermingeschäfte und deshalb nach § 66 des Börsengesetzes unverbindlich, jedenfalls aber reine Differenzgeschäfte seien. Werden die Geschäfte im Kontokorrent gestrichen, so bleibt ein Guthaben für den Kläger von mehr als 1800 Mk. Die Klage verlangt Verurtheilung der Beklagten zur Zahlung von 1800 Mk. nebst 6 % Zinsen seit der Klage.

Die Beklagte hat Abweisung der Klage und widerklagend Verurtheilung des Klägers zur Zahlung des Saldos von 384,80 Mk. nebst Zinsen seit 2. Juni 1897 beantragt.

Sie führt aus, daß nach den Geschäftsbedingungen vom 1. Januar 1897 die Geschäfte als Börsentermingeschäfte im Sinne der §§ 48, 66 des Börsengesetzes nicht anzusehen, und bestreitet, daß reine Differenzgeschäfte abgeschlossen seien.

Der erste Richter hat durch Urtheil vom 14. Oktober 1897 auf Grund des § 66 des Börsengesetzes unter Abweisung der Widerklage die Beklagte nach der Klage verurtheilt und ihr die Kosten auferlegt.

Dagegen hat die Beklagte die Berufung mit dem Antrage auf Abweisung der Klage und Verurtheilung nach der Widerklage eingelegt, die Widerklage aber um den Betrag von 128 Mk. ermäßigt, die sie am 22. Dezember 1897 auf Dividendenscheine der Snowrazlamer Salzkattien erhalten zu haben anerkannte.

Sie hat nunmehr an erster Stelle geltend gemacht, daß die Klage nach § 9 der vom Kläger unterschriebenen Geschäftsbedingungen nicht vor den ordentlichen Gerichten, sondern vor dem dort geordneten Schiedsgericht habe erhoben werden müssen. Sie will deshalb den Widerklageantrag auch nur für den Fall gestellt wissen, daß das Gericht sich für zuständig erachte.

In der Sache selbst ist die Beklagte dabei verblieben, daß es sich um Börsentermingeschäfte im Sinne des Gesetzes nicht handle, weil der Vorstand der Berliner Börse für den Terminhandel in Fonds bisher überhaupt keine Bedingungen festgesetzt habe, und weil die Geschäftsbedingungen, unter denen die angefochtenen Geschäfte geschlossen, und deren Entstehungsgeschichte aus einem Vorlage der Bank für Handel und Industrie sie ausführlich darlegt, nicht nur in 28 wesentlichen Punkten von den bis 1. Januar 1897 in Geltung gewesenen Börsenbedingungen abwichen, sondern auch ernstlich darauf gerichtet seien, im Verkehr der Bankwelt mit den Kunden Firgeschäfte im Sinne des Art. 357 des Handelsgesetzbuches überhaupt auszuschließen und nur Lieferungs-

geschäfte im Sinne der Art. 354—356 des Handelsgesetzbuchs abzuschließen, denen der Charakter des Börjentermingeschäfts von Grund aus fehle, weil mit diesem die Uebernahme des Risikos der Nachfrist unverträglich sei.

Außerdem hat die Beklagte eingewendet, daß eventuell die Klage bis auf den Betrag von 287 Mk. dadurch ausgeschlossen sei, daß dem Kläger, der am 1. März ein Guthaben von mehr als 1800 Mk. gehabt, ultimo März und ultimo April Abrechnung über die Geschäfte überandt, ihm mitgetheilt sei, die notirten Beträge würden ihm kreditirt bez. debitirt, und dadurch zu erkennen gegeben sei, daß die Beklagte seine Verluste mit seinem Guthaben aufrechne. Damit habe der Kläger sich dadurch stillschweigend einverstanden erklärt, daß er geschwiegen und keinen Widerspruch erhoben, sondern den Geschäftsverkehr fortgesetzt habe.

Der Kläger hat demgegenüber die Zulässigkeit der Berufung auf den Schiedsvertrag, namentlich aber bestritten, daß ihm die Geschäftsbedingungen am 1. März und vor dem 12. März vorgelegt seien. Er behauptet, daß dies erst nach dem 12. März und auf seine Frage nach der Bedeutung der Bedingungen mit dem Bemerkten geschehen sei, er wisse ja, diese Dinge seien nur pro forma, die Geschäfte würden gemacht, wie früher. Darauf habe er das Formular unterschrieben, ohne es zu lesen. Er bestreitet, daß er die Berechnung genehmigt habe.

Nach Beweisaufnahme ist durch Urtheil vom 30. Januar 1899 die Berufung zurückgewiesen.

Beklagte hat dagegen die Revision eingelegt, ist aber im Termin zur mündlichen Verhandlung am 31. Mai 1899 nicht erschienen, auf Antrag des Klägers deshalb durch Versäumnisurtheil von demselben Tage die Revision kostenpflichtig zurückgewiesen.

Gegen dieses Urtheil hat die Beklagte in der gesetzlichen Frist und Form den Einspruch mit dem Antrage eingelegt, das Versäumnisurtheil aufzuheben und unter Abänderung des Berufungsurtheils nach dem Berufungsantrage zu erkennen.

Seitens der Kläger ist beantragt, die Entscheidung in dem Thatbestande der Urtheile der Vorinstanzen vorgetragen.

Entscheidungsgründe.

Der Berufungsrichter stellt zu Gunsten der Beklagten fest, daß die angefochtenen Geschäfte auf Grund der vom Kläger unter dem 1. März 1897 unterschriebenen Geschäftsbedingungen, Bl. 81 der Akten, geschlossen sind. Diese Bedingungen stimmen in allen wesentlichen Punkten mit den von der Bank für Handel und Industrie (Darmstädter Bank) aufgestellten Bedingungen für Lieferungsgeschäfte in Werthpapieren vom 1. Januar 1897 (Dr. Hans

Hoffmann, das Reichsbörsengesetz S. 81) überein. Die Behauptung des Klägers, ihm sei vor der Unterschrift der Bedingungen erklärt, „er wisse ja, diese Dinge seien bloß pro forma, die Geschäfte würden gemacht wie früher“ sieht der Berufungsrichter nicht für erwiesen an.

Im Uebrigen geht der Berufungsrichter davon aus, daß die seit dem 1. Januar 1895 geltenden Bedingungen für die Geschäfte an der Berliner Fondsbörse nach dem 1. Januar 1897 von dem Börsenvorstande der Berliner Börse stillschweigend als für den Terminhandel im Sinne des § 48 des Börsengesetzes festgesetzte Geschäftsbedingungen in Kraft belassen seien. In der mündlichen Verhandlung ist dies nicht weiter in Zweifel gezogen. Der Berufungsrichter stellt sodann fest, daß es sich bei den angefochtenen Geschäften um Ultimoaufträge zum Abschlusse von börsenmäßigen Termingeschäften gehandelt habe, die ihrer rechtlichen und wirtschaftlichen Natur nach Börseterminingeschäfte seien und deshalb unter den § 66 des Börsengesetzes fallen. In dieser Beziehung ist festgestellt, daß die geschlossenen Effekten bekannte an der Berliner Börse zugelassene Spielpapiere sind, daß Prince-Henri-Akten namentlich auch zu 25 Stück gehandelt werden, wie bei den Geschäften zwischen den Parteien, daß die Preise der Effekten amtlich notirt werden, daß der Vorstand der Berliner Fondsbörse nach dem von der Beklagten beigebrachten Protokollauszuge vom 19. Januar 1897 (Bl. 73) die Börseneinrichtungen solchen Zeitgeschäften, wie sie von den Parteien auf Grund der Geschäftsbedingungen der Bank für Handel und Industrie geschlossen sind, eröffnet hat. Der Berufungsrichter legt darauf, daß diese Geschäftsbedingungen den Fixcharakter aufgegeben haben, kein Gewicht, weil der Fixcharakter für die börsenmäßigen Termingeschäfte im weiteren Sinne unwesentlich sei, die Nachfristklausel auch nicht ernst gemeint sein könne, da der Lieferungs-pflichtige auch nach Ablauf der Nachfrist regelmäßig nicht liefern werde, von vornherein dazu nicht gewillt und dies dem andern Theile bekannt sei.

Auf Grund dieser Feststellungen in Verbindung mit der unstreitigen Thatsache, daß keine der Parteien im Börsenregister eingetragen ist, gelangt der Berufungsrichter im Anschluß an das Urtheil des Reichsgerichts vom 12. Oktober 1898, Entsch. des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band 42, S. 43, dazu, den fraglichen Geschäften die Rechtswirksamkeit zu versagen. Daß unter dieser Voraussetzung dem Kläger das eingeklagte Guthaben zusteht, die Widerklageforderung nicht besteht, ist nicht mehr in Frage gezogen.

Dem Berufungsrichter ist im Ergebniß beizutreten. Die Angriffe der Revision treffen weder den Kernpunkt der Sache, noch den Kernpunkt der angefochtenen Entscheidung und der Entscheidung des Reichsgerichts vom 12. Oktober 1898. Auch wenn angenommen wird, daß der Begriff des Börsentermingeschäfts, wie ihn der § 48 des Börsengesetzes aufstellt, auch den §§ 55, 66, 69 des Gesetzes und allen Vorschriften des Abschnittes IV betreffend den Börsenterminhandel zu Grunde liegt, ist das Ergebniß, zu dem der Berufungsrichter gelangt, gerechtfertigt. Auf die Ausführungen der Revision gegen die Argumentation des Berufungsrichters aus den §§ 50, Abs. 3, 82 Abs. 4 des Börsengesetzes kommt nichts an, weil es dieser Argumentation nicht bedarf. Auch die Ausführungen der Revision gegen die Auslegung der §§ 51, 52 des Gesetzes in dem reichsgerichtlichen Urtheil vom 12. Oktober 1898 können auf sich beruhen. Es handelt sich vorliegend nicht um einen tatsächlichen Terminhandel in Werthpapieren, die zum Börsenterminhandel nicht zugelassen sind, oder in denen der Börsenterminhandel untersagt ist, für die deshalb eine amtliche Feststellung und Veröffentlichung der Preise nicht stattfindet. In Frage steht allein, ob die im § 66 des Börsengesetzes ausgesprochene Unwirksamkeit von Börsentermingeschäften, für die nicht beide Parteien im Börsenregister eingetragen sind, auf die Börsentermingeschäfte, die der Formulierung des § 48 des Gesetzes entsprechen, zu beschränken, oder ob diese Unwirksamkeit auf solche Geschäfte zu erstrecken ist, deren äußere Rechtsform zwar sich mit der Begriffsbestimmung des § 48 nicht deckt, die aber nach ihrem materiellen Inhalt und ihrer wirtschaftlichen Natur und Zweckbestimmung unter die Geschäfte fallen, die der Gesetzgeber nur den in das Börsenregister eingetragenen Personen mit Rechtswirksamkeit hat gestatten, von denen er andere Personen hat ausschließen wollen, von denen deshalb anzunehmen ist, daß der Gesetzgeber sie hat treffen wollen und ausdrücklich getroffen haben würde, wenn er ihre Einkleidung in eine andere Rechtsform als diejenige, die er formuliert hat, vorausgesehen hätte.

Das Urtheil des Reichsgerichts vom 12. Oktober 1898 beruht in seinem Kern ebenso wie das angefochtene Berufungsurtheil auf der Bejahung dieser Frage, die Bejahung dieser Frage aber auf dem Satz, daß der Rechtserfolg, den der Gesetzgeber durch eine zwingende allgemeingültige Rechtsform einem Rechtsgeschäft versagt, nicht auf einem Umwege dadurch erreicht werden kann, daß dem Rechtsgeschäfte ohne Aenderung seines Inhalts eine andere Form gegeben wird.

Das Reichsgericht hält an diesem Satze fest. Aus sittlichen

oder wirthschaftlichen Gründen, wegen sozialer Gefahren und in ähnlichen Fällen verbietet der Gesetzgeber manche Handlungen, die an sich dazu dienen könnten, rechtsgeschäftliche Folgen zu erzeugen, entweder schlechthin oder so, daß die Handlungen rechtsgeschäftliche Folgen nicht haben sollen, oder er zieht dem Eintritt solcher Folgen gewisse, der Privatwillkür entzogene Schranken. Faßt der Gesetzgeber die Definition solcher Handlungen nicht weit oder genau genug, so entsteht die Gefahr, daß die Parteien den Rechts- und den wirthschaftlichen Erfolg, den sie durch das Rechtsgeschäft, gegen das das Gesetz sich richtet, erreichen wollen, auf einem Umwege dadurch zu erreichen suchen, daß sie ein verwandtes Geschäft an Stelle des vom Gesetz bedrohten abschließen, und so die Erreichung des gesetzgeberischen Zweckes vereiteln. Dies ist der Fall der Umgehung des Gesetzes die jedes Recht dem direkten Handeln gegen das Gesetz gleichstellt.

In den Quellen des gemeinen Rechts hat er seinen allgemeinen Ausdruck in l. 29, 30 D. de leg. 1, 3 (l. 5 C. de leg. 1, 14) und seine praktische Gestaltung in einer Reihe von Fällen gefunden. l. 13 § 26 D. de act. e. o. 19, l. 1. 3 § 3 l. 7 pr. §§ 1, 3 D. de ser. Mac. 14, 6, l. 8, § 6, l. 29, § 1, l. 32, § 3, D. ad. se. Vell. 16, 1; l. 16, C. de us. 4, 32. Das Verbot des Darlehns an den Haussohn, das Gesetz gegen die Interzession der Frauen und gegen die Schenkung unter Eheleuten, das Zinsverbot, wird auf den Verkauf von Sachen durch den Gläubiger an den Haussohn, dem das Darlehn aus dem Erlöse verschafft werden soll, auf das Darlehn, das der Frau gegeben, damit sie das Geld dem kreditunwürdigen Dritten gebe, auf den Verkauf unter dem Werthe an den Ehegatten, auf Vergütung für Kredit unter der Rechtsform der Vertragsstrafe angewendet. In dem Gesetze vom 12. Mai 1894 (Reichsgesetzblatt S. 450) werden Verkäufe auf Abzahlung Beschränkungen unterworfen, die durch Vertrag nicht abgeändert werden dürfen. Der § 6 des Gesetzes sagt ausdrücklich, daß die Beschränkungen auf Verträge Anwendung finden, die darauf abzielen, den Zweck des Abzahlungsgeschäfts in einer anderen Rechtsform, z. B. durch Vermietung zu erreichen. Hier hat das Gesetz den allgemeinen Rechtsgedanken ausdrücklich ausgesprochen, auf den der Gesetzgeber auch ohne ausdrückliche Hinweisung bei dem Richter für die Anwendung zwingender Gesetze rechnen muß.

Vergl. c. 48 d. r. j. in VI 5 13 (cum quid una via prohibetur alicui, ad id alia non debet admitti). Wächter, Handbuch des Württemb. Privatrechts 2 § 1 S. 9 a. E.

Die Anwendung dieses Rechtsgedankens enthält nicht, wie die Revision meint, die Verbesserung eines mangelhaften Gesetzes

durch den Richter, zu der der Richter nicht berufen ist, sondern die dem wahren Willen des Gesetzes nach seinem Grunde und Zweck entsprechende Anwendung des Gesetzes, zu der der Richter an erster Stelle berufen ist.

Im vorliegenden Falle handelt es sich um ein zwingendes Gesetz. Das Börsengesetz gebietet die Führung eines Börsenregisters für Waaren und Werthpapiere bei jedem zur Führung des Handelsregisters zuständigen Gericht. Es gebietet allen Personen, die sich an Börsen-Termingeschäften mit voller Rechtswirkung betheiligen, solche Geschäfte eingehen wollen, die Eintragung ihrer Namen in das Börsenregister. §§ 54, 55, 60, 66. Es versagt ohne diese Eintragung allen Börsen-Termingeschäften, der Ertheilung und Uebernahme von Aufträgen zu solchen und der Vereinigung zum Abschlusse derselben, den bestellten Sicherheiten und den abgegebenen Schuldanerkenntnissen die volle Rechtswirksamkeit. Das Gesetz will ohne die Eintragung voll rechtswirksame Börsen-Termingeschäfte nicht. Es will Börsen-Termingeschäfte unter nicht eingetragenen Personen verhüten.

Grund und Zweck des Gesetzes sind aus seiner Entstehungsgeschichte bekannt. Man ging davon aus, daß der börsenmäßige Terminhandel ganz überwiegend nicht berechtigten wirtschaftlichen Zwecken, sondern der Befriedigung des reinen Spielbedürfnisses diene, daß die Art seines Betriebes zu der Möglichkeit geführt habe, am Terminhandel mit geringen Mitteln Theil zu nehmen, obwohl die Werthpapiere regelmäßig nur in ganz bestimmten hohen Beträgen gehandelt werden, welche die Geldmittel der kleinen Kapitalisten erheblich übersteigen, daß dadurch zahllose Personen aus dem großen Privatpublikum, Beamte, Offiziere, Landwirthe, Handwerker und selbst Kaufleute, deren Geschäftsbetrieb solche Geschäfte nicht fordert, zum börsenmäßigen Terminhandel verleitet werden, obwohl sie nicht die zur Beurtheilung der Gewinn- und Verlustchancen erforderliche Fachkenntniß besitzen und regelmäßig Kontrahenten gegenüber stehen, die mit dem Börsenwesen vertraut und ihnen überlegen sind. Erwogen wurde, daß in Folge dessen die Betheiligung am börsenmäßigen Terminhandel für das Privatpublikum im hohen Maße verhängnißvoll geworden sei und jährlich zahlreiche Existenzen vernichtet habe.

Man ging weiter davon aus, daß die damalige Gesetzgebung zur Bekämpfung der Ausartung des börsenmäßigen Terminhandels in Werthpapieren nicht ausreiche. Man wollte diesen Terminhandel nicht ganz beseitigen, weil man annahm, daß er an sich und in gewissen Fällen eine berechtigte Form des Handelsverkehrs sei. Man gelangte deshalb dahin, die Fähigkeit, rechtlich voll wirk-

same Börsentermingeschäfte abzuschließen, an bestimmte Voraussetzungen zu knüpfen, und glaubte, in der Einrichtung des Börsenregisters das geeignete Mittel gefunden zu haben, dem Privatpublikum die Betheiligung an dem Börsenterminhandel zu erschweren und sie dadurch einzuschränken. Man nahm an, daß alle, aber auch nur solche Personen, die eine wirtschaftlich berechtigte Veranlassung haben, sich des börsenmäßigen Terminhandels als Mittel zur Erleichterung und Sicherung ihrer geschäftlichen Unternehmen zu bedienen, sich ohne Bedenken eintragen lassen könnten und würden. Für solche Personen sah man in der Einführung des Registerzwangs zugleich einen hohen Vortheil, weil die Eintragung die Scheidung zwischen berechtigtem und unberechtigtem Terminhandel zum Ausdruck bringe, die Einrede des reinen Differenzgeschäfts eingetragenen Personen gegenüber unbedenklich zu versagen sei, und dadurch klare und sichere Rechtsverhältnisse geschaffen würden. Für andere Personen hielt man jedes börsenmäßige Termingeschäft für bedenklich und ihre Ausschließung von demselben für ganz unnuachtheilig.

Dabei war man sich darüber klar, daß es der gesetzlichen Feststellung des Begriffs des Börsen-Termingeschäfts bedürfe, schon bei den Verhandlungen der Börsen-Enquete-Kommission aber zugleich darüber, daß die Betheiligten versuchen könnten, ihren Geschäften den Charakter von Börsen-Termingeschäften im Sinne der gesetzlichen Begriffsbestimmung durch einzelne Abänderungen der Geschäftsbedingungen zu nehmen. Man vertraute aber darauf, daß der Richter bei Anwendung der Begriffsbestimmung die Vereitelung des vom Gesetz beabsichtigten Zwecks zu verhindern wissen werde.

Die Begriffsbestimmung war naturgemäß durch die Gestaltung gegeben, die der börsenmäßige Terminhandel in seiner bekannten Entwicklung aus dem gewöhnlichen fixen Lieferungs-geschäft im Sinne des Art. 357 des Handelsgesetzbuches angenommen hatte. Bei dem gewöhnlichen Fixgeschäft wird der gesamte Inhalt des Geschäfts, Objekt, Quantum und der Termin durch das Bedürfnis und die Mittel der Kontrahenten in jedem einzelnen Falle bestimmt. Jedes Geschäft ist anderen gleichartigen Geschäften gegenüber nach Menge, Preis, Lieferzeit individualisirt. Im Gegensatz zu diesem gewöhnlichen Fixgeschäft haben die Geschäfte im börsenmäßigen Terminhandel einen allgemeinen, schablonenhaften Charakter dadurch erhalten, daß sie nach vorher an der Börse für alle Geschäfte dieser Art festgesetzt

gemeinsamen Bedingungen auf dieselbe festbestimmte Zeit, über feste Mengeneinheiten geschlossen und daß für sie an der Börse fortdauernd Terminpreise amtlich festgestellt und veröffentlicht werden. Auf dieser Gleichartigkeit aller Geschäfte nach Menge, Termin, Terminpreis, beruht die Möglichkeit der Deckung jedes Kontrahenten durch Gegengeschäft, der Lösung durch bloße Differenzzahlung, die Möglichkeit der Betheiligung weiter Kreise an den Geschäften ohne den Besitz der Mittel zur Effektivverfüllung, die stets umgangen werden kann, die Möglichkeit der Benutzung dieser Geschäfte zu einfachen Differenz- und Spielgeschäften.

Daraus ergab sich für den Gesetzgeber die Begriffsbestimmung, die der § 48 des Börsengesetzes formuliert. Diese Begriffsbestimmung deckte die Börsentermingeschäfte wie sie damals üblich waren. Geschäfte dieser Art sollten dem großen Privatpublikum durch die Einrichtung des Börsenregisters verschlossen werden.

Ob die Einrichtung des Börsenregisters dafür das geeignete Mittel war, ist hier nicht zu beurtheilen. Nach dem Grund und Zweck des Gesetzes war den Betheiligten der Weg, den sie dem Gesetz gegenüber einzuschlagen hatten, vorgezeichnet. Das Börsentermingeschäft war entweder aufzugeben oder auf den Kreis der eingetragenen Personen zu beschränken, den das Gesetz selbst nicht einschränkt, da es die Eintragung in das Börsenregister von keinen besonderen Voraussetzungen abhängig macht. Wollten sie das nicht, so mußten sie die Folgen auf sich nehmen, die das Gesetz an die Nichtbefolgung seiner Vorschriften knüpft. Statt dessen ist das Bestreben der betheiligten Börsenkreise von Anfang an dahin gerichtet gewesen, das Gesetz illusorisch zu machen und seinen Zweck, das große Privatpublikum vom Börsenterminhandel fern zu halten, und klare und sichere Rechtsverhältnisse zu schaffen, dadurch zu vereiteln, daß man die Termingeschäfte nicht nach den an der Börse festgestellten Geschäftsbedingungen gleicher allgemeiner Art substituirt. Der Zweck dieses Verhaltens, das Gesetz illusorisch zu machen, wird kaum geleugnet. Die Sache liegt ja nicht so, daß die an der Börse Betheiligten aus geschäftlichen Gründen, welche nicht mit dem Erlaß des Börsengesetzes zusammenhängen, das bis dahin übliche Termingeschäft umgestaltet, und ein Geschäft wesentlich anderen Inhalts an die Stelle gesetzt hätten, welches anderen geschäftlichen Zwecken und anderen geschäftlichen Bedürfnissen sowohl der Börsenkreise wie des mit denselben in Beziehung tretenden Publikums zu dienen bestimmt gewesen wäre. Man glaubte sich

von der Pflicht der Eintragung in das Börsenregister einfach dadurch befreien zu können, daß man an die Stelle des der bisherigen Uebung entsprechenden Thatbestandes, wie er im § 48 des Gesetzes definiert ist, an den der § 66 des Gesetzes die Pflicht zur Eintragung knüpft, einen andern Thatbestand setzte, mit welchen man im Uebrigen dasselbe erreicht.

Aber darin hat man sich geirrt. Die Ausföhrung, daß, nachdem der § 48 des Börsengesetzes die Begriffsbestimmung des Börsentermingeschäfts gegeben, „jedem Rechtsgenossen freistehe, von dem Abschluß solcher Börsentermingeschäfte abzusehen und ein anderes Geschäft abzuschließen“, ist verfehlt, wenn das andere Geschäft nur eine andere Rechtsform für die Geschäfte ist, die das Gesetz in seinen §§ 48, 66 im Auge gehabt hat, und zu denselben wirtschaftlichen Resultaten föhrt, die das Gesetz hat verhüten wollen. Die Sache liegt dann nicht anders, als in dem obigen Beispiel der gemeinrechtlichen Rechtsquellen, in welchen man an die Stelle des verbotenen Darlehns an den Haussohn den Verkauf an ihn setzte, um ihm das verbotene Darlehn zu verschaffen. Die Umgehung des Gesetzes liegt in der absichtlichen Wahl dieser Rechtsform: zum Zweck der Erreichung dessen, was das Gesetz nicht will. Der Charakter der Umgehung des Gesetzes wird weder dadurch beseitigt, daß man den Zweck des Gesetzes für unberechtigt hielt, und das Kapital des großen Privatpublikums für die Geschäfte der Börse nicht entbehren zu können glaubte, noch dadurch, daß man durch den Abschluß solcher Geschäfte, ohne sich eintragen zu lassen, den Nachtheil mit in den Kauf nahm, daß sie jedenfalls dem Differenzeinwand unterworfen blieben. § 69. Vergl. Bähr, Urtheile des Reichsgerichts S. 59, 60. Man nahm den Nachtheil in den Kauf, obwohl man ihn durch Eintragung hätte vermeiden können, weil man ihn, ohne sich eintragen zu lassen, nicht vermeiden konnte. Dadurch, daß man ihn in den Kauf nahm, würde man zugleich den Zweck des Gesetzes, klare und sichere Rechtsverhältnisse zu schaffen, vereiteln, wenn die Vorschrift des § 66 in der Anwendung auf solche Geschäfte versagte. Es ist völlig klar, daß, wenn man annehmen wollte, der Gesetzgeber habe zulassen wollen, sich der Eintragungspflicht dadurch zu entziehen, daß man die Geschäfte unter anderen allgemeinen Geschäftsbedingungen abschloß, als den von der Börse festgesetzten, ohne daß dadurch der Charakter der Geschäfte geändert würde, das Börsengesetz nichts als ein Blatt Papier wäre, durch das an dem früheren, als unfehllich empfundenen Rechtszustande nichts geändert wäre, da die Betheiligung des Privatpublikums an den als verhängnißvoll angesehenen Geschäften ebenso unverändert bliebe wie die

Berufung auf die Einrede des reinen Differenzgeschäftes. Das kann nicht in der Absicht des Gesetzgebers gelegen haben, und die Rechtsprechung ist berufen, den Willen des Gesetzes zur Geltung zu bringen.

Was die Revision dagegen aus dem von ihr angeführten Beispiel beweisen will, ist verfehlt. Schon in den Verhandlungen der Börsen-Enquete-Kommission ist darauf hingewiesen, daß eine Person, die Werthpapiere besitzt und zu einer bestimmten künftigen Zeit Geld braucht, das Börsen-Termingeschäft nicht nöthig hat, oder doch nur gering benachtheiligt wird, wenn sie vom Börsen-Termingeschäft keinen Gebrauch machen kann, um die Werthpapiere auf Termin zu verkaufen, daß der Fall überdies praktisch sehr selten, und daß die Möglichkeit, im Wege des Termingeschäfts zu verkaufen, immer bedenklich ist.

Auch die von der Beklagten in wesentlicher Uebereinstimmung mit dem Schema der Bank für Handel und Industrie aufgestellten allgemeinen Bedingungen sind nicht geeignet, die Anwendung des Börsengesetzes auszuschließen. Sie sind, wie die von den Mitgliedern der Stempelvereinigung aufgestellten Bedingungen — vergl. Hoffmann a. a. O. S. 79 — dazu bestimmt, an die Stelle der ausdrücklich ausgeschlossenen Bedingungen für Zeitgeschäfte an der Berliner Fondsbörse zu treten. Wird dieser Zweck erreicht, so gewinnen die danach geschlossenen Geschäfte denselben allgemeinen schablonenhaften, der Individualität des Einzelgeschäftes entbehrenden Charakter, der den in § 48 des Börsengesetzes formulirten Börsentermingeschäften eigen ist. Werden sie an der Börse in Werthpapieren geschlossen, die zum Börsenterminhandel zugelassen sind, die in Folge dessen an der Börse thatsächlich gehandelt werden, ist die Benutzung der Börseneinrichtungen für sie gestattet, werden die Terminpreise für sie amtlich festgestellt, so unterscheiden sie sich materiell in nichts von den Börsentermingeschäften, die dem Wortlaut des § 48 des Börsengesetzes entsprechen. Sie sind dann ebenso wie diese durch ihre Gleichartigkeit, durch die parate Möglichkeit der Deckung durch Gegen Geschäft und der Umgehung der Effektivbefüllung geeignet, dem Spiel zu dienen, und der Zweck des Gesetzes wäre vereitelt, wenn die Eintragungspflicht für diese Geschäfte nicht bestände. Dagegen kann nicht geltend gemacht werden, daß das Termingeschäft sich aus dem freien Terminhandel entwickle. Der Gesetzgeber des Börsengesetzes kann nicht anders als davon ausgegangen sein, daß nach der gebotenen Einrichtung des Börsenregisters am Börsenterminhandel jeder Art sich nur noch solche Personen betheiligen würden, die im Börsenregister eingetragen sind. Er muß davon

ausgegangen sein, weil er die Vereitelung des Zweckes des Gesetzes nicht gewollt haben kann.

Im vorliegenden Falle ist unstreitig, daß die Geschäfte über Werthpapiere geschlossen sind, in denen der Börsen-Terminhandel vor dem 1. Januar 1897 erlaubt war und nachher nicht untersagt ist, daß die Benutzung der Börseneinrichtungen für Zeitgeschäfte auf Grund der in Rede stehenden Geschäftsbedingungen von dem Börsenvorstande der Berliner Börse gestattet ist, und daß die Preise für die gehandelten Effekten ohne Unterschied der Geschäfte, die mit Nachfrist geschlossen werden, und der übrigen Ultimogeschäfte amtlich festgestellt werden.

In Wahrheit sind danach die von der Beklagten nach ihren Geschäftsbedingungen geschlossenen Geschäfte den Fixgeschäften des § 48 des Börsegesetzes völlig gleichwerthig. Die Bedingungen sollen dem Wortlaute nach für alle Lieferungsgeschäfte in Werthpapieren gelten und unterwerfen alle solche Geschäfte den Art. 354 bis 356 des Handelsgesetzbuchs als vertragsmäßiger Norm. In Wahrheit zielen sie nur auf die unter 2 hervorgehobenen Ultimogeschäfte. Als Ultimo soll der letzte Börsentag des Monats, aber auch dieser nicht als fixer Termin für die Lieferung im Sinne des § 48 des Börsegesetzes gelten, obwohl der Verzug durch Nichterfüllung ohne Mahnung eintreten soll. Das soll nothwendig auch für Ultimogeschäfte in Werthpapieren gelten, die erheblichen Preisschwankungen unterliegen, Gegenstand der Börsenspekulation sind und im Börsenhandel erfahrungsmäßig lediglich mit Rücksicht auf den durch die Preisschwankungen zu erzielenden Gewinn abgeschlossen werden, bei denen deshalb nach der Absicht der Kontrahenten die vereinbarte Erfüllungszeit als eine wesentliche Bedingung des Geschäfts anzusehen ist. Entsch. des Ober-Handelsgerichts Bd. 8 S. 236, Bd. 16 S. 292. Trotzdem soll der nicht säumige Käufer unter Ausschluß des Rücktrittsrechtes Schadenersatz wegen Nichterfüllung nur fordern können, wenn er dies dem säumigen Verkäufer telegraphisch anzeigt und der Verkäufer entweder nicht telegraphisch eine Nachfrist von zwei Börsentagen beansprucht oder auch an dem durch die zu gewährende Nachfrist hinausgeschobenen Erfüllungstage nicht erfüllt. Der Höchstbetrag des Schadenersatzes, den der Käufer zu fordern hat, soll nach der Wahl des Käufers durch Deckungskauf festgestellt oder durch die Differenz zwischen dem Vertragspreise und dem amtlichen Börsenkurs am Erfüllungstage bestimmt werden. Auch der Verkäufer muß vor der Zwangsregulierung dem säumigen Käufer auf telegraphisches Verlangen dieselbe Nachfrist von zwei Börsentagen bewilligen.

Damit sind die Geschäfte äußerlich zwar des Charakters des Fixgeschäfts auf Seiten des Verkäufers, den der § 48 des Börsengesetzes für das Börsentermingeschäft fordert, entkleidet, aber auch nur äußerlich. Die Nachfrist, die dem Verkäufer auf Verlangen gewährt werden muß, ist nicht die den Umständen angemessene Frist zur Nachholung des Versäumten im Sinne des Art. 356 des Handelsgesetzbuchs. Von solcher, den Umständen angemessenen Frist ist bei Ultimogeschäften in Werthpapieren an der Börse überhaupt nicht zu reden; die Natur solcher Geschäfte läßt eine Nachfrist dieser Art überhaupt nicht zu; die Voraussetzung, an welche der Art. 356 des Handelsgesetzbuchs die Pflicht zur Gewährung der Nachfrist knüpft, liegt nicht vor. Ob daraus zu schließen, diese Bedingung könne nicht ernst gemeint sein, weil jeder darauf rechnen müsse, Nachfrist werde nicht verlangt und jedenfalls auch nach bewilligter Nachfrist nicht geliefert und abgenommen werden, kann auf sich beruhen. Die ein für alle Mal festbestimmte Nachfrist von zwei Börsentagen führt zu weiter nichts, als dazu, daß, wenn sie gefordert, das Geschäft von Ultimo auf den dritten Börsentag nach Ultimo fix prolongirt wird. Wenn die Revision geltend macht, daß nach der Natur des Ultimobörsengeschäfts in Werthpapieren mit dieser Nachfrist eine ernste Gefahr verbunden und ein erheblicher Nachtheil mit in den Kauf genommen werde, so gilt hier dasselbe, was oben bezüglich des Umstandes bemerkt ist, daß mit der Exemption der Geschäfte von den vom Börsenvorstand festgesetzten Bedingungen die Gefahr der Einrede des reinen Differenzgeschäfts in den Kauf genommen wird. Weder die Natur des Börsentermingeschäfts wird dadurch geändert, daß die Nachfrist eine weitere Spekulation über Ultimo hinaus gestattet, noch wird die Umgehung des Gesetzes dadurch beseitigt, daß die Geschäftsform, in der sie enthalten, mit Nachtheilen für die Kontrahenten verknüpft ist, die sie übernahmen, weil ohnedies der Versuch der Umgehung des Gesetzes von vornherein aussichtslos war.

Der Berufungsrichter hat hiernach den § 66 des Börsengesetzes auf die Geschäfte der Parteien mit Recht zur Anwendung gebracht. Die Revision ist deshalb zurückgewiesen. Die Kosten der Revisionsinstanz hat nach § 92, Abs. 1, der Zivilprozessordnung, die Beklagte zu tragen.

(gez.) Dr. Bolze. Dr. Rehbein. Dr. Behrend.
Winchenbach. Planck. Jess. Dr. Lohusen.

Verkündet in der öffentlichen Sitzung des Ersten Zivilsenats des Reichsgerichts vom 28. Oktober 1899.

(gez.) S t a n g e
Gerichtsschreiber.

Schlußnote für Zeitgeschäfte in effektivem Getreide.

Roggen.

Berlin, den 190

Herr

..... kaufte

..... Tonnen à 1000 Kilogramm
guten, gefunden, trockenen Roggen, frei von Darrgeruch und
712 Gramm per Liter wiegend.

Lieferung im in Verkäufers Wahl.

Preis frei Berlin.

Erfüllungsort für beide Theile ist Berlin.

Lieferbar ist nur Roggen, der vor der Andienung, jedoch nicht früher als an dem der Andienung vorangehenden Werktag von drei Sachverständigen begutachtet und vertragsmäßig befunden ist. Als vertragsmäßig gilt auch Roggen, bei welchem die Sachverständigen unter Berücksichtigung der Beschaffenheit und des Gewichtes einen Mehr- oder Minderwerth bis zu $1\frac{1}{2}$ Mark per To. festsetzen; in diesem Falle ist der Käufer zur Abnahme unter Vergütung des Mehrwerthes bzw. Abzug des Minderwerthes verpflichtet. Roggen mit größerem Minderwerth ist von der Lieferung ausgeschlossen. Wird ein $1\frac{1}{2}$ Mark übersteigender Mehrwerth festgesetzt, so ist die Lieferung vertragsmäßig, jedoch hat der Käufer niemals mehr als $1\frac{1}{2}$ Mark per To. zu vergüten. Wird der Roggen für lieferbar erklärt, so haben die Sachverständigen eine Bescheinigung darüber zu erteilen und eine Beutelprobe von mindestens 2 Kilogramm im Wägeramt zu hinterlegen.

Die Andienung hat schriftlich zu erfolgen und muß von dem Aussteller dem Käufer an einem Werktag bis 12 Uhr Mittags zu-

gestellt werden; endet die Lieferzeit an einem Sonn- oder Feiertage, so hat die Andienung an dem vorhergehenden Werktag zu erfolgen. Die beiden jüdischen Neujahrstage und der jüdische Verjöhnungstag werden hierbei, wie überall in diesem Vertrage, als Feiertag gerechnet. Der Andienung ist die Bescheinigung der Sachverständigen beizufügen. Die Andienung kann Dritten überwiesen werden, in diesem Falle hat die Weiterlieferung ohne jeden Verzug zu geschehen. Die Umlaufszeit der Andienung endet am Tage der Ausstellung Nachmittags 6 Uhr.

Der Verkäufer ist berechtigt, innerhalb der bedingenen Zeit den Roggen in mehreren Theilen zu liefern und jede einzelne Lieferung von zwei verschiedenen Stellen zu bewirken, jedoch darf er bei Abschlüssen von 30 Tonnen und darüber niemals weniger als 30 Tonnen auf einmal andienen. Bei Abschlüssen von unter 30 Tonnen ist die gehandelte Menge auf einmal und von einer Stelle zu liefern. Die Abnahme hat innerhalb sechs Tagen, den Tag der Andienung mitgerechnet, Zug um Zug gegen baare Zahlung zu geschehen. Endet die Frist an einem Sonn- oder Feiertage, so muß die Abnahme am vorhergehenden Werktag erfolgen.

Die Andienungsschreiben sowie die Bescheinigung der Sachverständigen müssen enthalten:

Bei Lieferung vom Kahn:

1. Das Datum.
2. Den Namen des Schiffers, die Nummer des Kahns und den Ort der Abladung.
3. Den Standort des Kahns, vorbehaltlich etwaiger Aenderung durch polizeiliche Anordnung.

Bei Lieferung vom Boden:

1. Das Datum.
2. Die genaue Bezeichnung der Partie nach Lagerraum und Menge.

Die Empfangnahme der Waare geschieht auf Kosten des Empfängers. Ergiebt sich bei Abnahme eines überwiesenen Postens ein Fehlgewicht, das nicht über 5 pCt. betragen darf, so wird dasselbe zum Preise des Abnahmetages bzw., falls die Abnahme nach Ablauf der vertragsmäßigen sechs Tage erfolgt, zum Preise des letzten Tages der vertragsmäßigen Abnahmefrist berechnet.

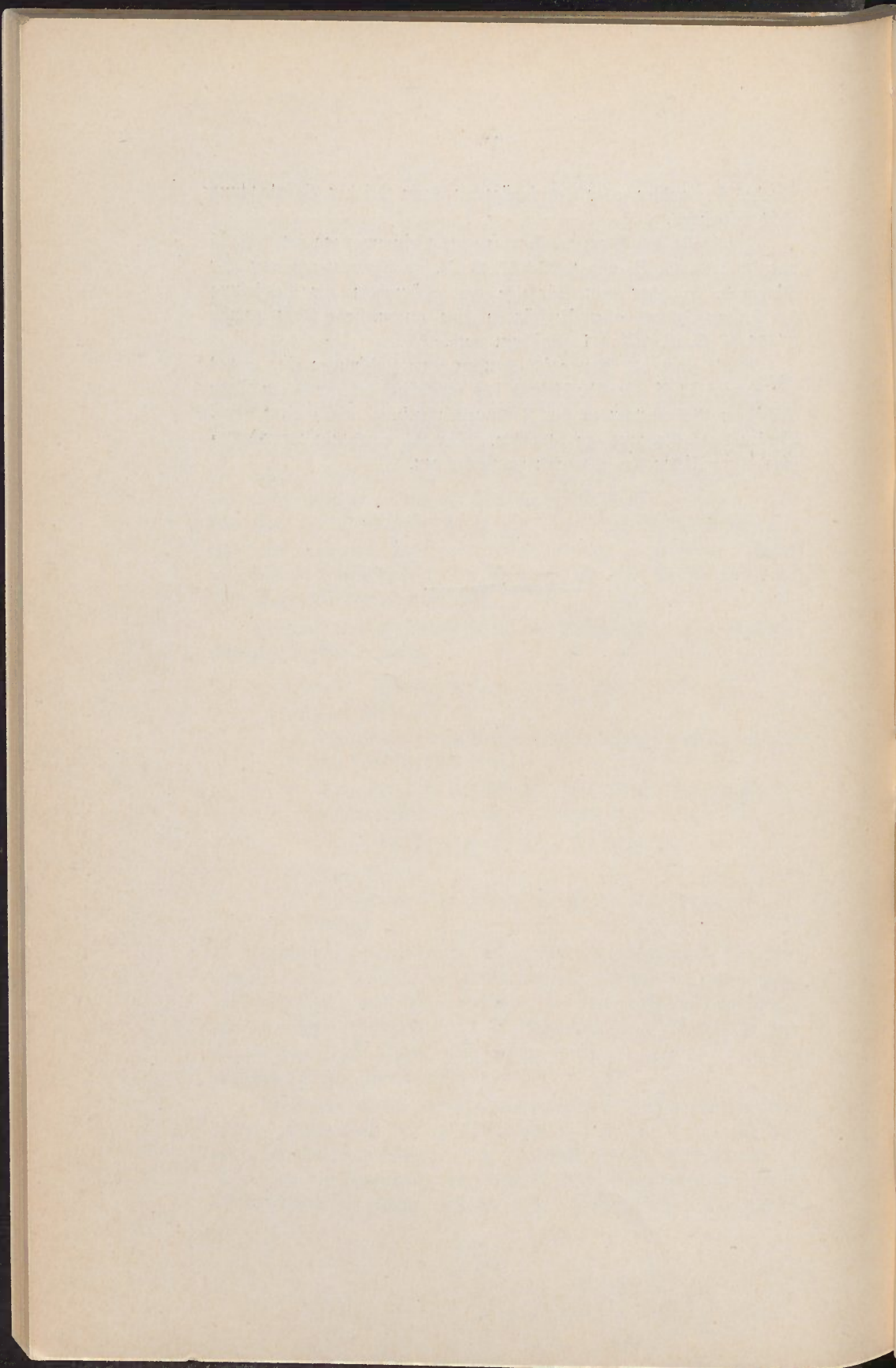
Die Begutachtung geschieht durch die vom Verein Berliner Getreide- und Productenhändler benannten und für den Berliner Verkehr vereideten Sachverständigen. Der schriftliche Antrag auf Begutachtung ist an den dem Lebensalter nach ältesten Sachverständigen oder dessen Stellvertreter zu richten. Ein mit dem Antragsteller bis zum vierten

Grade Verwandter oder Verschwägerter kann bei der Begutachtung nicht mitwirken.

Im Falle des Verzuges kommen die Bestimmungen der §§ 325 und 326 B. G. B. und § 373 H. G. B. in Anwendung mit der Maßgabe, daß der nicht Säumige dem Säumigen zur Bewirkung der Leistung unter allen Umständen eine angemessene Frist gemäß § 326 B. G. B. Absatz I gewähren muß.

Stellt einer der Vertragsschließenden seine Zahlungen ein, so hat der andere Theil die Abwicklung des Geschäfts spätestens am Tage nach dem Bekanntwerden der Zahlungseinstellung durch Kauf bezw. Verkauf des Roggens zu bewirken. Der sich ergebende Preisunterschied ist zwischen den Parteien zu verrechnen.





Amerikanische Geldauswanderungs-Agenturen.

Reformvorschläge für Versicherung und Staatscredit

von Dr. Walther Mancke.

1891. Berlin. Verlag der Bank- und Handelszeitung.
Wien. Verlag von J. Eisenstein & Co.

Preis 1 Mk.

Im Fluge durch Amerika während der World's Columbian Exposition.

Von Dr. Walther Mancke.

1893. Berlin. Verlag von Georg W. Mancke.

Preis 2 Mark.

Ein Kompromiss des Agrarstaats mit dem Industriestaat. Vorschlag zur befriedigenden Lösung der Getreide- u. Brodfrage in Deutschland.

Von Dr. Walther Mancke.

1894. Berlin. Verlag von Trowitzsch & Sohn.

Preis 3 Mark.

Ein Weltmonopol in Petroleum.

Von Dr. Walther Mancke.

1895. Berlin. Verlag von F. Telge

Preis 3 Mark.

Die Bewerthung des Weizens auf den Weltmärkten seit Inkrafttreten des Börsengesetzes.

Von Dr. Walther Mancke.

1898. Berlin. Im Selbstverlage des Verfassers.

Preis 3 Mark.

Was und Wer bestimmte die Weizenpreise im Erntejahr 1897/98?

Von Dr. Walther Mancke.

1898. Berlin. Im Selbstverlage des Verfassers.

Preis 5 Mark.

Getreide-Versorgung und Grossmachtstellung.

Eine Darstellung der fiskalischen Getreideversorgung im Alterthum und Gegenwart, sowie deren Einfluss auf die Machtstellung der Staaten.

Von Dr. Walther Mancke.

1899. Berlin. Verlag von Paul Parey.

Preis 3 Mark.

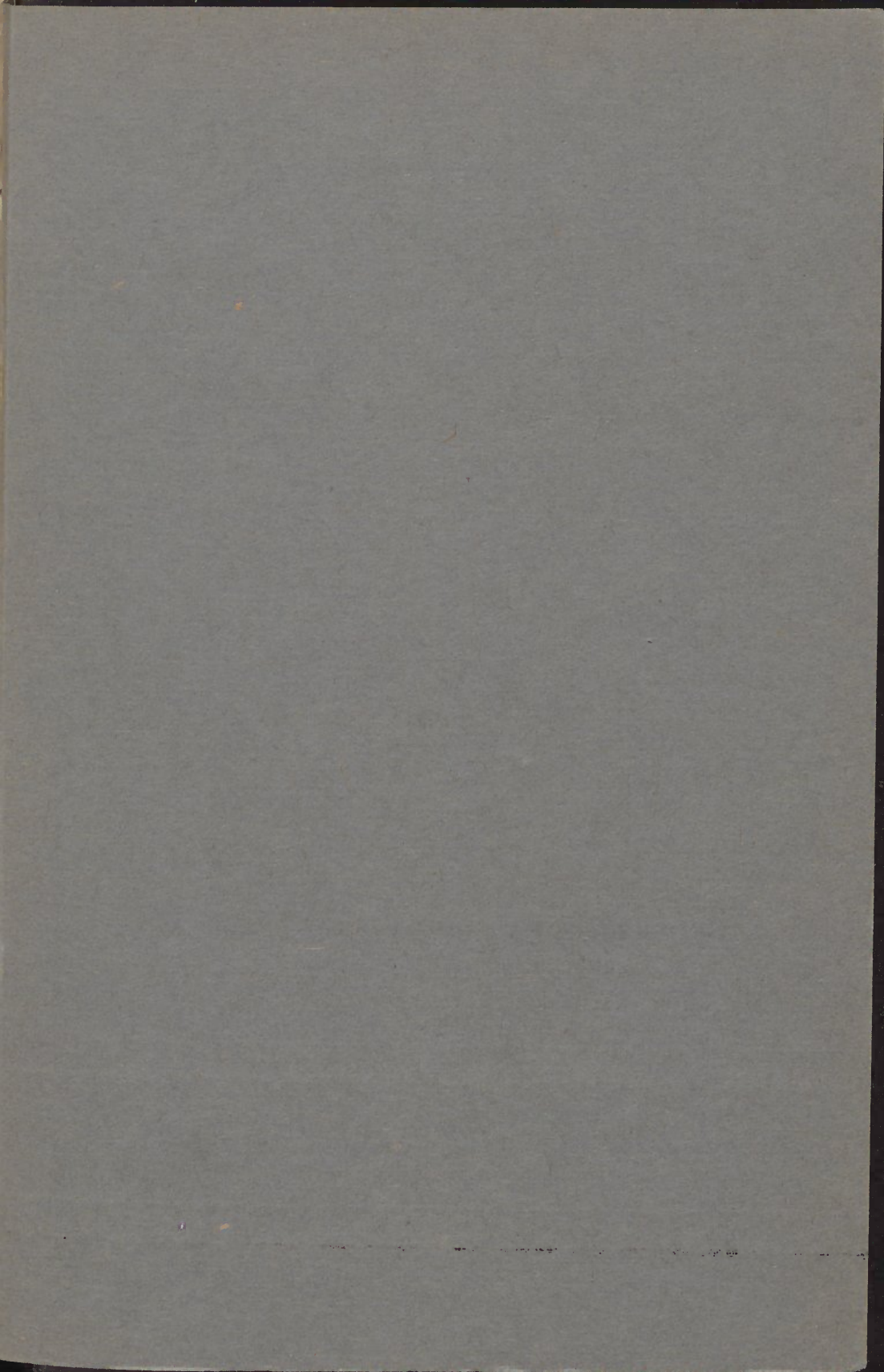
Der Verein Berliner Getreide- und Produktenhändler und seine Glaubwürdigkeit.

Von Dr. Walther Mancke.

1900. Berlin. Im Selbstverlage des Verfassers.

Preis 1 Mark.

Druck der Vaterländischen Verlagsanstalt, Berlin SW., Johannisstr. 6.





206\$06458092